

BILANZ





Das Jahr 2022 wird als ein Jahr der Zeitenwende in die Geschichtsbücher eingehen. Leider ist diese Zeitenwende von einem schrecklichen Krieg in Europa geprägt. Der russische Despot Putin hat mit seinem Angriff gegen die benachbarte Ukraine wieder Krieg und Konflikt, Leid und Entbehrung über Europa gebracht.

Wir haben seit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 zahlreiche Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine bei uns aufgenommen, versorgt und untergebracht. Das war und ist eine großartige und wichtige Leistung aller Beteiligten. Anfangs waren zahlreiche Ehrenamtliche der Katastrophenschutz-Einheiten beteiligt, um den Schutzsuchenden Hilfe und Orientierung zu bieten. Die Kommunen leisten weiterhin Großartiges, um den ankommenden Flüchtlingen Unterkünfte und Teilhabe zu bieten. Der Krieg in der Ukraine wirkt sich neben der Versorgung von Flüchtlingen auch auf unsere Energieversorgung aus. Steigende Energiekosten machen den Bürgern, Unternehmen wie auch den Vereinen zu schaffen. Bund und Länder haben sich auf vielfältige Hilfspakete verständigt. Auch wir als Hessisches Ministerium des Innern und für Sport helfen Sportvereinen, denen die Energiekosten über den Kopf zu steigen drohen. Dennoch kann die staatliche Hilfe nur Härten abfedern. Der Krieg in der Ukraine nötigt allen auch Entbehrungen ab.

Dies ist nach den Jahren, in denen uns die Corona-Pandemie fest im Griff hatte, besonders bitter. Viele Vereine konnten sich nur dürftig davon erholen, dass sie über lange Zeit kaum Veranstaltungen durchführen oder ihren Sport nur unter Ausschluss der Fans ausüben konnten. Der Neustart für den Sport nach Corona geht mit dem bangen Blick auf die Energiekosten einher. Doch hat die Corona-Pandemie die Begeisterung an gemeinsamen Events auch wieder neu zu schätzen gelehrt. Im Jahr 2023 richtet Deutschland die Special Olympics World Games aus. Die neuentdeckte Lust an solchen Sportgroßereignissen macht aus diesem besonderen Sportereignis hoffentlich ein ganz großes Highlight. Mit dem Ende der Pandemie und zugleich vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine hat sich auch die Sicherheitslage verändert. Die Pandemie hatte bestimmte Straftaten wie etwa Wohnungseinbrüche deutlich sinken lassen. Hier ist die Zahl 2022 wieder angestiegen. Zugleich waren die Einschränkungen während der Pandemie teils von Protestformen begleitet, die zum Jahresende wieder abebbten. Besonders erfreulich dabei ist, dass der von vielen herbeigesehnte und so manchem herbeigeredete „heiße Herbst“ des Protests gegen Corona-Beschränkungen und Energiepreissteigerungen ausgeblieben ist. Dennoch haben die hessischen Sicherheitsbehörden das Geschehen wachsam und ebenso besonnen begleitet.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des HMdIS sowie seiner nachgeordneten Behörden möchte ich für den Einsatz im vergangenen Jahr herzlich danken. Angesichts Ihres großen Engagements blicke ich mit Zuversicht auf die derzeitigen und künftigen Aufgaben.

Herzliche Grüße
Ihr

Peter Beuth
Hessischer Minister des Innern und für Sport

**Herausgeber**

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden

Redaktion

Marcus Gerngroß, Benjamin Crisolli, Patrick Soldo

Internetabruf

www.innen.hessen.de

E-Mail-Adresse

pressestelle@hmdis.hessen.de

Gestaltung & Realisation

Grützmacher GmbH, Agentur für Digital- und Printmedien, Frankfurt

Bildnachweis:

Seite 10, 13 - 15, 17, 18, 20 - 24, 26, 27, 30, 38 - 40, 48, 66, 70, 71, 90, 94: Adobe Stockfotos / Seite 2: Stefan Krutsch / Seite 7, 9: DPA/Picture Alliance / Seite 11, 12, 14, 25, 28, 29, 32, 33, 35, 36, 41 - 43, 47 (unten), 48, 50, 51 (links oben), 54, 58, 60, 62, 63, 65, 67, 68, 72 - 74, 83, 84 (3x oben), 85 - 89, 94, 95: HMDIS / Seite 56, 57, 61, 76, 78, 92: Jörg Halisch / Seite 20: Frank Widmann / Seite 31: A3 Bauplanung GmbH / Seite 34: Kreisausschuss Main-Taunus Kreis / Seite 37: Harald von Haza-Radlitz (oben), Stadt Ehrenberg (unten) / Seite 45: Stefan Gärth (oben), Werner Wabnitz (unten) / Seite 46: Gemeinde Egelsbach (oben), Stadt Wetzlar (unten) / Seite 47: Michael Reitz (oben) / Seite 51 (rechts u. unten), 66, 79: Ralf Riehl / Seite 52: Christof Kulik (oben) / Seite 63: Medienkontor Fulda / Seite 69: Nicole Gruber (oben), Stadt Eschborn (unten) / Seite 75: Point Alpha Stiftung / Seite 79: Paul Müller / Seite 80: Fechtclub Offenbach (oben), Jay Pineda (unten) / Seite 82: Hessische Landesfeuerwehrschule / Seite 84: Dirk Hasskarl (untere) / Seite 90: Stadt Limburg / Seite 91: Stadt Wiesbaden / Seite 93: Franz Fender Genossenschaftsverband

© Januar 2023

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen so wie Wahlen zum Europaparlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



2022

Einführungen

Vorwort Peter Beuth, Hessischer Innenminister	2
Interview mit Innenminister Peter Beuth	6

Themen, die bewegten

Hessen steht solidarisch an der Seite der Ukraine	10
Hessen bleibt ein sehr sicheres Land	15
Fehler- und Führungskultur für die hessische Polizei	16
Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellen Missbrauch	17
Hessens Kampf gegen Rechtsextremismus	18
Mehr als drei Millionen Hessen profitieren von Sicherheitsinitiative	19
Moderner Brand- und Katastrophenschutz in Hessen	20
Auf Cyberattacken bestmöglich vorbereitet	22
Hessen. Einfach. Digital.	23
Special Olympics World Games in Deutschland	24
Sportförderung in Hessen steigt auf Rekordniveau	25
Gut durch die Pandemie gekommen	26
Mehr Geld für Hessens Beamte	27

1. Quartal 2022

Echter Gewinn für die Hessische Polizei	28
Land Hessen fördert Analogrechner	29
Seit knapp drei Jahren geht Hessen gegen Hass und Hetze im Netz vor	30
Mehr Komfort für Polizei und Bürger	31
Mark Weinmeister neuer Regierungspräsident Kassel	32
Wichtiger Baustein der Sicherheitsarchitektur	33
Mehr als eine Million für das neue Kreishallenbad in Kriftel	34
Einsatz von Super-Recognisern in der hessischen Polizei	35
Sicherheitsgefühl in Büttelborn weiter gestärkt	36
Kooperation zwischen Tann, Hilders und Ehrenberg sowie in Groß-Gerau gefördert	37
In Hessen lebt es sich besonders sicher	38
Feigen Fahrzeugattacken gemeinsam entgegnet	40
Innenminister dankt Einsatzkräften für Hilfeleistungen bei Sturmschäden	40
Hessen gründet präventionsnetzwerk gegen Verschwörungserzählungen	41
Hessisches Erfolgsprogramm wird erweitert	42

2. Quartal 2022

Thomas Seidel neuer Inspekteur der Polizei Hessen	43
Meldestelle gegen Antisemitismus online	44
Eine Millionen Euro für Idsteiner Tournesol	45
Stefan Sauer besucht 71. Hessischen Schützenfest	45
Egelsbach erhält Zuwendung in Höhe von 50.000 Euro	46
Synergien zum Nutzen der Bürger erschließen	46
„Modellregion - Inklusion und Sport“ startet im Rheingau-Taunus-Kreis	47
Ausstellungseröffnung des Bundes der Vertriebenen in Hessen	47
Entschlossene Allianz gegen Geldautomatensprenger	49
Zahlreiche Erfolge der hessischen Polizeisportler	50
Herausragende Person im Katastrophenschutz	51
Ein Leben voller Hingabe und für die Gesellschaft	51
Unermüdlich für Marburg im Einsatz	51
Saisonaufakt des BSC Hünstetten Storm	52
„Gemeinsam stark!“ ist ein Volltreffer	52
Vielzahl digitaler Angebote für die Bürger	53
Zahl der Verkehrstoten in Hessen auf Tiefstand	54
Kran-Fahrzeugen für 4,2 Millionen Euro bereitgestellt	56
Ausbildung der Hilfsorganisationen mit rund 425.000 Euro unterstützt	57
Südhessischer Polizei-Präsident Bernhard Lammel verabschiedet	57
Vereidigung von mehr als 850 Anwärtern	59
Kinder auf die Gefahren von Feuer hinweisen	60

3. Quartal 2022

Dr.-Horst-Schmidt-Stipendien über 10.000 Euro an fünf junge Sportler verliehen	61
Gerhard Bereswill in den Ruhestand verabschiedet	62
Stefan Müller neuer Frankfurter Polizeipräsident	63
Sport und Ehrenamt in Fulda gestärkt	64
Wichtiger Beitrag für Frieden und Stabilität	65
20 Jahre AG Katastrophenschutz	65
„Hofheim mit großer Kontinuität geprägt“	66
Stefan Sauer übergibt Förderbescheide in Nauheim	66
Björn Gutzeit neuer Polizeipräsident von Südhessen	67
Innovationen im Bereich Cybersicherheit gefördert	68
Neues Staffellöschfahrzeug in Erbach	69
Mehr als eine Million für neue Schwimmhalle in Eschborn	69
Extremisten wollen Gesellschaft spalten	70
Frische Impulse für den Sport	72
Heimat für Bildung, Wissenschaft und Zukunft	73
Dr. Walter Seubert neuer Präsident der HöMS	74
Stefan Sauer zum Tag der deutschen Einheit in Rasdorf	75
Tag des Ehrenamts	76

4. Quartal 2022

Ralf Ackermann mit Verdienstorden geehrt	78
Ehrenamtliches Engagement ist Bereicherung für Hessen	79
Peter Beuth besucht Stefan-Haukler-Gedächtnisturnier	80
Sechste zentrale Einbürgerungsfeier	80
Deutsche Blindenstudienanstalt in Marburg	81
Zukunftsschmiede der Nachwuchs-Feuerwehren	82
Viernheim erhält Kompasssicherheitssiegel	83
Cybersicherheit ist Grundpfeiler öffentlicher Sicherheit	84
Schleife tragen, Danke sagen	85
Kreative Öffentlichkeitsarbeit für die Feuerwehr	86
Unentbehrlicher Beitrag zum fairen Miteinander	86
Sicherheit erhält in Taunusstein eine neue Adresse	87
Landespolizeipräsident Roland Ullmann verabschiedet	88
Michael Tegethoff neuer Polizeipräsident in Osthessen	88
Garant für Sicherheit in all ihren Facetten	89
Öffentliche Plätze noch sicherer in Limburg	90
Hessen fördert Neubau von Dreifeld-Sporthalle mit 900.000 Euro	91
Höchste Auszeichnung für Spitzensportler, Trainer und Ehrenamtliche	92
Fundament für den ehrenamtlichen Sport in Hessen	93
Deutliche Erfolge im Kampf gegen Einbrecher	94
Rüsselsheimer Ruder-Klub gefördert	95
Finanzielle Hilfe für Sportvereine wegen hoher Energiepreise	95

INNENMINISTER PETER BEUTH IM JAHRESRÜCKBLICK-INTERVIEW

„KRIEG IN DER UKRAINE HAT ALLES VERÄNDERT“

Herr Beuth, rückblickend auf das Jahr 2022 - welches Ereignis hat das Jahr aus Ihrer Sicht am meisten geprägt?

Definitiv die Invasion der russischen Armee am 24. Februar und der damit begonnene russische Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Was hat sich durch den Krieg in der Ukraine verändert?

Der 24. Februar wird als tiefe Zäsur in die Geschichtsbücher eingehen. Der Krieg in der Ukraine hat nahezu alles verändert. Der langjährige Frieden in Europa fand ein jähes Ende. Mit dem militärischen Vorgehen gegen sein Nachbarland hat Russland das Völkerrecht und die Selbstbestimmung souveräner Staaten mit Füßen getreten. Wir mussten deshalb unser Verhältnis zu Russland drastisch korrigieren. Dabei sind auch im Bereich der Energieversorgung Abhängigkeiten zutage getreten, von denen wir uns lösen mussten. Auch im Hinblick auf unsere eigene Krisenvorsorge hat die russische Aggression gegen die Ukraine Fragen aufgeworfen, die wir dringend angehen mussten. Diese Themen werden uns auch über das Jahr 2022 hinaus beschäftigen.

Welche Lehren muss Deutschland aus dem Krieg in der Ukraine ziehen?

Zunächst einmal hat mich das tapfere und disziplinierte Verhalten der ukrainischen Bevölkerung tief berührt. Da wurde zum Beispiel trotz Bombenbeschuss Solidarität beim Einkauf lebenswichtiger Güter geübt. Die Corona-Pandemie hat uns hierzulande vor Augen geführt, wie plötzliche Hamsterkäufe Toilettenpapier zu einem heiß begehrten Gut werden lassen können. Zugleich war ich tief beeindruckt davon, wie es dem ukrainischen Staat gelungen ist, die staatlichen Strukturen trotz massivem Kriegsgeschehen im eigenen Land derart gut aufrecht zu halten. Dafür habe ich den allergrößten Respekt. Für mich hat sich zugleich die Frage gestellt, ob wir in Deutschland auch dazu in der Lage wären.



**Zu welchem Schluss sind Sie gekommen?
Wäre Deutschland dazu in der Lage?**

Antworten auf eine „Was-wäre-wenn-Frage“ zu finden, ist immer schwierig. Dennoch müssen wir uns zur Krisenvorsorge mit solchen Fragen auseinandersetzen. Ich denke, dass Deutschland gute Voraussetzungen hat, um mit schwierigen Situationen umzugehen. Wir sind ein gut organisierter Staat, der über eine große wirtschaftliche Kraft verfügt. Auf der einen Seite der Medaille stehen damit grundsätzlich sehr gute Bedingungen, um auch Krisen jedweder Art meistern zu können. Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, dass Krisenvorsorge hierzulande zuletzt in den Hintergrund gerückt ist angesichts der wirtschaftlichen Prosperität und der aufgebauten Friedensarchitektur in Europa.

**Welche Faktoren müssen also künftig eine stärkere Rolle
für eine angemessene Krisenvorsorge spielen?**

Ein wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigste Faktor ist, dass wir als gesamte Gesellschaft ein neues Bewusstsein für Krisen und den Umgang damit entwickeln müssen. Die Pandemie hat uns alle dahingehend ein Stück weit geschult. Vorräte im Keller zu haben, ist seither für Viele wieder zu einer sinnvollen Selbstverständlichkeit geworden. Als Staat muss Deutschland wieder deutlich mehr in seine Verteidigung und in den zivilen Bevölkerungsschutz investieren.

Der Bund hat 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr beschlossen, die Innenministerkonferenz hat 10 Milliarden Euro für den Zivilschutz gefordert.

Richtig. Es ist wichtig, dass die 100 Milliarden Euro nun auch tatsächlich schnell und sinnvoll in unser Militär investiert werden. Wir brauchen in diesen Zeiten eine gut ausgerüstete und leistungsstarke Bundeswehr. Adäquat dazu muss der Bund aber auch den Zivilschutz entsprechend stärken. Ein Zehntel der Investitionssumme für die Bundeswehr ist angemessen und hat bei der Innenministerkonferenz breite Zustimmung gefunden. Viele Bundesländer haben in den letzten Jahren bereits viel in den Katastrophenschutz investiert. Hessen hat Rekordsummen in die Hand genommen, um in Notsituationen auf einen modern ausgestatteten reaktions- und leistungsfähigen Katastrophenschutz bauen zu können. Das setzen wir auch künftig fort. Doch diese Investitionen müssen von Bundesmitteln flankiert werden, die gezielt in den Bevölkerungsschutz fließen. Es braucht neue Fahrzeuge und auch der Sirenenausbau muss weiter voranschreiten. Hier ist der Bund gefordert und hier gibt es noch viel zu tun.

Hatte der Krieg in der Ukraine neben den Schlussfolgerungen für den Bevölkerungsschutz auch konkreten Einfluss auf die Arbeit des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport?

Ja, auf vielfältige Weise. Neben der veränderten Sicherheitslage und der damit verbundenen Überprüfung der Krisenfestigkeit unserer Sicherheitsbehörden, mussten wir uns sehr schnell nach Kriegsausbruch um eine Vielzahl an Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine kümmern. Das Ankommen erfolgte zunächst recht unkoordiniert und dadurch wenig planbar. Dennoch ist es in Zusammenarbeit mit den Kommunen gelungen, dass die Schutzsuchenden schnell gut versorgt werden konnten. Das war auch eine große Leistung unserer ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Katastrophenschutzeinheiten. Dennoch stellt uns und in erster Linie die Kommunen weiterhin die Ankunft von Flüchtlingen derzeit wieder in steigender Zahl aus dem Mittleren und Nahen Osten vor große Herausforderungen. Die Kommunen sind an der Grenze des Leistbaren angelangt. Es bedarf hier dringend stärkerer Regulierung des Zugangs aus dem Mittleren Osten – auch, um die Aufnahmebereitschaft und -fähigkeit der Gesellschaft aufrecht zu erhalten.

Es war die letzten Jahre immer wieder davon die Rede, dass der Rechtsextremismus die größte Gefahr für unsere Demokratie darstellt. Welche Gefahr droht aktuell von den Rechtsextremisten?

Es ist in der Tat so, dass weiterhin vom Rechtsextremismus die größte Gefahr für unsere Demokratie ausgeht. Das zeigen die Personenpotenziale der rechtsextremistischen Szene, die sich in den letzten Jahren auf weitere Kreise ausgeweitet haben, das zeigt sich aber auch in deren Taten. Uns in Hessen hat sich diese Gefahr auf besonders schreckliche Weise gezeigt. In Nordhessen wurde Dr. Walter Lübcke von einem Rechtsextremisten kaltblütig ermordet. In Hanau hat ein rassistischer Täter den schlimmsten Anschlag der hessischen Geschichte verübt. Diese Taten mahnen uns, diese Gefahr sehr ernst zu nehmen und alles daran zu setzen, Extremisten den Nährboden zu entziehen und sie konsequent zu bekämpfen.

Zuletzt ist im Dezember dieses Jahres die bis dato wohl bundesweit größte Razzia gegen Reichsbürger erfolgt. Sie sollen gewalttätige Umsturzpläne verfolgt haben. Wie real war die Gefahr?

Wenn auch die Theorien, denen diese Reichsbürger hinterherjagen, völlig abstrus und geradezu irrwitzig sind, so geht von diesen Leuten dennoch eine reale Gefahr aus. Wir haben es oft mit waffenaffinen oder sogar im Umgang mit Waffen geübten Personen zu tun. Wir müssen also davon ausgehen, dass einige von ihnen auch mit Waffengewalt ihre wirren Ziele verfolgen wollen. Es wird ihnen nicht gelingen, unsere Demokratie ins Wanken zu bringen. Dennoch können sie beim Versuch, ihre kruden Ideen zu verwirklichen, Menschen Schaden zufügen. Deshalb gilt es, diese Szene wachsam und konsequent zu bekämpfen. Ich bin den hessischen Sicherheitsbehörden sehr dankbar, dass sie dies getan haben und so einen wichtigen Beitrag zur bislang wohl größten bundesweiten Razzia gegen Demokratiefeinde geleistet haben.

Welcher Gefahr mussten sich die Sicherheitsbehörden in diesem Jahr noch in besonderer Weise widmen?

Leider haben sich in den letzten Jahren die Fallzahlen im Deliktsfeld der sexualisierten Gewalt gegen Minderjährige auf dramatische Weise gesteigert. Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Sicherheitsbehörden erheblich mehr Verdachtsfälle aus dem Internet gemeldet bekommen. Die meisten Hinweise kommen von der darauf spezialisierten US-amerikanischen Organisation NCMEC. Wir haben frühzeitig auf diese Entwicklung reagiert und bereits 2020 eine Besondere Aufbauorganisation gebildet, die sich ausschließlich diesen schlimmen Straftaten widmet, die BAO Fokus. Mittlerweile ist die BAO Fokus mit 300 Ermittlern die größte BAO Hessens und sie wird in den kommenden Jahren weiter personell und technisch gestärkt. Sie hat seither mehr als 40 Haftbefehle vollstreckt, 3.300 Durchsuchungen durchgeführt und über 49.000 Datenträger sichergestellt.

Die Auswertung solch umfangreicher Datenmengen gehört mittlerweile zum Alltag der Polizei. Wie meistern die Strafverfolger die Datenflut?

Tatsächlich ist das eine der wesentlichen Aufgaben unserer Zeit, die wir als Staat meistern müssen. Es muss uns gelingen, die Digitalisierung der Behörden schneller voranzutreiben. Wir brauchen gerade bei den Sicherheitsbehörden effektive technische Mittel, um die Ermittlungsarbeit effizient zu unterstützen und die Datenflut schneller auswerten zu können. Mit hessenDATA haben wir der Polizei ein modernes Werkzeug an die Hand gegeben, das bei Ermittlungen schon sehr hilfreiche Beiträge leisten konnte. Im Bereich der Auswertung kinderpornographischer Materials haben wir eine Clearing-Plattform aufgebaut, um möglichst schnell eventuell noch andauernden Missbrauch unterbinden zu können. Diese Schritte müssen wir auch künftig weiterverfolgen. Unsere Ermittlerinnen und Ermittler brauchen moderne Werkzeuge, um auch künftig erfolgreich sein zu können.

Wird die technische Ausstattung der Behörden zunehmend zum entscheidenden Faktor, ob deren Arbeit zum Erfolg führt?

Moderne Arbeitsmittel sind sehr wichtig und aus dem täglichen Arbeiten unserer Behörden nicht mehr wegzudenken. Dennoch wird auch künftig immer der Faktor Mensch, also die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren jeweiligen Qualifikationen und ihrer Leistungsbereitschaft, das entscheidende Kriterium für die erfolgreiche Arbeit unserer Behörden sein. Ich bin den Kolleginnen und Kollegen im Innenministerium und den nachgeordneten Behörden sowie den vielen ehrenamtlich Tätigen in den Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Sportvereinen von Herzen für ihren täglichen Einsatz dankbar.

Sie haben angekündigt, bei der Landtagswahl 2023 nicht mehr für ein Landtagsmandat kandidieren und sich neuen Aufgaben widmen zu wollen. Was hat sie dazu bewogen?

Ich durfte weit mehr als 20 Jahre als direkt gewählter Landtagsabgeordneter und mittlerweile neun Jahre als Innenminister meinem Land dienen. Diese Aufgaben bedeuten mir sehr viel. Gemeinsam mit den vielen Kolleginnen und Kollegen des Innenministeriums und seiner nachgeordneten Behörden konnten wir gute und wichtige Veränderungen auf den Weg bringen. Meinen Abschied aus der Politik habe ich mir nicht leichtgemacht. Es ist am Ende eine sehr persönliche Entscheidung, die ich nach reiflicher Überlegung und intensiver Diskussion mit meiner Familie gefällt habe. Ich bin weit überwiegend zufrieden und auch stolz auf das Erreichte und blicke mit Zuversicht auf das, was danach kommt.



Russlands Angriffskrieg

HESSEN STEHT SOLIDARISCH AN DER SEITE DER UKRAINE

„Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt eine Zeitenwende dar. Der russische Machthaber Putin bricht mit dieser Invasion das Tabu vom Einsatz militärischer Gewalt in Europa. Dies ist eine der dunkelsten Stunden Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.“

INNENMINISTER PETER BEUTH am 24. Februar 2022





Innenminister Peter Beuth spricht im Bundestag zum Katastrophenschutz, welcher in Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine massiv ausgebaut werden soll

Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 beendete die europäische Sicherheitsordnung, welche seit dem Ende des Kalten Krieges in Europa bestand. Der fortdauernde Krieg hat nach wie vor weltweite politische, wirtschaftliche und militärische Auswirkungen. Auch Hessen war und ist von diesen Auswirkungen betroffen.

Nach der russischen Invasion in der Ukraine hat die Hessische Landesregierung schnell vorbereitende Koordinierungsmaßnahmen eingeleitet, um schnellstmöglich und in Abstimmung mit dem Bund einen Beitrag zur humanitären Hilfe der Menschen in der Kriegsregion zu leisten. Im Internet stellte das Land unverzüglich für alle mittelbar oder unmittelbar vom Krieg betroffenen Menschen in Hessen Informationen auf Deutsch und Ukrainisch bereit. Per E-Mail und telefonisch standen Mitarbeiter des Landes Hessen seit Kriegsbeginn für etwaige Fragestellungen zur Verfügung. Ukrainische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Hessen mit einem Visum oder einer befristeten Aufenthaltserlaubnis befanden, erhielten unbürokratische Verlängerungen ihrer Titel in den zuständigen Ausländerbehörden der Kommunen.

SCHUTZMASSNAHMEN ANGEPASST

Der russische Angriffskrieg hatte große Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Hessen. Mehrere ukrainische, russische und amerikanische Einrichtungen sind in Hessen ansässig, mit denen die hessische Polizei im stetigen Austausch stand und nach wie vor steht. Die Gefährdungslage wird seit Kriegsbeginn von den jeweiligen Polizeipräsidenten in Absprache mit dem Hessischen Landeskriminalamt geprüft und die Schutzmaßnahmen lageabhängig angepasst.

Auch im Hinblick auf mögliche Cyberattacken wurden die Schutzmaßnahmen hochgefahren. Ein besonderes Augenmerk lag hierbei in Hessen insbesondere auf dem Finanzplatz und Verkehrs- und Internetknotenpunkt Frankfurt. Betreiber Kritischer Infrastrukturen in Hessen wurden für die erhöhte Gefährdungslage sensibilisiert und erhielten anlassbezogen umfangreiche Handlungsempfehlungen für IT-Sicherheitsmaßnahmen, wenn sich die Cybersicherheitslage veränderte. Das Hessen Cyber-CompetenceCenter (Hessen3C) beobachtete die Lagenentwick-

lung und stand seit Kriegsbeginn das ganze Jahr im permanenten Austausch mit Partnerbehörden auf Landes- und Bundesebene. Glücklicherweise blieb Hessen von groß angelegten Cyberangriffen verschont.

DESINFORMATIONSKAMPAGNEN UND BEWUSSTE FALSCHMELDUNGEN

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen beobachtete vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine mit besonderer Aufmerksamkeit, inwiefern die Entwicklungen zu Reaktionen bzw. Aktivitäten innerhalb der unterschiedlichen extremistischen Szenen in Hessen führten. Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine hatte der Verfassungsschutzverbund im Rahmen seiner Zuständigkeit relevante Stellen im Hinblick auf die IT-Infrastruktur sensibilisiert. Die Lage wurde behördenübergreifend im Nationalen Cyber-Abwehrzentrum bearbeitet, die aktuellen Ereignisse und Entwicklungen wurden aufmerksam mitverfolgt. Das LfV Hessen sieht nach wie vor grundsätzlich die Gefahr, dass sich Menschen von Desinformationskampagnen und Falschmeldungen beeinflussen lassen.

PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER NATO

Seit Januar 2021 ist Staatsminister Peter Beuth Delegationsleiter des Bundesrates in der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV). Sie dient als NATO-unabhängiges Diskussionsforum, in dem 269 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den 30 Bündnisländern und 50 assoziierte Delegierte Fragen und Probleme gemeinsamen Interesses beraten. Vorrangig behandelt die Versammlung sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen. Gemeinsam mit dem Delegationsleiter der deutschen Delegation unterrichtet er den Deutschen Bundestag und Bundesrat regelmäßig nach den Frühjahrs- und Herbsttagungen der Versammlung über die Beratungen und Ergebnisse.

FLUCHT VOR DEM KRIEG

In Folge des Krieges mussten viele Ukrainerinnen und Ukrainer aus ihrem Heimatland fliehen. Die EU hatte sich angesichts der großen Fluchtbewegung für eine Umsetzung der sogenannten Massenzustrom-Richtlinie entschieden. Diese bietet einen Mechanismus für die zügige, EU-weit koordinierte Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen. Die Freizügigkeit innerhalb Deutschlands und Europas ohne Wohnsitzauflagen eröffnete den Flüchtlingen im Rahmen ihres Status völlige Reise- und Niederlassungsfreiheit. Ziel der Hessischen Landesregierung war es stets, den vor dem Krieg nach Hessen geflohenen Menschen unmittelbar und umgehend in ihrer fürchterlichen Not zu helfen. Mit vorbildlichen persönlichem Einsatz und großer Solidarität trugen viele Hessinnen und Hessen dazu bei, dass ukrainische Kriegsflüchtlinge schnell und unkompliziert untergebracht werden konnten. Auch die Kommunen sowie ehrenamtliche Einsatzkräfte haben erneut unter Beweis gestellt, dass das Land Hessen auf sie zählen kann.

MEHR ALS 90.000 KRIEGSFLÜCHTLINGE IN HESSEN

Seit Kriegsbeginn bis Ende 2022 hat Hessen rund 90.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Eine Vielzahl ukrainischer Kriegsflüchtlinge kam mit Zügen am Frankfurter Hauptbahnhof an. Ein Teil der Menschen begab sich dann weiter zu Verwandten oder Bekannten in Hessen, ein anderer Teil wurde zunächst von der Stadt Frankfurt am Main erstversorgt. Hierzu richtete Frankfurt ein Erstversorgungszentrum auf dem Messengelände ein.

Seit dem Beginn des Krieges baute Hessen nach und nach mehr Kapazitäten zur Unterbringung der ukrainischen Kriegsflüchtlinge auf. Zeitweise standen in den Landkreisen Lahn-Dill, Limburg-Weilburg, Marburg-Biedenkopf, Wetteraukreis, Vogelsbergkreis und Hochtaunuskreis Notunterkünfte für bis zu je 1.000 Personen bereit. Darüber hinaus hatte die Stadt Frankfurt am Main ihr Erstversorgungszentrum im Umfang von 2.000 Plätzen in der Nähe des dortigen Hauptbahnhofs ausgebaut, der als wichtiger Verkehrsknotenpunkt eine zentrale Anlaufstelle für die Mehrzahl der Kriegsflüchtlinge darstellte. Das Land Hessen trug die Kosten für den Aufbau und Betrieb dieser neuen zusätzlichen Einrichtungen. Die Leitung und Belegung der Einrichtungen wurde von der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) übernommen. Nach der Identitätsfeststellung wurden die Geflüchteten in der EAEH medizinisch betreut und erhielten ein Impfangebot gegen Covid-19. Anschließend wurden die Menschen rasch den Landkreisen und kreisfreien Städten in Hessen nach Richtlinie des hessischen Landesaufnahmegesetzes (LAG) zugewiesen. Die Aufnahmequote der Landkreise und kreisfreien Städte wurde durch



Rechtsverordnung der Landesregierung bestimmt, wobei insbesondere die Einwohnerzahl ausschlaggebend war. Die Zuweisung an die kreisangehörigen Gemeinden obliegt dann dem jeweiligen Kreisausschuss. Innerhalb der Kommunen können alle in Hessen registrierten Kriegsflüchtlinge aufgrund eines bundesweit einheitlichen Verfahrens ihre Kinder in die Schule schicken, am Arbeitsmarkt teilnehmen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Infolge der Verlagerung der Schwerpunkte des Kriegsgeschehens in der Ukraine in den östlichen Teil des Landes hat sich die Zahl der Menschen, die die Ukraine in Richtung Mitteleuropa verlassen und nach Deutschland flüchten, Mitte des Jahres deutlich verringert. Dies hatte sich spürbar auch auf das Ankunfts-geschehen in Hessen ausgewirkt. Deshalb hat das Land Hessen Mitte Juni beschlossen, die Notunterkünfte bis auf die Einrichtung am Standort Alsfeld im Vogelsbergkreis zu schließen.

Das Land trägt dafür Sorge, dass die am Frankfurter Hauptbahnhof ankommenden ukrainischen Geflüchteten, die auch in Hessen bleiben wollen, umgehend mit dem Bus in die EAEH transferiert werden; dies entspricht dem Vorgehen während der erhöhten Flüchtlingsbewegungen in den Jahren 2015 und 2016. Die ukrainischen Geflüchteten, die sich aktuell noch im Erstversorgungszentrum aufhalten, werden ebenso in die EAEH gebracht und von dort im Rahmen des Regelverfahrens nach einem festen Schlüssel auf die hessischen Landkreise verteilt.

HILFELEISTUNGEN AUS HESSEN FÜR DIE MENSCHEN IN DER REGION

Mit dem Ziel, den Menschen in der Ukraine unmittelbare Unterstützungsleistungen zugutekommen zu lassen, hat das Land seit Anfang März kontinuierlich Hilfsgüter in Höhe von 4,8 Millionen Euro übersendet. Hierzu gehörten medizinisches Gerät, Medikamente und Verbandsmaterial, Lebensmittel, Feldbetten und Schlafsäcke, aber auch feuerwehrtechnisches Gerät (Schutzausstattung und Atemschutzgeräte) sowie Feuerwehrfahrzeuge. Mit den Hilfstransporten wurden neben Lebensmittelpaketen auch vier Feuerwehrfahrzeuge in die Ukraine gebracht. Die Lebensmittelpakete beinhalten Mehl, Trockenhefe, Salz, Marmelade, Kaffee, Kondensmilch, Tee, Schokolade, Instant-Gemüsebrühe, Nudeln, Hülsenfrüchte, Reis, Öl, Sirup, Bulgur sowie Obstkonserven und sind speziell für die Lieferung in das Krisengebiet in der Ost- und Südukraine zusammengestellt worden. Bisher hat das Land allein 35.000 dieser Lebensmittelpakete in die Ukraine gebracht.

Bereits Anfang März hatte sich das Land Hessen an einer Hilfslieferung des Bundes an die Ukraine beteiligt und dafür 50.000 OP-Masken, 10.000 Schutzanzüge sowie 10.000 Infektionsschutzhandschuhe bereitgestellt. Aus dem hessischen Zentrallager startete dann Mitte März ein erster Hilfeleistungskonvoi für die Ukraine mit dringend benötigtem Material zur Unterbringung und Versorgung von ukrainischen Flüchtlingen. Die geladenen Hilfsgüter wurden vom Deutschen Roten Kreuz überbracht und umfassten fast 150 Paletten. Des Weiteren lieferte das Land rund 160 Sets Feuerwehr-Schutzkleidung bestehend aus Jacke, Hose, Helm und Stiefeln sowie zusätzlich weitere 40 Jacken und Hosen, die verschiedene hessische Kommunen auf Abfrage des Landes zur Unterstützung ukrainischer Einsatzkräfte zur Verfügung gestellt hatten. Im Auftrag des Landes transportiert das Deutsche Rote Kreuz im Rahmen eines zweiten Hilfstransportes Mitte Juli erneut insgesamt rund 150 Paletten mit Isomatten und Schlaf-

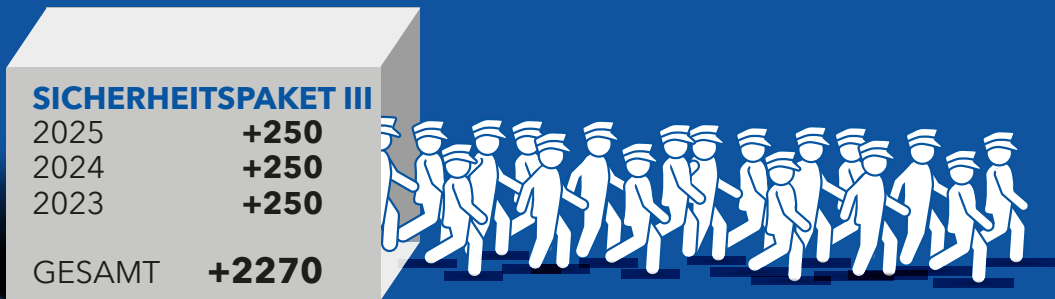
säcken, Windeln und Babynahrung sowie Feuerschutzkleidung und weiteren notwendigen Hilfsgütern über Polen in die Ukraine. Der Konvoi, der aus vier Fahrzeugen bestand, war aus dem DRK-Zentrallager in Fritzlar aufgebrochen.

Auch die hessische Polizei trug bereits dazu bei, dass die Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine mit Polizeiausstattung unterstützt wurden. Oft wurden die Transporte dabei in Zusammenarbeit mit privaten Initiativen, gemeinnützigen Organisationen und Firmen durchgeführt. Beispielhaft hierfür stehen zwei Hilfstransporte, die das in Wiesbaden ansässige Hessische Polizeipräsidium für Technik und das Polizeipräsidium Frankfurt zusammen mit dem privaten Netzwerk „Ukrainehilfe Birstein und Brachtal“ organisierten und zum Teil persönlich begleiteten. Dabei wurden unter anderem 18 ausgemusterte Streifenfahrzeuge, knapp 1.700 Schutzwesten, über 600 Stiefel sowie mehr als 1.100 Schutzhelme an die Sicherheitskräfte der Ukraine übergeben.



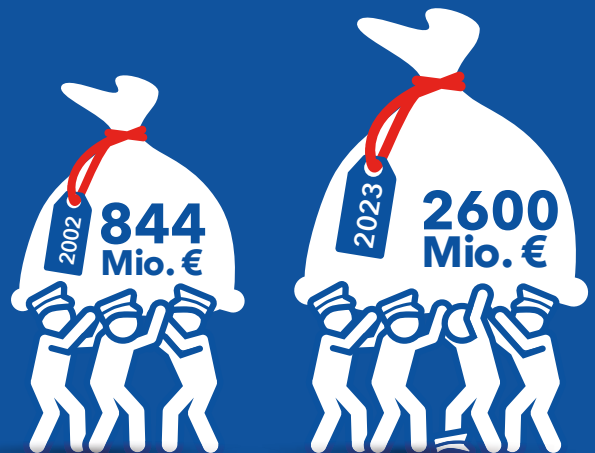


Zusätzliches Personal Polizeivollzug



2025: **16.020** Polizistinnen und Polizisten

So hohe Investitionen in die Innere Sicherheit wie noch nie





Innere Sicherheit

HESSEN BLEIBT EIN SEHR SICHERES LAND

Die Innere Sicherheit hat für die Hessische Landesregierung höchste Priorität. Damit Hessen auch weiterhin eines der sichersten Bundesländer in Deutschland bleibt, investiert die Landesregierung weiter stark in die Innere Sicherheit. Während im Jahr 2002 im Haushalt nur 844 Millionen Euro für die Innere Sicherheit zur Verfügung standen, wird der Wert 2023 bei mehr als 2,6 Milliarden Euro liegen.

Die Investitionen spiegeln sich auch in konkreten Erfolgen wieder. Die Zahl polizeilich registrierter Straftaten war in Hessen im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Stand seit mehr als 40 Jahren gesunken und verminderte sich damit im fünften Jahr in Folge. Insgesamt wurden in Hessen 336.030 Straftaten und damit 6.393 Fälle weniger gezählt als noch im Vorjahr (-1,9 Prozent), was der niedrigste Wert seit 1980 ist. 65,6 Prozent der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten wurden letztes Jahr aufgeklärt. Das ist der höchste jemals gemessene Wert seit Einführung der Kriminalstatistik im Jahr 1971.

Die Anzahl der Polizistinnen und Polizisten ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen, so dass erstmals in der Landesgeschichte die Marke von 15.000 Polizeivollzugsbeamten in der Landespolizei überschritten wurde. Der Personalszuwachs bei der hessischen Polizei wird auch in den kommenden Jahren über das Sicherheitspaket III sichergestellt. 2023, 2024 und 2025 werden jeweils 250 zusätzliche Kolleginnen und Kollegen in den Dienst kommen. 2025 werden dann mehr als 16.000 Polizistinnen und Polizisten für die Sicherheit der Menschen in Hessen auf den Straßen und öffentlichen Plätzen unterwegs sein. Im Vergleich zu 2014, dem Beginn des Personalaufbaus, beträgt der Personalszuwachs dann +18 Prozent.

In diesem Jahr erhielten alle hessischen Polizistinnen und Polizisten ein modernes und speziell gesichertes Smartphone oder Tablet, die über neue Polizei-Apps eine schnellere und datenschutzkonforme Abfrage und Weitergabe von dienstlichen Informationen noch am Einsatzort ermöglichen. Somit wurden rund 18.000 Smartphones und zusätzlich rund 2.000

Tablets zur Verfügung gestellt, die auf einer modernen Plattform betrieben werden. Die Hessische Landesregierung investierte hierfür ab 2021 und bis 2025 jährlich mindestens 15 Millionen Euro jährlich, demnach insgesamt rund 75 Millionen Euro.

Die Modernisierung der Dienst- und Schutzbekleidung werden die Reaktionsfähigkeit der hessischen Polizei im Kampf gegen Schwerstkriminelle und Terroristen weiter erhöhen. Hierfür investierte die Hessische Landesregierung 2022 erneut elf Millionen Euro. Im Kampf gegen Extremisten und Terroristen werden auch die polizeilichen Auswertungs- und Analysetools (hessenDATA, KLBoperativ, etc.) fortentwickelt. Das 2019 eingeführte Einsatzführungssystem wird ebenfalls weiterentwickelt. Es sorgt dafür, dass die Polizei noch schneller am Einsatzort ist. Zusammen mit der flächendeckenden Ausstattung mit Smartphones stehen Hessens Einsatzkräften alle notwendigen Informationen auch unterwegs jederzeit zur Verfügung.

Videosicherheitstechnik an öffentlichen Straßen und Plätzen ist seit mehr als 20 Jahren fester Baustein der Sicherheitsarchitektur in Hessen. 2022 waren in Hessen bei den sieben Polizeipräsidi in 20 Städten 26 Schutzbereiche mit insgesamt 299 Kameras zur gemeinsamen Nutzung von Polizei- und Gefahrenabwehrbehörden zur Überwachung öffentlicher Straßen und Plätze in Betrieb. Aus den bisherigen polizeilichen Erfahrungswerten geht hervor, dass mit Hilfe der Anlagen potenzielle Täter von der Begehung von Straftaten abgeschreckt werden, da beim Erkennen von Gefährdungen und Straftaten unmittelbar polizeiliche Maßnahmen getroffen werden können und bei begangenen Straftaten Beweissicherungs- und Identifizierungsmaßnahmen ermöglicht werden. Seit 2008 wurden hierfür 300.000 Euro vom Land zur Verfügung gestellt. 2018 wurden diese Mittel um eine Million Euro auf 1,3 Millionen Euro Fördermittel pro Jahr erhöht. Seit 2021 wird der Ausbau der Videosicherheitstechnik in Kommunen mit 2,8 Millionen Euro unterstützt.



Stärkung der Integrität der Polizei

FEHLER- UND FÜHRUNGSKULTUR FÜR DIE HESSISCHE POLIZEI

Die Umsetzung einer neuen Fehler- und Führungskultur für die hessische Polizei schritt 2022 bereits mit großen Schritten voran. 2021 hatte eine von Innenminister Peter Beuth eingesetzte Experten-Kommission („Verantwortung der Polizei in einer pluralistischen Gesellschaft – Die gute Arbeit der Polizeibeamten stärken, Fehlverhalten frühzeitig erkennen und ahnden“) 130 Empfehlungen für die hessische Polizei vorgestellt. Das unabhängige Gremium aus Vertretern aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Polizei und Verfassungsschutz wurde vor dem Hintergrund unerlaubter polizeilicher Datenabfragen im zeitlichen Zusammenhang mit NSU-2.0-Drohschreiben sowie weiterer Fälle offenkundigen Fehlverhaltens von hessischen Polizistinnen und Polizisten beauftragt. Zur Umsetzung der Empfehlungen wurde im Innenministerium eine eigene Stabsstelle „Fehler- und Führungskult“ gebildet, die sich seither den angeregten Maßnahmen der Kommission widmet. Im Jahr 2022 wurde ein Großteil der angeregten Maßnahmen bereits umgesetzt. Die restlichen Empfehlungen werden nach Prognose der Stabsstelle im Laufe des kommenden Jahres ebenfalls überwiegend umgesetzt sein.

In der Gesamtprojektstruktur arbeiteten 2022 mehr als 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen hessischen Polizeibehörden mit Hochdruck an der Umsetzung der Empfehlungen. Die Teilprojekte sind in ihren Themen in einen fachlich intensiven und für die weitere Arbeit der Polizei in Hessen konstruktiven Diskurs eingestiegen. Die Beteiligung so vieler versierter und engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei ist Garant dafür, dass die Umsetzungsergebnisse nicht nur lebensnah sind und weiterhin sein werden, sondern vor allem von einer breiten Fachlichkeit getragen und damit anschlussfähig in der gesamten hessischen Polizei sind.

Um möglichst alle Bediensteten der hessischen Polizei persönlich erreichen zu können, entwickelte die hessische Polizei verschiedene Veranstaltungsformate für die Beamtinnen und Beamten. So wurden in allen Behörden und der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit Transparenzgespräche auf Ebene der Dienststellen geführt. Formate im kleineren Rahmen ermöglichten zudem noch mehr Raum für den Austausch, die Diskussion und Reflexion. Trotz Corona-Einschränkungen wurden mit allen Formaten hessenweit bislang bereits etwa 17.000 Kolleginnen und Kollegen erreicht.

„Die hessische Polizei hat sich im vergangenen Jahr so intensiv und selbstkritisch wie noch nie mit ihrer eigenen Fehler- und Führungskultur auseinandergesetzt. Unsere Polizei zeigt eindrucksvoll, dass sie eine lernende Organisation ist, die die Chance für Veränderungen erkannt hat und nutzen möchte.“

INNENMINISTER PETER BEUTH

”

Die hessische Polizei geht zielgerichtet und unter Ausschöpfung aller taktischen und rechtlichen Mittel gegen Sexualstraftäter und den Besitz von Kinderpornografie vor. Wer Kinder sexuell missbraucht, wird mit der gesamten Macht des Staates kompromisslos verfolgt.

INNENMINISTER PETER BEUTH

BAO FOKUS

BEKÄMPFUNG VON KINDERPORNOGRAFIE UND SEXUELLEN MISSBRAUCH

Seit dem 1. Oktober 2020 bündelt und intensiviert die BAO FOKUS (Fallübergreifende Organisationsstruktur gegen Kinderpornografie Und Sexuellen Missbrauch von Kindern) die polizeilichen Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornografie in Hessen. Diese spezialisierte Einheit mit über 300 Ermittlern widmet sich gemeinsam mit den Staatsanwälten der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) der hessenweiten Verfolgung von Kindesmissbrauch und unterstützt zudem die weltweiten Fahndungen gegen Kinderpornografie. In den vergangenen rund zwei Jahren (Stand November 2022) wurden in dieser Zeit hessenweit 3.309 Durchsuchungen durchgeführt, 46 Haftbefehle vollstreckt und 49.139 Datenträger (PCs und Notebooks, externe Speichergeräte, Spielekonsolen, CDs/DVDs und mobile Endgeräte) sichergestellt. Zudem erfolgten bei 1.260 Beschuldig-

ten erkennungsdienstliche Maßnahmen und 909 Beschuldigte wurden unmittelbar nach der Durchsuchung vernommen. Den Beschuldigten werden insbesondere sexueller Missbrauch von Kindern oder Erwerb und Besitz von Kinder- und Jugendpornografie vorgeworfen. In Hessen wurden 2021 insgesamt 3.149 Straftaten im Bereich der Kinder- und Jugendpornografie registriert. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von insgesamt 86,1 Prozent. Die Aufklärungsquote befindet sich trotz dieses deutlichen Anstiegs mit rund 96,1 Prozent im Bereich der Kinder- und Jugendpornografie auf einem ähnlich hohen Niveau wie 2020 (97,1 Prozent). Im Deliktsbereich Kinder- und Jugendpornografie wurden im Jahr 2021 rund 1.545 Tatverdächtige ermittelt, die unter 21 Jahre alt sind. Der Anteil an allen Tatverdächtigen beträgt rund 51,5 Prozent.

Die Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornographie ist weiter Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit in Hessen, der bislang jährlich mit vier Millionen Euro gefördert wurde. Seit dem 1. Oktober 2020 bündelt und intensiviert die Besondere Aufbauorganisation (BAO) FOKUS die polizeilichen Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornographie in Hessen. Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen plant die Hessische Landesregierung in diesem Bereich Rekordmittel in Höhe von 18,8 Millionen Euro ein. Zudem wird die BAO FOKUS mit weiteren 50 neuen Stellen gestärkt. Das Hessische Landeskriminalamt und der INNOVATION HUB 110 des Hessischen Präsidiums für Technik entwickeln zurzeit gemeinsam eine Forensikplattform, um die Bekämpfung von Kinderpornographie weiter zu verbessern. Daten können so deutlich schneller und zielgerichteter ausgewertet werden – dies ermöglicht Täternetzwerke zu enttarnen und Täter schneller festzunehmen, um Missbrauch von Kindern wirkungsvoll zu verhindern.



Über **3300**
Durchsuchungen

Über **49.000**
Datenträger
sichergestellt

Über **300**
Ermittler

46 Haftbefehle
vollstreckt

Aus- und Fortbildung

ERÖFFNUNG HÖMS

Seit dem 01. Januar 2022 hat Hessen eine neue Hochschule: Die Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS). Die neu ins Leben gerufene HöMS vereint unter einem Dach drei hessische Institutionen aus dem Bereich Aus- und Fortbildung: die Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV), die Polizeiakademie Hessen (HPA) und die Zentrale Fortbildung Hessen (ZFH).

Damit wird die HöMS neue und zentrale Heimat für die Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die Nachwuchsgewinnung und polizeipsychologische Dienstleistungen für das Land Hessen und zieht als moderne und innovative Hochschule eta-

blierte Expertinnen und Experten genauso wie zukünftige Leistungsträgerinnen und -träger an. Auf dem Programm steht unter anderem die Vermittlung von Theorie und Praxis für den öffentlichen Dienst. Sie wird über die bisherigen vier Standorte in Gießen, Kassel, Mühlheim und Wiesbaden verfügen. Die HöMS ist eine Hochschule nach dem Hessischen Hochschulgesetz (HHG) und nimmt zudem polizeibehördliche Aufgaben nach dem Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) wahr. An der HöMS studierten zur offiziellen Eröffnung rund 3.900 junge Menschen, davon 1.100 im Fachbereich Verwaltung und 2.800 im Fachbereich der Polizei.





BAO Hessen R

HESSENS KAMPF GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Der Kampf gegen Rechtsextremismus hat höchste Priorität für die hessischen Sicherheitsbehörden. So hat etwa die eigens gebildete Besondere Aufbauorganisation (BAO) Hessen R, die im Hessischen Landeskriminalamt angesiedelt ist, den Druck auf Rechtsextremisten in diesem Jahr spürbar erhöht. Sie nimmt zum einen die durch einschlägige politisch motivierte Straftaten bereits polizeilich bekannten Personen der rechten Szene in den Blick. Zugleich verfolgt die BAO Hessen R den Ansatz, die Szene weiter aufzuhellen. Dazu zählt etwa weitere Personen aus dem politisch rechts motivierten Spektrum, die zuvor noch nicht einschlägig in Erscheinung getreten sind, zu identifizieren und – wo möglich – strafrechtlich zu verfolgen. Beispielhaft dafür steht die gezielte Verfolgung der BAO von bestimmten waffenrechtlichen Delikten. So übernimmt die BAO beispielsweise auch bestimmte Verfahren wegen des Verdachts des illegalen Waffenbesitzes, die immer wieder auch zum Auffinden rechter Devotionalien (Uniformen, Helme, Bücher, CDs, Orden, etc.) führen und den Betroffen-

en als rechtmotivierten Straftäter entlarven. Diese Personen rücken in der Folge dauerhaft in den Fokus der BAO Hessen R.

Seit Gründung der BAO Hessen R im Juli 2019 erfolgten mehr als 430 konzentrierte polizeiliche Einsatzmaßnahmen gegen die „rechte Szene“ in Hessen. Hierbei wurden über 320 Durchsuchungen und 8.425 Sicherstellungen durchgeführt. Rund 80 Szene-Veranstaltungen wurden durch die polizeilichen Regionalabschnitte der BAO Hessen R begleitet. Zudem wurden insgesamt 171 Haftbefehle gegen 157 Personen des rechten Spektrums vollstreckt. Allein in diesem Jahr vollstreckten die hessischen Ermittler im Kampf gegen die „rechte Szene“ bereits 76 Durchsuchungsbeschlüsse in Hessen, welche zur Sicherstellung von zahlreichen Waffen und NS-Devotionalien führten.

8425
Sicherstellungen

430
konzentrierte
polizeiliche
Einsatz-
maßnahmen

171
Haftbefehle
vollstreckt

320
Durchsuchungen

SCHLAG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IM DEZEMBER 2022

Am 07.12.2022 fanden länderübergreifend Durchsuchungsmaßnahmen unter Federführung der Bundesanwaltschaft gegen eine bundesweit vernetzte Gruppierung wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung statt. Nach dem derzeitigen Ermittlungsstand handelt es sich bei dem vermeintlichen Kopf dieser Vereinigung um einen Mann aus Hessen, der den hessischen Sicherheitsbehörden bereits seit Längerem bekannt ist und der Reichsbürgerszene zugeordnet wird. Knapp 300 hessische Polizistinnen und Polizisten, darunter auch Spezialeinheiten, waren in Hessen im Einsatz. Das HLKA und das LfV Hessen hatten die ersten Erkenntnisse zu der Gruppierung ermittelt und aufgeklärt.

”

Die hessische Polizei hält den Druck auf Rechtsextremisten 2022 ungebrochen weiter hoch. Mit aller Entschlossenheit wird dieser Kampf weiter fortgesetzt. Unsere Maßnahmen zeigen, dass die hessischen Sicherheitsbehörden wachsam und handlungsfähig sind. Damit lassen wir im Kampf gegen den Rechtsextremismus Taten sprechen. Außerdem gehen wir gezielt gegen illegalen Waffenbesitz vor. Bei den bisherigen Durchsuchungen wurden neben rechtsextremistischen Devotionalien auch Schuss- und Kriegswaffen sichergestellt.

INNENMINISTER PETER BEUTH



GEMEINSAM SICHER IN HESSEN

Unter der neuen Dachmarke „Gemeinsam sicher In Hessen“ arbeitete das Hessische Innenministerium 2022 an einer noch stärkeren Vernetzung zwischen Bürgern, Kommunen und Polizei. Im Zentrum des Vorhabens die Bürgerinnen und Bürger stehen, die sich künftig selbst noch stärker zu verschiedenen Sicherheitsthemen in ihrer Kommune einbringen sollen.

Das hessische Innenministerium wird die bereits bestehenden Online-Angebote weiter ausbauen, stärker verzahnen und daraus ein neues **Onlineangebot** entwickeln, das zugleich als **Frühwarnsystem** fungieren soll, an dem sich die Bürgerinnen und Bürger jederzeit und auf möglichst einfache Art und Weise beteiligen können.

KOMPASS

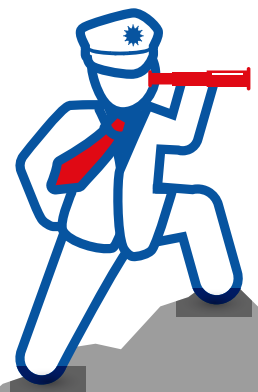
MEHR ALS DREI MILLIONEN HESSEN PROFITIEREN VON SICHERHEITSINITIATIVE

Die Sicherheitsinitiative KOMPASS (**KOM**munal**PRO**gramm**S**icherheits **S**iegel) des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport erfreut sich weiterhin großer Nachfrage. 2022 konnten weitere 26 Kommunen in das Landesprogramm aufgenommen und zahlreiche wichtige Maßnahmen in den bereits beteiligten Kommunen vor Ort umgesetzt werden. Bis zum Jahresende gehören hessenweit bereits 135 Städte und Gemeinden der Sicherheitsinitiative an. Damit profitieren nun bereits mehr als 3 Millionen Hessinnen und Hessen von individuellen Sicherheitslösungen in ihrer Stadt oder Gemeinde. Das Hessische Innenministerium wird das Programm auch im kommenden Jahr fortführen. Über 50 Kommunen haben sich für die Sicherheitsinitiative beworben oder stehen beim Innenministerium als Interessenten auf der Warteliste.

KOMPASS ist ein bereits seit 2017 bestehendes Angebot des Hessischen Innenministeriums an die Städte und Gemeinden in Hessen und zielt auf eine nachhaltige ausgerichtete Verzahnung und noch engere Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Polizei und Kommune ab. Wichtiges Element sind gezielte Bürgerbefragungen, die Aufschlüsse über Räume und Plätze, an denen sich die Menschen weniger sicher oder sogar unsicher fühlen, geben. Auch von den Kommunen bereits in der Vergangenheit eingeführte Präventionsprojekte bilden ein wichtiges Grundgerüst, um den Sicherheitsgedanken und Präventionsprogramme generationenübergreifend an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger

fortzuentwickeln. Für KOMPASS wies das Hessische Innenministerium den Polizeipräsidien zusätzliche Stellen im Bereich der Prävention zu. Darüber hinaus wurden zusätzlich elf „Schutzmäner vor Ort“ im Rahmen des Programms im vergangenen Jahr landesweit eingesetzt. Bei erfolgreicher Zusammenarbeit mit dem Land Hessen erhält jede KOMPASS-Kommune ein eigenes KOMPASS-Sicherheitsiegel. 2022 wurden weitere acht Kommunen ausgezeichnet.

Die hessische Polizei entwickelt derzeit ein internes digitales Lagebild mit dem Namen KOMPASSoperativ, das objektive Kriminalitätswerte mit dem jeweils lokal geäußerten subjektiven Sicherheitsgefühl verknüpft und gezielt für die polizeiliche Arbeit nutzbar macht. Die subjektive Sicherheitslage, die die Bürgerinnen und Bürger in den KOMPASS-Bürgerbefragungen geäußert haben, wird in der digitalen Streifenkarte KOMPASSoperativ mit den objektiven Kriminalitätswerten zusammengeführt. So wird die Polizei künftig noch stärker auch an subjektiv empfundenen Angsträumen Präsenz zeigen.



”

Die Feuerwehren und der Katastrophenschutz bilden das Rückgrat der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr in unserem Land. Mit finanziellen Rekordförderungen schaffen wir bestmögliche Rahmenbedingungen für unsere ehrenamtlichen Einsatzkräfte.

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER



Feuerwehr

MODERNER BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZ IN HESSEN

Die Förderung der Ausstattung hessischer Feuerwehren ist ein wichtiges Anliegen der Hessischen Landesregierung, welche die Mittel im Brandschutz von Jahr zu Jahr erhöht hat. Basis hierfür ist die Garantiesumme für den Brandschutz, die im Jahr 2021 42 Millionen Euro betrug und im Jahr 2022 nochmals auf den neuen Spitzenwert von 43 Millionen Euro erhöht wurde. Der aktuelle Haushaltsentwurf der Hessischen Landesregierung für die beiden Jahre 2023/2024 sieht erneut ein Ausbau der Garantiesumme vor. Bis 2024 sollen die jährlichen Ausgaben für den Brandschutz in Hessen auf 45 Millionen ansteigen.

Nachdem im Jahr 2021 insgesamt 239 kommunale Investitionen in Feuerwehrfahrzeuge und bauliche Maßnahmen wie Feuerwehrhäuser mit einem Volumen von insgesamt mehr als 20 Millionen Euro gefördert wurden, können in diesem Jahr voraussichtlich 237 Projekte gefördert werden. Damit kann das Land das hohe Förderniveau der Vorjahre fortsetzen und wieder weit mehr als 90 Prozent aller eingegangenen zuwendungsfähigen Anträge bewilligen. Das Land investiert dafür insgesamt erneut mehr als 20 Millionen Euro.



Optimale Bedingungen für den Brandschutz



Im Bereich des Brandschutzes investiert das Land neben Material und Infrastruktur insbesondere auch in die Ausbildung der Feuerwehrangehörigen: In den kommenden Jahren soll die Hessische Landesfeuerweherschule (HLFS) in Kassel zu einem modernen Feuerwehraus- und -fortbildungszentrum ausgebaut und die Teilnehmerkapazität um bis zu 150 zusätzliche auf dann insgesamt maximal 390 Plätze erhöht werden. Das Land kommt damit seiner Aufgabe nach, den mehr als 70.000 ehrenamtlichen Einsatzkräften der hessischen Feuerwehren bestmögliche Fortbildungsbedingungen zu bieten. Schon heute investiert das Land mehr als 16 Millionen Euro in die Ausbildung der Feuerwehrangehörigen an der HLFS in Kassel sowie deren Außenstelle in Marburg.

Anfang Oktober wurde das neue Jugendfeuerwehrausbildungszentrum (JFAZ) in Marburg-Cappel offiziell eingeweiht. Mit dem Neubau des JFAZ verfügt das Land nun über eine moderne Aus- und Fortbildungsstätte für die Arbeit der hessischen Jugendfeuerwehren. In den Kinder- und Jugendfeuerwehren sind rund 6.000 ehrenamtliche Kinder- und Jugendbetreuer engagiert, die freiwillig und unentgeltlich rund 37.000 Kinder und Jugendliche in 2.000 Nachwuchsabteilungen der Jugendfeuerwehren betreuen. Zudem investiert das Land in die Förderung von Schul-, Integrations- und Brandschutzerziehungsprojekten, in Brandschutzerziehungsmaterial, das Feuerwehren hessenweit kostenlos zur Verfügung gestellt wird, in das Starterpaket für Feuerwehranwärter sowie in die neue Kampagne „1+1=2 – Eine starke Verbindung“, mit der das Land für die bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf wirbt. Die angebotenen Förder- und Unterstützungsleistungen werden nunmehr unter der Dachmarke „Landesoffensive Nachwuchsgewinnung“ gebündelt und gezielt in die Kommunen getragen. Die ersten Ehrenamtsmessern für Kommunen fanden 2022 mit reger Beteiligung statt.

Das Land Hessen hat in den letzten 14 Jahren erhebliche Investitionen im Bereich des Katastrophenschutzes getätigt. Im Rahmen der Ausstattungsoffensive wurden seit dem Jahr 2008 mehr als 70 Millionen Euro in die umfangreiche Ausstattung und technische Modernisierung des hessischen Katastrophenschutzes investiert und die Zahl der Landesfahrzeuge damit von 278 auf über 700 mehr als verdoppelt. Dadurch verfügen die rund 23.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den rund 800 Einheiten des Landes über die umfassendste und modernste Ausstattung in der Geschichte des Hessischen Katastrophenschutzes. Hessen nimmt damit bundesweit einen Spitzenplatz ein.

Eine weitere Herausforderung stellen die von Jahr zu Jahr zahlreicher auftretenden Waldbrände dar. Bereits vor den trockenen Sommermonaten 2018 hatte das Land 426 Waldbrandlöschsets angeschafft und alle hessischen Katastrophenschutz-Löschzüge ausgestattet. Sie bestehen unter anderem jeweils aus einer Rucksackspritze mit 19 Litern Löschwasserinhalt mit Handpumpe, drei D-Strahlrohren, drei Längen (20m) D-Druckschlauch und einem Kugelhahnverteiler. Damit wurde die Ausstattung der Katastrophenschutz-Löschzüge sinnvoll ergänzt, die durch die Sets Glutnester gezielter bekämpfen konnten. Zusätzlich hatte das Land vier Abrollbehälter Waldbrand sowie Hytrans-Hochleistungs-pumpensysteme, mit denen eine äußerst effektive Wasserversorgung im unwegsamen Gelände hergestellt werden kann im Gesamtwert von mehr als einer Million Euro beschafft. Der faltbare Löschwasserbehälter (35.000 Liter), die Außenlastbehälter für Hubschrauber (2.000 Liter), sowie das Schlauchmaterial können durch das Abrollbehältersystem schnell an den jeweiligen Einsatzort gebracht werden. Diese vier Sondereinsatzmittel sind bundesweit einmalig.

Cybersicherheit

AUF CYBERATTACKEN BESTMÖGLICH VORBEREITET

Spätestens mit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine hat sich die Cyberbedrohungslage für ganz Deutschland und damit auch die hessische Landesverwaltung, die hessischen Kommunen und hessischen Unternehmen deutlich verschärft. Deutschlandweit waren unter anderem Stadt- und Kreisverwaltungen, aber auch kommunale Unternehmen von Angriffen betroffen. Das Hessen Cyber Competence Center (Hessen3C) im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport beobachtete im Jahresverlauf eine erhebliche Zunahme von Cyberangriffen in Form von Phishing-Versuchen, DDoS-Angriffen, Ransomware-Angriffen und Verbreitung von Fake-News mit dem Ziel der Desinformation. Dies spiegelt sich in einer sehr hohen Anzahl von Anfragen nach Sicherheitsberatungen und Sensibilisierungsveranstaltungen in Folge konkreter IT-Sicherheitsvorfälle wider.

Im Jahr 2022 hat sich die Zahl der dem Hessen3C gemeldeten Fälle mit knapp 3.000 Meldungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt. Konkret unterstützte Hessen3C von Cyber-Angriffen betroffene hessische Kommunen sowie kleine und mittlere Unternehmen u. a. im Rahmen der Analyse der Sicherheitsvorfälle und führte anschließend mit den Beschäftigten Sensibilisierungsmaßnahmen zur Erhöhung der IT-Sicherheit durch.

Damit Hessens Kommunen sich besser gegen Cyberattacken schützen können, bietet die Hessische Landesregierung gemeinsam mit der ekom21 Städten und Gemeinden zahlreiche Beratungs- und Informationsangebote. Seit 2016 haben im Rahmen des Angebots Kommunales Dienstleistungszentrum Cybersicherheit (KDLZ-CS) mehr als 1000 kostenfreie Beratungstermine in den Kommunen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen

Cyberangriffe stattgefunden. Darüber hinaus schulen seit Mai 2022 die IT-Expertinnen und -Experten des Hessischen Cyberabwehrbildungszentrums Land/Kommunen (HECAAZ L/K) kommunale Entscheidungsträger, wie sie sich für den Fall eines erfolgreichen Cyberangriffs besser wappnen können. Die Schulungen wurden durch Hessen3C im Innenministerium in Zusammenarbeit mit der ekom21 entwickelt und finden zentral in den Landkreisen der kreisangehörigen Kommunen statt. 2022 fanden hierzu hessenweit mehr als 65 Veranstaltungen statt, weitere Veranstaltungen sind für die erste Jahreshälfte 2023 geplant.

CYBERSICHERHEITSEXPERTEN IM AUSTAUSCH FÜR HESSEN

Unter dem Titel „Cybersicherheit – Auf Angriffe vorbereitet sein“, fand in Wiesbaden im Oktober 2022 zum fünften Mal der Cybersicherheitsgipfel statt. An diesem Gipfel nahmen über 350 Teilnehmer aus Politik, Kommunen, Landesverwaltung und Wirtschaft teil. In verschiedenen Fachforen und Diskussionsrunden wurde das umfangreiche Beratungsangebot des Landes Hessen für Kommunen vorgestellt und Handlungsempfehlungen und Informationen zur Cybersicherheit gegeben. Darüber hinaus wurde 2022 die Vorlesungsreihe „Ringvorlesung Cybersicherheit“ erstmals für die Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern geöffnet. Sechs hessische Professorinnen und Professoren gaben Interessierten Einblicke in aktuelle Themen und Entwicklungen im Bereich Cybersicherheit. An der Veranstaltungsreihe nahmen insgesamt knapp 2.000 Zuhörerinnen und Zuhörer digital und vor Ort im Innenministerium teil.



”

Wir unterstützen aktiv die Digitalisierung in Hessen. Sie beschleunigt die Prozesse bei Verwaltungsgängen und erleichtert Bürgern und Unternehmen das tägliche Leben.

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER

Verwaltungsdigitalisierung

HESSEN. EINFACH. DIGITAL.

Das Land Hessen unterstützt die Kommunen bei der Digitalisierung von kommunalen Dienstleistungen mit unterschiedlichen strukturellen sowie finanziellen Maßnahmen. In einer 2019 vom Hessischen Innenministerium, der Hessischen Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung sowie den Kommunalen Spitzenverbänden unterzeichneten Vereinbarung wurde die Einrichtung einer Koordinierungsstelle OZG-Kommunal beschlossen. Weiterhin wurde eine finanzielle Unterstützung durch das Land Hessen für die OZG-Umsetzung der Kommunen von insgesamt fast 17 Millionen Euro vereinbart. Ein wesentliches Unterstützungsangebot war und ist die Digitalisierungsberatung. Von den 422 Gemeinden und 21 Landkreisen in Hessen haben sich mittlerweile 310 Gemeinden und 17 Landkreise zu insgesamt 543 Digitalisierungsberatungen angemeldet.

Die enge Zusammenarbeit von Land und Kommunen hat dazu beigetragen, dass die OZG-Umsetzung in Hessen weiter vorangeschritten ist und zum 25. November 2022 bereits für 463 von 699 Landes- und Kommunalleistungen Onlinedienste zur Verfügung gestellt werden.

Ein weiterer Meilenstein stellt die „Digitale Modellbehörde (DMB)“ dar. Das Projekt begreift sich als Wegbereiter für die vollumfängliche medienbruch- und barrierefreie Digitalisierung aller Verwaltungsleistungen. In den drei hessischen Regierungspräsidien als Modellbehörden werden die Mittel und Möglichkeiten der Digitalisierung erprobt und umgesetzt.

Die im Rahmen des Projekts entwickelte und bereits 2021 eingeführte Datenbank „Kommunal Data Hessen“ wurde 2022 intensiv weiterentwickelt. Die ursprünglich zur Verbesserung des Informationsaustausches zwischen Land und Kommunen im Finanzplanungs- und Genehmigungs-

prozess eingeführte Plattform ist heute zur Austauschplattform zwischen den 443 Kommunen und der Kommunalaufsicht auf Ebene der Landkreise, Regierungspräsidien und dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport geworden. Der Datenpool umfasst mittlerweile Jahresabschlussdaten, kommunale Stammdaten, Bevölkerungsdaten, Fördergelder und Zuweisungen. „Kommunal Data Hessen“ wurde 2022 als eines von 24 exzellenten Projekten mit dem Siegel des KommDIGITALE-Awards in der Kategorie „Landkreise, Ministerien und sonstige Behörden“ als Projekt ausgezeichnet, das sich in besonderem Maße für die Digitalisierung der Verwaltung eingesetzt hat.





Inklusion im Sport

SPECIAL OLYMPICS WORLD GAMES IN DEUTSCHLAND

Deutschland wird vom 17. bis 24. Juni 2023 Gastgeber der Special Olympics World Games (SOWG) sein, der weltweit größten inklusiven Sportveranstaltung für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung. Dazu werden etwa 7.000 Athletinnen und Athleten sowie Unified Partnerinnen und Partner, also Menschen ohne geistige Behinderung, aus ca. 190 Nationen in 24 Sommer- und zwei Demonstrationssportarten in Berlin erwartet. Das sog. „Host-Town-Program“ ist dabei ein fester Bestandteil der Philosophie von Special Olympics International. Beim Host Town Program werden die ausländischen Delegationen vier Tage vor Beginn der Weltspiele im Gastgeberland empfangen und betreut, können sich akklimatisieren und Land und Leute kennenlernen. Die 19 hessischen Gastgeberkommunen und -landkreise sind: Baunatal, Darmstadt, Frankfurt, Fulda, Gießen, Hanau, Hersfeld-Rotenburg, Idsteiner Land (Stadt Idstein und Gemeinden Hünstetten, Niedernhausen und Waldems),

Kassel, Kelkheim, Langen, Marburg, Neu-Isenburg, Pfungstadt, Seligenstadt, Vogelsbergkreis, Werra-Meißner-Kreis, Wetzlar und Wiesbaden.

Es werden insgesamt etwa 1.400 Gäste nach Hessen in die 19 Host Towns kommen. Hessen hat mit der Stadt Frankfurt die größte Delegation aus ganz Deutschland aus Indien unter dem Namen „Special Olympics Bharat“. Die hessischen Kommunen werden dabei seit Juli 2021 von einer Projektkoordination unterstützt, welche vom Hessischen Innenministerium finanziert wird. Neben der Förderung der Projektkoordination bei SOH haben die Kommunen die Möglichkeit, im Rahmen der Weltspiele eine finanzielle Unterstützung zur Umsetzung ihrer inklusiven Sportprojekte zu erhalten, um die Planungen zu erweitern und die Projekte nachhaltiger zu gestalten. Das Hessische Innenministerium stellt für die Förderung der Gastgeberkommunen je 10.000 € für 2022 und 2023 zur Verfügung.

Sport

SPORTFÖRDERUNG IN HESSEN STEIGT AUF REKORDNIVEAU

Die Hessische Landesregierung hat den organisierten Sport in Hessen 2022 mit einem neuen Rekordvolumen von rund 65,5 Millionen Euro unterstützt (2021: 61 Millionen). Darüber hinaus half die Landesregierung in den vergangenen drei Jahren Hessens Sportvereinen über verschiedene Sport-Programme zur Bewältigung der Folgen der Pandemiejahre mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von insgesamt 18 Millionen Euro. Sie führte 2022 unter anderem ihr Förderprogramm für Sportvereine, die infolge der Corona-Pandemie besonders von Mitgliederverlust betroffen waren, fort. Mit dem zweiten Sonderförderprogramm wurden zusätzliche Maßnahmen zur Mitgliedergewinnung ermöglicht. 2021 hatten rund 160 Vereine mehr als 50 Mitglieder verloren.

Die Sportförderpolitik der Landesregierung setzt dabei bei den kleinsten Einheiten, den Vereinen in den Kommunen an. Die Bandbreite der Unterstützung für insbesondere kleinere Vereine reicht von der Neuanschaffung von Sportgeräten über die Sicherung des Trainings- und Spielbetriebes bis zur Förderung der Jugendarbeit. Hessens Sportvereine zählen etwa zwei Millionen Mitglieder, die in rund 7.500 Vereinen des Landessportbundes organisiert sind.

Die Hessische Landesregierung schärft gemeinsam mit verschiedenen Partnern das öffentliche Bewusstsein für mehr Bewegung. Sie bündelt bereits seit 2017 alle bereits etablierten Maßnahmen und Strategien, die zu einer bewegungsstarken und gesundheitsfördernden Lebensweise in Hessen beitragen, unter dem Programm „SPORTLAND HESSEN bewegt“. Die gleichnamige neue Website sportlandhessenbewegt.de gibt einen allgemeinen Überblick über das Landesprogramm und bietet als zentrale Informationsplatt-

form der Partner aus Sport, Wissenschaft, der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherungen sowie den Kommunen spezifische Angebote und Förderungen auf dem Feld Bewegungsförderung.

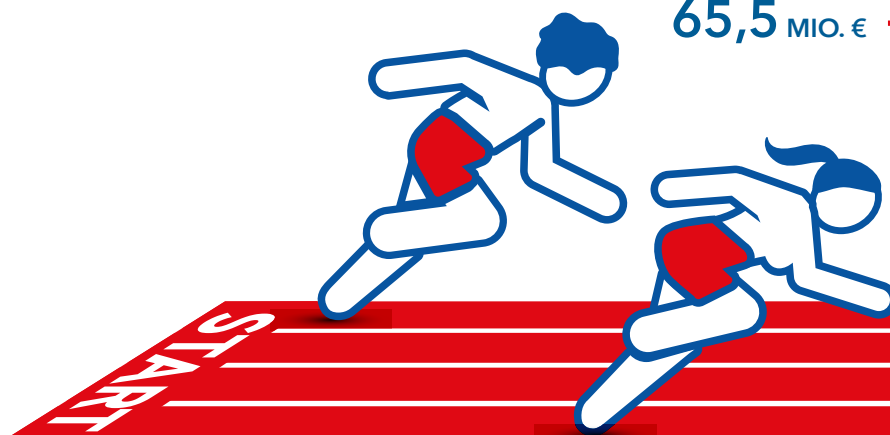
Das Land und der organisierte Sport wissen, dass viele Ehrenamtliche in den Vereinsvorständen seit Monaten in Sorge auf die steigenden Energiepreise, den Winter und in die Zukunft blicken. Viele Vereine haben bereits Energieeinsparmaßnahmen umgesetzt, um Kosten abzufedern. Die Hessische Landesregierung wird Hessens Sportvereine auch in der aktuellen Energiekrise und im Rahmen eines eigenen Landesprogramms Unterstützung anbieten.

Ein wichtiges Ziel der Hessischen Landesregierung ist der Erhalt und die Förderung einer modernen Bäderlandschaft in allen Regionen des Landes. Mit dem 50 Millionen Euro schweren Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM) fördert die Landesregierung daher seit 2019 den Erhalt und die Modernisierung der hessischen Hallen- und Freibäder. Die Hessische Landesregierung unterstreicht mit diesem Programm, dass sie die Bedeutung der Bäder sowohl für den ländlichen Raum, als auch für den Schwimmsport würdigt und deren Erhalt und Modernisierung gezielt fördert.

2024
66,8 MIO. €

2023
66,7 MIO. €

2022
65,5 MIO. € **+24,0** MIO. €
CORONA-FÖRDERPROGRAMME





Vor einem halben Jahrhundert wurde in Hessen die Gebietsreform umgesetzt. Das Ziel der zwischen 1969 bis 1979 erfolgten Neugliederung der Gebietskörperschaften waren größere Verwaltungseinheiten und damit leistungsfähigere Gemeinden und Landkreise für ganz Hessen. Vor allem Kleinstgemeinden unter 300 Einwohnern, die keine hauptamtlichen Verwaltungsbeamten hatten, sollten in größere Einheiten eingegliedert und damit gestärkt werden. In vielen Städten und Gemeinden wurde anlässlich des Jubiläums 2022 gefeiert.

Hessens Kommunen

GUT DURCH DIE PANDEMIE GEKOMMEN

Hessen unterstützt seine Kommunen bereits seit vielen Jahren nach Kräften. Im Zusammenspiel mit zusätzlichen Finanzmitteln von außen, durch die Aufsicht angeleiteter Ausgabendisziplin und Ausschöpfung eigener Einnahmepotentiale sowie Sonderhilfen für die am meisten verschuldeten Kommunen, stehen die Landkreise, Städte und Gemeinden auch nach zwei herausfordernden Pandemie-jahren auf einem soliden finanziellen Fundament. Die Hessische Landesregierung hat die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen durch umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen des Landes sichergestellt. Nach Übermittlung aller Daten aus den Kommunen an das Hessische Innenministerium, welches als oberste Aufsichtsbehörde auch für die Haushalte der Landkreise, Städte und Gemeinden Ver-

antwortung trägt, konnten 98 Prozent der Kommunen 2021 ihren Haushalt ausgleichen. Unter dem Strich übersteigen damit aktuell die Erträge die Aufwendungen um mehr als eine Milliarde Euro. Insgesamt stieg der Gesamtbestand an Rücklagen in den hessischen Kommunen von 5,4 Milliarden Euro auf 6,4 Milliarden Euro an.

Nach ersten Prognosen zeichnet sich auch für das Jahr 2022 eine positive Tendenz des Gewerbesteueraufkommens in Hessen ab. Im ersten Halbjahr 2022 betrug das Gewerbesteueraufkommen rund 3,5 Milliarden Euro. Es lag damit deutlich über dem Vorjahresniveau. Der weit überwiegende Teil der hessischen Kommunen konnte für diesen Zeitraum erneut Steuermehreinnahmen verzeichnen.

Unterstützung hessischer Kommunen durch das Land

2012	Kommunaler Schutzschirm	3 Milliarden Euro für 100 Kommunen
2016 - 2021	Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) I	680 Millionen Euro
2018 - 2023	Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) II	118 Millionen Euro
2017	Hessenkasse-Entschuldungsprogramm	5 Milliarden Euro für 179 Kommunen
2017	Hessenkasse-Investitionsprogramm	700 Millionen Euro für 257 Kommunen
2020	KIP macht Schule	Pauschalzahlung 161 Millionen Euro
2020/2021	Hilfen zur Bewältigung der Corona-Krise	3 Milliarden Euro (inkl. Gewerbesteuerkompensation iHv. 660 Mio. Landesbeitrag)

Rahmenbedingungen verbessert

MEHR GELD FÜR HESSENS BEAMTE

Rund 104.000 hessischen Landesbeamtinnen und -beamte, Richterinnen und Richter sowie gut 84.000 hessische Versorgungsempfängerinnen und -empfänger („Pensionäre“) werden zum 1. April 2023 und 1. Januar 2024 jeweils drei Prozent mehr Geld erhalten. Dies erfolgt zusätzlich zur regulär vereinbarten Tarif- und Besoldungserhöhung aus dem Oktober 2021.

So steigen beispielsweise zum 1. April 2023 die Kinderzuschläge für Hessens Beamtinnen und Beamte für die ersten beiden Kinder um jeweils 100 Euro pro Monat (eine Familie mit zwei Kindern erhält somit 200 Euro zusätzlich), für jedes weitere Kind um jeweils 300 Euro pro Monat (eine Familie mit vier Kindern erhält somit 800 Euro zusätzlich). Angehörige der Besoldungsgruppe A 5 werden zum 1. April 2023 in die besser bezahlte Besoldungsgruppe A 6 überführt. Für die Richter- und Staatsanwaltschaft werden zum 1. April 2023 die niedrigsten beiden Erfahrungsstufen entfallen, auch um den gestiegenen Anforderungen im Justizbereich gerecht zu werden.

Alle Länder und der Bund sind durch das Grundgesetz verpflichtet, die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter angemessen zu besolden. Das Bundesverfassungsgericht und der Hessische Verwaltungsgerichtshof hatten in ihren jüngeren Entscheidungen die Rahmenbedingungen für die Besoldung der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter neu abgesteckt. Beide Gerichte haben deutlich gemacht, dass bei der Bemessung der Besoldung stärker als bisher die tatsächlichen Kosten für die Unterkunft Berücksichtigung finden und sich auch die besonderen Bedarfe von Familien mit Kindern widerspiegeln müssen.



Zum 1. April 2023 sowie zum 1. Januar 2024 jeweils drei Prozent höhere Besoldung.

Angehörige der Besoldungsgruppe A 5 werden zum 1. April 2023 in die A 6 überführt.

Für die ersten beiden Kinder 100 Euro, für jedes weitere Kind 300 Euro mehr pro Monat.

Bei Richtern und Staatsanwälten entfallen die niedrigsten beiden Erfahrungsstufen.

”

Der Ruf der hessischen Einsatzbeamtinnen und Einsatzbeamten der Bereitschaftspolizei ist nicht nur in Hessen, sondern auch über die Landesgrenzen hinaus dank der Arbeit von Volker Pfeiffer exzellent. Malte Neutzler hat sich einen herausragenden Ruf als Polizeiführer für herausfordernde Einsatzlagen erworben und ist ein echter Gewinn für die hessische Polizei.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Wechsel an der Spitze der Bereitschaftspolizei

ECHTER GEWINN FÜR DIE HESSISCHE POLIZEI



Der Hessische Innenminister Peter Beuth hat Anfang März Malte Neutzler zum neuen Präsidenten des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidiums (HBPP) ernannt und ihm die Ernennungs-urkunde überreicht. Der 1966 geborene Malte Neutzler ist 1985 in die hessische Polizei eingetreten. Nach der Grundausbildung war er zunächst für zwei Jahre im Lagezentrum des Innenministeriums tätig, bevor er für fast zehn Jahre zur Hessischen Bereitschaftspolizei wechselte, wo er Zugführer bei der 1. Bereitschaftspolizei-Abteilung war. Im Polizeipräsidium Frankfurt a.M. nahm er 2009–2015 verschiedene Führungsaufgaben wahr, darunter auch die Leitung der Direktion Süd. Seit 2015 war er im Polizeipräsidium Westhessen tätig, unter anderem als Leiter der Polizeidirektion Wiesbaden und als Leiter der Abteilung Einsatz. Zuletzt wechselte der 56-jährige zum HBPP, um hier als Leiter des Umsetzungsprojekts Einsatzpräsidium tätig zu sein.

Ende Januar hatte Innenminister Peter Beuth den bisherigen Präsidenten des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidiums Volker Pfeiffer in den Ruhestand verabschiedet und im Rahmen einer persönlichen Verabschiedung seine herausragenden Leistungen für die hessische Polizei gewürdigt.

Volker Pfeiffer begann seine Ausbildung 1980 im mittleren Polizeidienst, es folgte der gehobene und schließlich seit 1997 der höhere Dienst. Nach seiner Ausbildung war Volker Pfeiffer Einsatzbeamter der Bereitschaftspolizei und übernahm schon nach kurzer Zeit erste Führungsfunktionen als Gruppenführer. Ab 1991 war er Zugführer in der I. Hessischen Bereitschaftspolizeiabteilung. 2005 wurde ihm die Leitung der Poli-

zeidirektion Limburg übertragen. Ab 2010 leitete er zuerst die Abteilung Einsatz des Polizeipräsidiums Südhessen und ab 2011 die des Polizeipräsidiums Westhessen. Im Dezember 2016 kehrte Volker Pfeiffer an den Ort zurück, wo seine berufliche Karriere begann: zur Hessischen Bereitschaftspolizei. Zuerst war er mit der Funktion des Vizepräsidenten beauftragt, bevor 2019 seine Ernennung zum Präsidenten erfolgte.



Forschungsförderung Cybersicherheit

LAND HESSEN FÖRDERT ANALOGRECHNER

Staatssekretär Stefan Sauer hat Ende Januar symbolisch Prof. Dr. Bernd Ulmann und Prof. Dr. Gerhard Scheitler von der Hochschule für Oekonomie & Management Frankfurt (FOM) einen Förderbescheid des Landes übergeben. Mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 350.000 Euro unterstützt die Hessische Landesregierung die wissenschaftliche Erforschung und Erprobung von elektronischen Analogrechnern.

Der Analogrechner als Pendant zu den weitverbreiteten und bekannten Digitalrechnern kann diesen unter bestimmten Voraussetzungen überlegen sein. Elektronische Analogrechner arbeiten bauartbedingt ohne Software und Algorithmen, sind kaum angreifbar und jeder Rechner ist so einzigartig, dass ein Nachbau faktisch unmöglich ist. Ein weiterer, im Vergleich zu den Digitalrechnern großer Vorteil ist, dass ihr Energieverbrauch bei

gleichzeitig extrem hoher Rechenleistung sehr gering ausfällt. Das kann in vielen Bereichen hilfreiche Innovationen fördern, beispielsweise in der sicheren Authentifizierung von Personen oder Produkten.

In diesem Forschungsprojekt soll eine nichtklonbare, analoge Schaltung („physically unclonable function“) erforscht werden. Auf dieser Basis lassen sich voraussichtlich Hardwarekomponenten beispielsweise in Form einer Chipkarte bauen, die eine eindeutige Identifikation von Personen oder Objekten ermöglichen. Diese analogen Chipkarten könnten unter anderem im Rahmen einer Zwei-Faktor-Authentifizierung genutzt werden, um Personen Zugriff auf empfindliche Rechnersysteme zu gewähren, da sich diese Personen eindeutig mit der neuen analogen Chipkarte identifizieren können.



”

Wie bei allen Vorhaben im Rahmen unserer Förderlinie Cybersicherheitsforschung möchten wir unsere digitale Welt noch sicherer machen. Daher wird die Erforschung der Sicherheitsvorteile von elektronischen Analogrechnern gefördert.

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER

#HESSEN GEGEN HETZE

Rund
9300
Meldungen

Rund
2400
Fälle von
Extremismus

Rund
1200
Ermittlungs-
verfahren

62%
Einstufungen als
Hate Speech

Meldestelle HessenGegenHetze

SEIT KNAPP DREI JAHREN GEHT HESSEN GEGEN HASS UND HETZE IM NETZ VOR

WEITERE MASSNAHMEN GEGEN HASS UND HETZE

Eine weitere wichtige Aufgabe der Arbeit der Meldestelle ist die dauerhafte Sensibilisierung für Hate Speech und das Aufzeigen der verfügbaren Handlungsmöglichkeiten. So fanden zum Beispiel hessenweit Veranstaltungen zur Sensibilisierung von Lehrkräften, ehrenamtlich Tätigen sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern statt. Um für die Zukunft gewappnet zu sein, initiierte die Meldestelle HessenGegenHetze 2021 ein gemeinsames Forschungsprojekt mit der Hochschule Darmstadt und dem Fraunhofer Institut SIT. In dem Forschungsprojekt „DeTOx – Detektion von Toxizität und Aggressionen in Postings und Kommentaren im Netz“ werden automatisierte Erkennungs- und Klassifikationsverfahren für Fake News und Hate Speech unter Anwendung von Künstlicher Intelligenz entwickelt und erforscht.

Seit mittlerweile knapp drei Jahren geht die Hessische Landesregierung mit der Meldestelle HessengegenHetze im Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C), welches im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport angesiedelt ist, gegen Hass und Hetze im Netz vor. Sie bietet Betroffenen sowie Zeugen von Hate Speech eine niederschwellige Möglichkeit, möglicherweise strafbare oder extremistische Inhalte den Sicherheitsbehörden zu melden.

Die Hessische Landesregierung hat nach dem Mord an Dr. Walter Lübcke mit dem Aktionsprogramm „Hessen gegen Hetze“ eine Vielzahl an Maßnahmen gegen Hass-Postings angestoßen. Mit der Meldestelle „hessengegenhetze.de“ wurde ein Weg geschaffen, dass bereits sehr niedrigschwellig Hinweise über zum Beispiel rassistische Äußerungen im Internet den Sicherheitsbehörden – Polizei, Verfassungsschutz und Justiz – gemeldet werden können. Bereits zuvor konnten sich Internetnutzer über die Onlinewache direkt an die Polizei wenden, um zum Beispiel Posts aus den Sozialen Medien anzuzeigen.

”

Wer im Internet Hass und Hetze verbreitet, muss mit Konsequenzen rechnen.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Mehr als 9.300 Meldungen in den vergangenen beiden Jahren

Seit Bestehen der Meldestelle wurden insgesamt rund 9.300 Beiträge aus sozialen Netzwerken und Webseiten gemeldet, von denen 62 Prozent als Hate Speech eingestuft wurden (Stand Mitte November 2022). Von 4.125 an die zuständige Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt und das Bundeskriminalamt weitergeleiteten Fällen ging die Meldestelle bei ihrer Erstbewertung von den Straftatbeständen der Volksverhetzung (31 Prozent), der Beleidigung (20 Prozent) sowie der Belohnung und Billigung von Straftaten (13 Prozent) aus. Die Generalstaatsanwaltschaft leitete insgesamt über 1.200 Ermittlungsverfahren ein, rund 2.400 Fälle wurden aufgrund von Anhaltspunkten für Extremismus an das LfV Hessen zur Bewertung weitergeleitet. 105 Fälle wurden wegen des Verdachts einer konkreten Gefährdung oder Bedrohung einer Person an das HLKA gesteuert.

”

Eine moderne und professionelle Polizei benötigt eine sichere und zeitgemäße Unterbringung mit qualitativ hochwertiger technischer Ausstattung. Der Neubau des Polizeireviers Ost bietet künftig aber nicht nur mehr Platz, sondern vor allem auch hervorragende Arbeitsbedingungen und wird zugleich den Bürgerinnen und Bürger beim Besuch ihrer Polizei einen deutlich verbesserten Komfort bieten.

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER



Neues Polizeirevier Ost

MEHR KOMFORT FÜR POLIZEI UND BÜRGER

Der symbolische Startschuss für den Neubau des Polizeireviers Ost in Kassel wurde Ende Januar in Anwesenheit von Stefan Sauer gegeben. Zusammen mit Kassels Oberbürgermeister Christian Geselle, dem nordhessischen Polizeipräsidenten Konrad Stelzenbach und weiteren Vertreterinnen und Vertretern aus Bauverwaltung und Polizei legte Stefan Sauer dafür den Grundstein. Der Neubau ist ein Bestandteil des „Stadtentwicklungskonzeptes Waldau“ und nur einen Kilometer vom derzeitigen Polizeirevier Ost entfernt. Der Umzug soll im Frühjahr 2023 erfolgen.

Auf einer Teilfläche eines im Eigentum der Stadt Kassel befindlichen Grundstücks mit einer Gesamtfläche von ca. 4.500 m² entsteht eine büro- und polizeispezifische Immobilie zur Unterbringung der rund 80 Beschäftigten des Polizeireviers Ost mit einer Nutzfläche von etwa 2.100 m². Das Baugrundstück wird gemeinsam mit dem Grundstück für den Schulneubau „Offene Schule Waldau“ und dem neuen Feuerwehrstandort Ost erschlossen. Die Planung für das Gebäude und die Freianlagen erfolgt durch das Architekturbüro „A³ Bauplanung GmbH“ mit Sitz in Kassel.

Regierungspräsidium Kassel

MARK WEINMEISTER NEUER REGIERUNGSPRÄSIDENT KASSEL

Das Regierungspräsidium (RP) Kassel hat seit Ende Januar mit Mark Weinmeister einen neuen Amtschef. Der bisherige Europa-Staatssekretär übernahm die Nachfolge von Hermann-Josef Klüber, der gleichzeitig in den Ruhestand verabschiedet wurde. Hermann-Josef Klüber übernahm als Regierungsvizepräsident nach dem rechtsextremistisch motivierten Mord des damaligen Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke in der Nacht zum 2. Juni 2019 die Amtsgeschäfte und wurde im September 2019 zum Regierungspräsident ernannt. Seine rund zweieinhalbjährige Amtszeit als Regierungspräsident war durch die Bewältigung des Verbrechens und durch die Belastungen der Corona-Pandemie von außergewöhnlichen und vielschichtigen Herausforderungen geprägt. Als Behördenleiter hat Hermann-Josef Klüber den Umbau des RP Kassel in eine fortschrittliche und digitale Behörde, die sich als Dienstleister und attraktiver Arbeitgeber versteht, maßgeblich vorangetrieben. Dass das RP Kassel zeitgleich zu den genannten Weiterentwicklungsmaßnahmen und den Belastungen der Corona-Pandemie den

zusätzlichen Auftrag und damit die Bearbeitung von rund 120.000 Corona-Soforthilfesanträgen bewältigen sowie die komplexe Eingliederung der Hessischen Bezügestelle vollziehen konnte, ist ebenfalls ein Beleg seines erfolgreichen Wirkens in der Behördenleitung.

Der 54-jährige studierte Lehrer Mark Weinmeister ist gebürtiger Kasseler, mit Wohnort Guxhagen. Nach dem Lehramtsstudium in den Fächern Deutsch, Geschichte, Pädagogik und Politik und dem Referendariat, war er von 1998 bis 1999 als Lehrer an der Gesamtschule Gudensberg und der Gesamtschule Melsungen tätig. Von 1999 bis 2009 war Weinmeister Abgeordneter im Hessischen Landtag und im Anschluss bis Ende 2013 Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Nach der Landtagswahl 2013 erfüllte er erneut ein Landtagsmandat ehe er im Januar 2014 zum Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Hessischen Staatskanzlei ernannt wurde.

”

Nach dem schrecklichen rechtsextremistischen Mord an unserem Freund Dr. Walter Lübcke übernahm Hermann-Josef Klüber nicht nur die Amtsgeschäfte. Mit viel Empathie und Fingerspitzengefühl gelang es ihm vor allem, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach diesem schweren Verlust wieder aufzurichten.

INNENMINISTER PETER BEUTH

DAS REGIERUNGSPRÄSIDIUM KASSEL

Das Regierungspräsidium Kassel ist das regionale Kompetenzzentrum der hessischen Landesverwaltung für den Regierungsbezirk der Region NordOst-Hessen. Als Mittler und Makler zwischen den Ebenen und Interessen vereinigt das Regierungspräsidium fast alle Verwaltungszweige der staatlichen Verwaltung, weswegen es auch als „Bündelungsbehörde“ bezeichnet wird. Das Regierungspräsidium bündelt die wichtigsten Fachaufgaben der meisten Landesministerien, bringt regionale Interessen und Besonderheiten bei der Landesregierung ein und sorgt dabei insbesondere für einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Fachbereichen, Interessen und Belangen (zum Beispiel Infrastrukturausbau, Siedlungswesen, Landwirtschaft, Natur- und Umweltschutz). Hessenweit zuständig verortet sind zudem die Zentrale Bußgeldstelle, die Bezügestelle sowie die zentrale Beihilfestelle des Landes Hessen.



Wachpolizei

WICHTIGER BAUSTEIN DER SICHERHEITSARCHITEKTUR

Die Einrichtung der Wachpolizei wurde im Oktober 2000 unter der Überschrift „Mehr Sicherheit für den Bürger – mehr Entlastung für die Polizei“ eingeführt und erprobt. Aufgrund der positiven Erfahrungen erfolgte ein kontinuierlicher Ausbau der Wachpolizei. Mittlerweile ist sie bei den Polizeipräsidiën fest etabliert und ihr Einsatz hat sich vielfach bewährt. Durch die

verkürzte Ausbildungszeit von 18 Wochen können Wachpolizistinnen und Wachpolizisten die Beamtinnen und Beamten des Polizeivollzugsdienstes schnell und flexibel unterstützen. Von anfänglich 110 Angestellten ist ihre Zahl auf landesweit mehr als 760 gestiegen. Anfang Februar nahmen insgesamt 33 Wachpolizistinnen und Wachpolizisten Ihren Dienst auf.



AUSBILDUNG UND AUFGABEN DER WACHPOLIZEI

Die erfolgreichen Absolventen hatten ihre Ausbildung am 1. Oktober 2021 an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS), zu Ausbildungsbeginn noch Polizeiakademie Hessen, sowie beim Polizeipräsidium Frankfurt begonnen. Im Rahmen der Ausbildungslehrgänge wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer intensiv auf ihre Aufgaben vorbereitet. Unter anderem wurden sie in Fächern wie Polizeidienstkunde sowie Eingriffs- und Verkehrsrecht unterrichtet. Die praktische Ausbildung umfasst neben dem Einsatztraining auch eine Krafftahr- und Schießausbildung sowie einen Erste-Hilfe-Lehrgang. Zukünftig werden die Angestellten unter anderem für den Objektschutz, Gefangenentransporte und den Betrieb des Zentralen Polizeigewahrsams, in der Abschiebungshafteinrichtung aber auch für die Verkehrsüberwachung, die Jugendverkehrserziehung, bei der Tatortarbeit und dem Zentralen Erkennungsdienst eingesetzt.



SWIM-Förderprogramm

MEHR ALS EINE MILLION FÜR DAS NEUE KREISHALLENBAD IN KRITTEL

Anfang Februar besuchte Sportminister Peter Beuth zusammen mit dem Chef der Hessischen Staatskanzlei, Staatsminister Axel Wintermeyer, den Main-Taunus-Kreis und überreichte einen Bescheid in Höhe von 1,1 Millionen Euro an Landrat Michael Cyriax für den Neubau des Kreishallenbades in Kriftel. Die Mittel stammen aus dem SWIM-Förderprogramm, mit dem die Hessische Landesregierung noch bis Ende 2023 den Bau und die Modernisierung der hessischen Frei- und Hallenbäder unterstützt.

Der Main-Taunus-Kreis gewinnt mit dem Neubau das vierte Hallenbad, welches eine ganzjährige Nutzung gewährleistet. Das Bauvorhaben wurde im Jahr 2019 durch den Kreistag beschlossen. Ihm liegt eine Analyse zugrunde, die eine deutliche Unterdeckung des Wasserflächenbedarfs für Schulsportunterricht des Kreises ermittelte. Das Schwimmbad soll auf dem Gelände der Konrad-Adenauer-Schule in Kriftel, direkt neben der schuleigenen Turnhalle errichtet werden und höchste energetische Standards erfüllen. Die Gesamtkosten belaufen sich nach Planung auf rund 16 Millionen Euro. Die Fertigstellung ist im September 2023 geplant.



SWIM-FÖRDERPROGRAMM

Die Hessische Landesregierung stellt für 2022 insgesamt rund 61 Millionen Euro für die Sportförderung bereit. Davon werden knapp 20 Millionen Euro in den reinen Sportstättenbau und die Sanierung investiert. Mindestens 10 Millionen Euro stehen jährlich für das Sonderprogramm SWIM bereit.

”

Unsere Frei- und Hallenbäder bringen die Menschen im Land nicht nur zusammen, sondern fördern insbesondere die Ausbildung der Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen. Von dem Neubau in Kriftel werden die Schülerinnen und Schüler sowie der organisierte Sport der gesamten Region profitieren.

SPORTMINISTER PETER BEUTH



”

Die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Super-Recognisern stellen sowohl für die tägliche Polizeiarbeit als auch in besonderen Einsatzlagen einen deutlichen Mehrwert für die Polizei dar. Diese Begabung ist herausragend und von besonderer Bedeutung für die polizeiliche Arbeit, insbesondere die Kriminalitätsbekämpfung. So konnten Super-Recogniser im Polizeipräsidium Frankfurt seit Mai 2021 in über 400 Fällen Personen wiedererkennen.

INNENMINISTER PETER BEUTH



Polizei

EINSATZ VON SUPER-RECOGNISERN IN DER HESSISCHEN POLIZEI

Gesichter wiederzuerkennen ist ein wichtiger Bestandteil polizeilicher Arbeit. Super-Recogniser sind Menschen, die überdurchschnittlich gute Fähigkeiten besitzen, Gesichter selbst nach vielen Jahren wiederzuerkennen. Auch wenn sich die Person äußerlich stark verändert hat, sei es durch Alterung oder vollkommene Typveränderung, stellt dies kein Problem für einen Super-Recogniser dar. Innerhalb der hessischen Polizei gibt es eine ganze Reihe von Menschen, die dieses besondere Talent haben. Ihre Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig, in der Fahndung nach Personen, bei Ermittlungen oder auch bei Veranstaltungen und Demonstrationen. Im Rahmen eines Pilotprojekts im Polizeipräsidium Frankfurt am Main wird der Einsatz von Bediensteten mit den besonderen Fähigkeiten seit November 2020 für die hessische Polizei erprobt. Nach dem erfolgreichen Pilotprojekt im Polizeipräsidium Frankfurt ist der Einsatz von Super-Recognisern in ganz Hessen in der Planung.

Die Super-Recogniser ergänzen somit die bereits bestehenden Möglichkeiten zum Personenabgleich. Insbesondere bei Bildmaterial von schlechter Qualität liefern sie einen wertvollen, komplexen Baustein und stellen damit eine wichtige Unterstützung zur schnellen Aufklärung von Straftaten dar. Das Bildmaterial von Videokameras kann somit künftig noch effizienter genutzt und ausgewertet werden, um Straftaten schneller aufzuklären.

BEISPIELE FÜR ERFOLGE DER SUPER-RECOGNISER

- Bemerkenswertestes Beispiel ist ein versuchtes Tötungsdelikt im Frankfurter Hauptbahnhof Ende Oktober 2021. Ein Abgleich der Bilder aus der Sicherheitskamera mit der polizeilichen Bilddatenbank durch die Super-Recogniser brachte den entscheidenden Treffer, der zur Festnahme eines tatverdächtigen Mannes führte.
- Identifizierungen im Rahmen der Einsatzmaßnahmen in Zusammenhang mit dem Ausbau der Autobahn 49: 1.668 Bilder vermeintlich unterschiedlicher Personen konnten die Super-Recogniser auf 942 Einzelpersonen zusammenführen. Im Ergebnis leitete die Polizei 270 Strafverfahren und 426 Ordnungswidrigkeitsverfahren ein. Von den 410 festgestellten Einzeltätern erfolgten 131 Identifizierungen nur durch die Wiedererkennungen der Super-Recogniser.
- Festnahme zweier überregional und international agierenden Serientäter im Bereich Taschen- und Trickdiebstahl sowie Computerbetrug auf frischer Tat. Im Nachgang konnten die Super-Recogniser dem Duo durch Abgleich ihrer Fotos mit etlichen Fahndungsausschreibungen mindestens 19 Taten allein in Hessen, im Zeitraum August 2020 bis April 2021, zuordnen. Dazu kommen weitere Taten im Ausland und in benachbarten Bundesländern. Mittlerweile wurden die Täter, eine Frau und ein Mann, zu Haftstrafen von fünf Jahren und vier Jahren und neun Monaten verurteilt.

”

Präventionsprojekte der Polizei, die enge Zusammenarbeit mit der Gemeinde und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger werden neue Impulse für noch mehr Lebensqualität und Sicherheit in Büttelborn geben. Gerade die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist bei KOMPASS von besonderer Bedeutung, da sie diejenigen sind, die am besten wissen, wo der Schuh drückt.

STAATSEKRETÄR STEFAN SAUER



KOMPASS

SICHERHEITSGEFÜHL IN BÜTTELBORN WEITER GESTÄRKT

Als 112. Kommune in Hessen nahm die Gemeinde Büttelborn im Landkreis Groß-Gerau am Landesprogramm KOMPASS (KOMMunal-ProgrAmmSicherheitsSiegel) teil. Staatssekretär Stefan Sauer hat die Gemeinde Anfang Februar besucht und offiziell in die Sicherheitsinitiative des Landes aufgenommen.

Schon jetzt engagiert sich die Gemeinde Büttelborn für mehr Sicherheit innerhalb der Kommune. Regelmäßig erfolgen Fahrradcodierungen und Beratungen von Seniorinnen und Senioren zu aktuellen Kriminalitätsphänomenen, wie zum Beispiel dem Einzeltrick oder falschen Polizeibeamten. Zudem berät die Polizei zum Thema Einbruchschutz. In Kürze wird es einen Präventionsrat geben. Auch eine Bürgerbefragung ist geplant.

Jede KOMPASS-Kommune steht dafür, dass in Kooperation mit der Polizei gemeinsam an der Stärkung der Sicherheit gearbeitet wird. Wenn ausgemachte Probleme angepackt und individuelle Lösungen erfolgreich umgesetzt werden, kann die Sicherheit und damit verbunden das Sicherheitsgefühl weiter erhöht werden. Die KOMPASS-Kommune wird dann mit einem KOMPASS-Sicherheitsiegel ausgezeichnet. Die Auszeichnung steht dafür, dass die Kommune sich in besonderem Maße für die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger einsetzt, deren Sorgen und Ängste aufgreift und gemeinsam mit der Polizei Sicherheitsmaßnahmen erfolgreich umsetzt.



Interkommunale Zusammenarbeit

KOOPERATION ZWISCHEN TANN, HILDERS UND EHRENBURG SOWIE IN GROSS-GERAU GEFÖRDERT

”

Aus der interkommunalen Zusammenarbeit werden alle drei Kommunen finanzielle Vorteile schöpfen, welche Spielräume für wichtige Investitionen vor Ort eröffnen.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Die Hessische Landesregierung fördert die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Tann (Rhön), der Marktgemeinde Hilders und der Gemeinde Ehrenberg (Rhön) im Rahmen des zum 01.01.2020 gegründeten Gemeindeverwaltungsverbandes „Ulstertal“ mit 450.000 Euro. Der Gemeindeverwaltungsverband verfolgt das Ziel, kommunale Aufgaben unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels gemeinschaftlich auszuführen und somit Synergieeffekte zu nutzen, Kosten einzusparen und die Aufgabenerledigung durch die Kommunen dauerhaft sicherzustellen. Der Bildung von Gemeindeverwaltungsverbänden wird seitens der Hessischen Landesregierung eine besondere Bedeutung beigemessen. Die Gemeinden können in den Verbandsstrukturen ihre Verwaltungen zusammenlegen, ohne ihre gemeindliche Selbständigkeit aufzugeben.

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT IN HESSEN

Im Jahr 2004 wurde die erste Rahmenvereinbarung in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden ins Leben gerufen. Die Hessische Landesregierung hat seitdem das Förderprogramm deutlich erweitert. Die Zahl der bewilligten Kooperationen sowie das Fördervolumen sind seit 2008 - der ersten Änderung des Förderprogramms - deutlich angestiegen. Seit 2008 sind 415 Kooperationen mit rund 28,5 Millionen Euro gefördert worden. Allein im Jahr 2021 konnten 50 Förderungen mit rund 3,9 Millionen Euro bewilligt werden.



415
Kooperationen

Rund
28,5
Millionen Euro
Förderungen

Durch die Zusammenarbeit können mittelfristig Einsparungen von personellen und sächlichen Ausgaben von mindestens 15 Prozent jährlich erzielt werden. Dem Gemeindeverwaltungsverband können nach Zustimmung der jeweiligen Vertretungskörperschaften durch Satzungsänderung weitere Aufgaben übertragen werden.

Staatssekretär Stefan Sauer hat Anfang Februar der Gemeinde Trebur einen Bescheid in Höhe von 100.000 Euro zur Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Landschaftspflege überreicht. Die Hessische Landesregierung fördert die Kooperation der Gemeinde Trebur mit dem Landkreis Groß-Gerau sowie den Kommunen Biebesheim am Rhein, Büttelborn, Kelsterbach, Mörfelden-Walldorf, Riedstadt und Stockstadt am Rhein, die gemeinsam den Landschaftspflegeverband Groß-Gerau gegründet haben. Mit dem im November 2020 gegründeten Landschaftspflegever-

band möchten der Landkreis und die beteiligten Kommunen die Landschaftspflege und Landschaftsplanung im Kreis Groß-Gerau verbessern. Für Kommunen bedeutet die Umsetzung von Landschaftspflege beispielsweise die Pflege von Ausgleichsflächen, öffentlichen Grünflächen und naturschutzfachlich hochwertigen Flächen wie Streuobstwiesen, Gräben oder Feuchtwiesen. Durch die Kooperation wird nicht nur die Qualität der Landschaftspflege gesteigert, sondern es werden auch gleichzeitig Verwaltungs- und Personalkosten in den Kommunen und im Kreis gesenkt. Die zu erwartenden Einsparungen liegen bei rund 66.000 Euro jährlich.

IN HESSEN LEBT ES SICH BESONDERS SICHER

” In Hessen leben, heißt besonders sicher leben. Dass die Kriminalität in Hessen auch im fünften Jahr in Folge zurückgeht, ist Ergebnis guter, beständiger und professioneller Polizeiarbeit und insbesondere ein ausgezeichneter Erfolg der Frauen und Männer unserer hessischen Polizei. Geholfen hat hierbei natürlich auch der vor vielen Jahren begonnene Personalaufbau bei der hessischen Polizei. Aktuell gibt es bereits mehr als 15.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte in Hessen – so viele, wie nie zuvor. Ende 2025 werden es sogar mehr als 16.000 Kolleginnen und Kollegen sein. Für die beste Kriminalstatistik in der Geschichte Hessens und den tagtäglichen Einsatz möchte ich den Polizistinnen und Polizisten im Namen der Bürgerinnen und Bürger Hessens ganz herzlich danken.

INNENMINISTER PETER BEUTH

1.

Höchste
Aufklärungsquote von
Straftaten aller Zeiten

2.

Kriminalität geht im
fünften Jahr in Folge
zurück

3.

Mehr Straftaten mit
Corona-Bezug,
wenig Einfluss auf
Sicherheitslage

4.

Straßenkriminalität
steigt leicht,
Wohnungseinbrüche
sinken merklich

5.

Zunahme der Gewalt
gegen Polizei

6.

BAO Hessen R:
Konsequenter Kampf
gegen Rechts-
extremismus fortgeführt

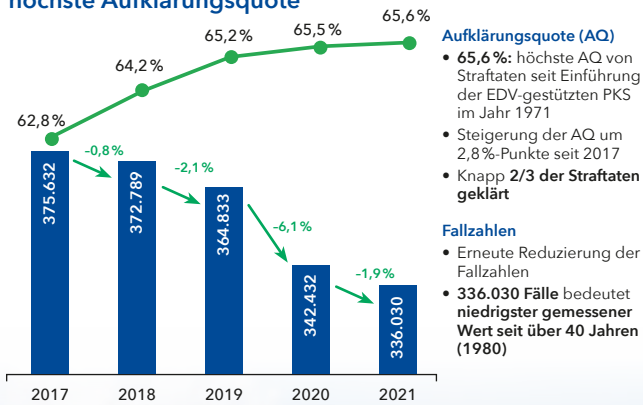
Die Zahl polizeilich registrierter Straftaten ist in Hessen im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Stand seit mehr als 40 Jahren gesunken. Die Kriminalitätsbelastung verminderte sich im fünften Jahr in Folge. Insgesamt wurden in Hessen 336.030 Straftaten und damit 6.393 Fälle weniger gezählt als noch im Vorjahr (-1,9 Prozent). Das ist der niedrigste Wert seit 1980. Die Kriminalitätsbelastung ist mit 5.340 Straftaten pro 100.000 Einwohner ebenfalls erneut gesunken (2020: 5.446). Die Gefahr, in Hessen Opfer von Kriminalität zu werden, ist damit auf einem historischen Tiefstand. 65,6 Prozent der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten wurden letztes Jahr aufgeklärt. Das ist der höchste jemals gemessene Wert seit Einführung der Kriminalstatistik im Jahr 1971.

Auch im zweiten Pandemiejahr setzte sich – auch mangels Tatgelegenheiten – der Trend von zurückgehenden Wohnungseinbrüchen (WED) positiv fort. So erfasste die Polizei im vergangenen Jahr insgesamt 3.858 Fälle (2020: 5.165) und damit wiederholt einen deutlichen Rückgang von 25,3 Prozent (2020: -23,7 Prozent). Nach 2.700 in 2020 drangen im vergangenen Jahr nur noch 2.039 Kriminelle in Hessen in private Wohnungen ein. Mittlerweile scheitert damit jeder zweite Versuch. Die anhaltenden Corona-Beschränkungen haben auch im vergangenen Jahr dazu geführt, dass sich Straftaten im öffentlichen Raum auf niedrigem Niveau hielten. 57.690 registrierte Straftaten in 2021 bedeuteten einen minimalen Anstieg (+2,2 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr (2020: 56.438). Rückgängig waren auch Körperverletzungsdelikte, die 2021 mit 30.344 Fällen auf dem niedrigsten Stand seit fünf Jahren sanken. Von diesen wurden 4.162 Straftaten im öffentlichen Raum (Straßen, Wege, Plätze) begangen, was im Vergleich



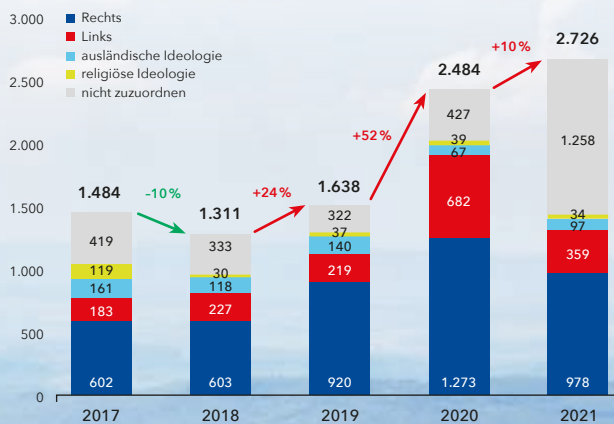
zum Vorjahr einer Abnahme von 5,8 Prozent entspricht. Mit Einführung der 3G-Regelung in Hessen im Herbst 2021 registrierte die hessische Polizei einen Anstieg von Delikten mit gefälschten Impfpässen und Impfausweisen. Dem LKA sind hessenweit rund 1.320 Sachverhalte bzw. Strafverfahren bekannt. Darüber hinaus wurden insgesamt 63 Straftaten im Jahr 2021 im Umfeld von Impfzentren, Arztpraxen oder Testeinrichtungen polizeilich erfasst. Der überwiegende Teil der festgestellten Delikte (50) bestand aus einfachen Sachbeschädigungen, wie beispielsweise der Entwendung von Hinweisschildern an oder aus Impfzentren, wobei es in einem Fall auch zu einer Brandstiftung kam.

Weniger Fälle - höchste Aufklärungsquote



- Aufklärungsquote (AQ)**
- 65,6%: höchste AQ von Straftaten seit Einführung der EDV-gestützten PKS im Jahr 1971
 - Steigerung der AQ um 2,8%-Punkte seit 2017
 - Knapp 2/3 der Straftaten geklärt
- Fallzahlen**
- Erneute Reduzierung der Fallzahlen
 - 336.030 Fälle bedeutet niedrigster gemessener Wert seit über 40 Jahren (1980)

Politisch motivierte Kriminalität 2021



Für den Bereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) im zweiten Pandemiejahr wurden für 2021 insgesamt 2.726 Straftaten registriert. Im Vergleich zum Vorjahr mit 2.484 Straftaten bedeutet dies ein Anstieg um 242 Fälle (+ 10 Prozent). Die Anzahl der Gewaltdelikte bewegte sich mit 156 Fällen aber deutlich unter dem Niveau von 2020 (237 Gewaltdelikte). Die Zunahme liegt insbesondere in einer massiven Zunahme der Straftaten im Bereich PMK -nicht zuzuordnen-, die nicht den übrigen PMK-Kategorien (wie zum Beispiel „Rechts“ oder „Links“) zugeordnet werden können. Diese haben sich von 423 Fällen in 2020 auf 1.258 Fälle in 2021 verdreifacht, was auf die hessischen Kommunalwahlen (268 Fälle), die Bundestagswahl (345 Fälle) sowie insgesamt 1.465 Protestaktionen und sonstige Veranstaltungen von sogenannten Querdenkern und ähnlichen Gruppierungen zurückzuführen ist.

Im Bereich der PMK -rechts- ist ein deutlicher Fallzahlenrückgang um -23 Prozent (-295 Fälle) gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 978 Fälle zu verzeichnen. Die Hälfte aller Delikte im Phänomenbereich PMK rechts waren Propagandadelikte (536) wie die Verbreitung oder das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Parteien, Vereinigungen oder Organisationen. Mit 359 gemeldeten Fällen sind die Fallzahlen der PMK -links- in direktem Vergleich mit dem Vorjahr (2020: 682 Fälle) massiv gesunken (-47,4 Prozent). Der Rückgang hängt unmittelbar mit den abgeschlossenen Rodungsarbeiten im Dannenröder Forst zusammen. Insgesamt 34 gemeldete Fälle für das Jahr 2021 im Bereich der PMK -religiöse Ideologie- sind im Vergleich zum Jahr 2020 (39 Fälle) auf nahezu gleichbleibendem Niveau. Alle Straftaten sind überwiegend dem Themenfeld Islamismus/Fundamentalismus zuzurechnen.

Eine negative Entwicklung ist im Bereich der Angriffe auf Einsatzkräfte zu verzeichnen, die seit vielen Jahren ansteigen. 2021 nahmen die Angriffe und Widerstandshandlungen gegen Polizistinnen und Polizisten um fast 20 Prozent drastisch zu. 2021 wurden insgesamt 4.916 Polizeibeamte Opfer einer Straftat. In 2.450 Fällen waren sie gar Ziel tätlicher Angriffen und Widerstandshandlungen. Dies entspricht einer Zunahme von 401 Fällen (+ 19,6 Prozent). Auch die Anzahl von Angriffen auf Rettungskräfte (2020: 86) stieg auf 138 Opfer deutlich an. Acht Feuerwehrleute meldeten im vergangenen Jahr Übergriffe.

Sichere Innenstädte

FEIGEN FAHRZEUGATTACKEN GEMEINSAM ENTGEGENTRETEN

Die vier nordhessischen Städte Bad Arolsen, Diemelstadt und Volkmarsen (Landkreis Waldeck-Frankenberg) sowie die Gemeinde Breuna (Landkreis Kassel) waren 2021 die ersten Kommunen, die bei der Beschaffung von intelligenten Durchfahrtsperren für Veranstaltungen mit einer Landeszuwendung in Höhe von 100.000 Euro vom Land Hessen unterstützt wurden. Es folgten dieses Jahr die Städte Gießen, Fritzlar, Geisenheim, Hanau, Kassel, Korbach, Oberursel und Wetzlar. Jede dieser Kommunen konnte 2022 ebenso bis zu 100.000 Euro Fördermittel abrufen.

Das Hessische Innenministerium stellte im Rahmen eines bundesweit einmaligen Sonderprogramms hessischen Kommunen für die Errichtung von Zufahrtssperren gegen Fahrzeugattacken im öffentlichen Raum 1,5 Millionen Euro bereit, um Fußgängerzonen sowie andere beliebte und

beliebte Orte noch besser vor Amok- und Terrorattacken mit Fahrzeugen zu schützen. Dazu zählen die Neuerrichtung, die Erweiterung oder auch die Erneuerung von bereits bestehenden Schutzelementen zur Sicherung von Innenstädten oder öffentlichen Plätzen. Förderfähig sind mobile und fest eingebaute Sperren, aber auch städtebauliche Schutzlösungen als dauerhafte Absicherungsmaßnahmen für öffentliche Räume. Hessenweit bieten zudem Polizeidienststellen Beratung für Kommunen bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten im Kontext von Schutzmaßnahmen im öffentlichen Raum an. Unter anderem wurde im Hessischen Landeskriminalamt eine Architektin eingestellt, die den Kommunen als Bauexpertin bei den städtebaulichen Maßnahmen beratend zur Seite steht. So können frühzeitig auch Sicherheitsaspekte in die Planungen miteinbezogen werden.

”

Im engen Schulterschluss mit unseren Kommunen wollen wir die Sicherheit in unseren Innenstädten effektiv erhöhen und zugleich das Sicherheitsgefühl weiter stärken.

INNENMINISTER PETER BEUTH



1,5

Millionen Euro
gegen Fahrzeug-
attacken

”

Tausenden Einsatzkräften in Hessen, die mit unermüdlichen Einsatz bei der Beseitigung von Sturmschäden im Einsatz waren, gilt unser Riesendank.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Katastrophenschutz bei Unwettern

INNENMINISTER DANKT EINSATZKRÄFTEN FÜR HILFELEISTUNGEN BEI STURMSCHÄDEN



Die aufeinanderfolgenden Sturmtiefs „Ylenia“, „Zeynep“ und „Antonia“ hatten Mitte Februar hessenweit für rund 2.200 Feuerwehr-Einsätze gesorgt. Hauptsächlich wurden die Feuerwehren gerufen, um umgestürzte Bäume zu entfernen, die eine unmittelbare Gefahr für Verkehr, Häuser oder Personen darstellten. Zunächst fogte das Orkantief „Ylenia“ mit schweren Sturmböen und orkanartigen Böen über Hessen hinweg. Dabei rückten die Einsatzkräfte zu insgesamt rund 800 Einsätzen mit Schwerpunkt in Nordhessen aus. Das darauffolgende Orkantief „Zeynep“ sorgte ebenfalls hessenweit für umgestürzte Bäume und weitere Sturmschäden. Die Feuerwehr verzeichnete hierbei fast 1.100 Einsätze. Im Rheingau-Taunus-Kreis sowie im Hochtau-

nuskreis kam es zeitweise gar zu Stromausfällen. Im Lahn-Dill-Kreis stürzte zwischen Braunfels und Weilburg sowie zwischen Hüttenberg und Weidenhausen jeweils ein Baum auf einen PKW, im Landkreis Hersfeld-Rotenburg fiel zwischen Niederaula und Fulda auf der A7 ein Baum auf einen PKW. Auch die Auswirkungen des Orkantiefs „Antonia“ traten flächendeckend über ganz Hessen verteilt auf, wobei sich die Anzahl der Einsätze auf rund 300 belief. Hauptsächlich wurden die Feuerwehren gerufen, um umgestürzte Bäume zu entfernen, die eine unmittelbare Gefahr für Verkehr, Häuser oder Personen darstellten. Darüber hinaus wurden in einigen wenigen Fällen Dächer durch das Sturmtief abgedeckt, vereinzelt liefen Keller voll.

Kampf gegen Desinformation**HESSEN GRÜNDET
PRÄVENTIONSNETZWERK
GEGEN VERSCHWÖRUNGS-
ERZÄHLUNGEN**

Seit Beginn der Corona-Pandemie versuchen Extremisten mit ihren Verschwörungserzählungen und Falschmeldungen innerhalb der Bevölkerung aufkommende Unsicherheiten und Ängste für ihre Ziele zu nutzen. Zur Stärkung der Radikalisierungsprävention wurde in Hessen ein Präventionsnetzwerk gegen Verschwörungserzählungen gegründet, welches künftig neben Beratungs- und Unterstützungsangeboten online Informationen und Hintergründe zu Verschwörungserzählungen bereitstellen und damit wichtige Aufklärungsarbeit leisten wird. Im Haushalt 2022 wurden hierfür 300.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Verschwörungserzählungen nehmen negativen Einfluss auf die Meinungsbildung, erschweren eine wirksame und schnelle Umsetzung von Maßnahmen der Pandemiebekämpfung und diskriminieren mitunter durch die Verwendung antisemitischer Stereotype auch jüdisches Leben in Deutschland. Das Hessische Präventionsnetzwerk gegen Verschwörungserzählungen betreibt Aufklärung, indem es Interessierten Informationen zu Verschwörungserzählungen und deren Hintergründen bereitstellt und vermittelt Kontakte zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Dabei kann insbesondere auf die umfangreichen Beratungsangebote der Träger des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ zurückgegriffen.

**HESSISCHES INFORMATIONS- UND
KOMPETENZZENTRUM GEGEN
EXTREMISMUS (HKE)**

Mit dem Ziel der Koordinierung und Vernetzung der landesweiten Bemühungen zur Prävention und Intervention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen hat das Land Hessen im HMdIS das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) eingerichtet. Zentrale Aufgabe des HKE als Landeskoordinierungsstelle in Hessen für Maßnahmen der Prävention und Intervention gegen Extremismus ist es, auf neue Herausforderungen schnell und adäquat zu reagieren, Handlungsbedarfe zu identifizieren und zielgenaue Konzepte der Extremismusprävention zu entwickeln. Dieses administriert erfolgreich das bereits 2015 ins Leben gerufene Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“, das sich derzeit in der zweiten Förderperiode befindet und ein finanzielles Gesamtvolumen von mehr als 10 Millionen Euro (inklusive Bundesmittel) umfasst.

”

Extremistische Form der Desinformation kann wie ein Radikalisierungsbeschleuniger wirken. Mit unserem neuen Präventionsnetzwerk werden wir einen wichtigen Beitrag leisten, um Verschwörungserzählungen den Nährboden zu entziehen.

INNENMINISTER PETER BEUTH

10Millionen Euro
für Kampf gegen
Extremismus**VW-WERK IN BAUNATAL FÜR
PRÄVENTIONSPROJEKT AUSGEZEICHNET**

Im Rahmen des neuen Modellprojekts „Gemeinsam gegen Extremismus“ hat der damalige Landespolizeipräsident Roland Ullmann das Werk Kassel der Volkswagen AG in Baunatal als erstes Unternehmen ausgezeichnet. Das vom Hessischen Innenministerium ins Leben gerufene Projekt fördert den Einsatz von Unternehmen gegen jede Form des Extremismus innerhalb der eigenen Organisation und honoriert mit der gleichnamigen Auszeichnung besonders engagierte Unternehmen. Das Modellprojekt steht allen hessischen Unternehmen und Betrieben offen. Das Volkswagen Werk Kassel wurde, u.a. im Rahmen von Beratungsgesprächen und Sensibilisierungsveranstaltungen für die Kolleginnen und Kollegen der Werksicherheit, von Mitarbeitenden des Polizeipräsidiums Nordhessen betreut. Eine für das Volkswagen Werk Kassel zentrale Ansprechperson war dabei die Beauftragte des Polizeipräsidiums für die Prävention von politisch motivierter Kriminalität (PMK) und Extremismus, die für das Unternehmen vor Ort für Fragen und Beratung zur Verfügung stand.





2,4

Millionen Euro
für Integrations-
programm
im Sport

SECHS JAHRE FÖRDERPROGRAMM „SPORT UND FLÜCHTLINGE“

Um die integrative Kraft des Sports vor Ort zu stärken und gleichzeitig die hohe Bereitschaft der Menschen, sich ehrenamtlich im Bereich der Flüchtlingsarbeit zu engagieren, zu unterstützen, hat die Hessische Landesregierung 2016 das Förderprogramm „Sport und Flüchtlinge“ in Zusammenarbeit mit der Sportjugend Hessen aufgesetzt. Neben Sport- und Bewegungsangeboten von Sportvereinen und anderen Institutionen wurde insbesondere der Einsatz von Sport-Coaches für die Flüchtlingsarbeit gefördert. Diese stellen den Kontakt zwischen Sportvereinen, Asylbetreuung, Flüchtlingsunterkünften und Flüchtlingen her. Seit 2019 wurden darüber hinaus Ausbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen sowie die Aufwandsentschädigung für einen Sport-Coach mit persönlicher Zuwanderungsgeschichte im Rahmen des „Sport-Coach-Tandems“ gefördert. Städte und Gemeinden konnten so Pauschalförderungen von bis zu 30.000 Euro abrufen. Seit 2016 wurden rund 1.300 Förderungen mit einem Gesamtvolumen von rund 12 Millionen Euro bewilligt. 296 hessische Gemeinden haben in den letzten sechs Jahren an dem Förderprogramm teilgenommen.

”

Die Erweiterung des Programms für Menschen mit Migrationshintergrund und sozialen Benachteiligungen soll dabei helfen, noch mehr Hessinnen und Hessen für unsere attraktive und integrative Vereinswelt zu begeistern.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Sport integriert Hessen

HESSISCHES ERFOLGS- PROGRAMM WIRD ERWEITERT

Das von der Hessischen Landesregierung 2016 in Zusammenarbeit mit der Sportjugend Hessen gestartete Integrationsprogramm „Sport und Flüchtlinge“ wird 2022 unter dem Titel „Sport integriert Hessen“ fortgeführt. Neben Geflüchteten können seitdem auch Menschen mit Migrationshintergrund sowie sozial benachteiligte Personen vom Sportförderprogramm des Landes Hessen profitieren. Städte und Gemeinden können die Förderungen von bis zu 40.000 Euro seit dem 1. März 2022 beantragen. Insgesamt stehen 2,4 Millionen Euro für das Integrationsprogramm zur Verfügung. Kernelement der Erweiterung ist die Förderung für Menschen mit Migrationshintergrund und sozial benachteiligter Personen sowie die Änderung der Bemessungsgrundlage. Zentrales Element bleiben weiterhin die rund 300 Sport-Coaches, die von der Sportjugend Hessen speziell ausgebildet werden, um gezielte Angebote vor Ort zu schaffen und als unterstützende Bindeglieder zwischen den Zielgruppen und den Sportvereinen zu wirken.

Als Reaktion auf den hohen Zustrom ukrainischer Staatsbürgerinnen und -bürger hat das Hessische Sportministerium die Richtlinien für die Landeskaderförderung angepasst. So können Nachwuchstalente aus der Ukraine den Mitgliedern des hessischen Landeskaders bei sportlicher Eignung gleichgestellt werden. Vereinen und Verbänden wird es damit ermöglicht ukrainische Nachwuchstalenten einfacher am Training, Trainingslagern oder Wochenendmaßnahmen teilhaben zu lassen. Die sportmedizinische Betreuung und sportärztliche Untersuchungen der ukrainischen Athletinnen und Athleten werden ebenso durch die Sportklinik Frankfurt abgedeckt.

Wechsel beim Inspekteur der Polizei

THOMAS SEIDEL NEUER INSPEKTEUR DER POLIZEI HESSEN

Innenminister Peter Beuth hat Anfang April den Inspekteur der hessischen Polizei Hans Günter Knapp in den Ruhestand verabschiedet und seine herausragenden Verdienste und Leistungen für die Polizei Hessen gewürdigt. Gleichzeitig beauftragte er den Nachfolger Thomas Seidel mit der freiwerdenden Funktion, der damit eine der ranghöchsten Positionen der mehr als 15.000 Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen der Hessischen Polizei einnimmt. Dem Inspekteur der Hessischen Polizei obliegt unter anderem die komplette strategische Steuerung und Koordinierung der Gesamtorganisation. Soweit erforderlich, übernimmt er die Führung von Polizeikräften des Landes. Er vertritt die Belange des Innenministeriums auf Bundesebene hinsichtlich Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung der Polizei Hessen.

Thomas Seidel begann seine Ausbildung 1988 im mittleren Polizeidienst. Nach Erreichen des höheren Dienstes 2003 leitete er bis 2005 das Mobile Einsatzkommando im Polizeipräsidium Frankfurt am Main. 2005 wurde ihm die Leitung der Beratergruppe für Sonderlagen im Hessischen Landeskriminalamt übertragen, ab 2008 übernahm er zuerst die Zentrale Kriminalitätsbekämpfung der Direktion Mitte des Polizeipräsidiums Frankfurt und ab 2011 die Leitung des Stabsbereiches Einsatz (E1) im Präsidium. 2014 bis 2017 war er der Leiter des Abteilungsstabes Einsatz im Polizeipräsidium Südhessen. Danach übernahm er die Leitung der kompletten Abteilung Einsatz im PP Frankfurt. In dieser Zeit bewältigte er eine Vielzahl von Sonder- und Demonstrationenlagen, wie zum Beispiel die Großeinsatzlage im Dannenröder Forst.



”

Als Inspekteur der Hessischen Polizei trug Hans Günter Knapp maßgeblich dazu bei, die Polizei innovativ und einsatzfähig am Puls der Zeit auszurichten. Thomas Seidel leistete überall eine exzellente Arbeit, egal in welcher Funktion oder Dienststelle er bislang tätig war, wofür er schon heute sowohl innerhalb als auch außerhalb der Polizei einen hervorragenden Ruf genießt.

INNENMINISTER PETER BEUTH

HANS GÜNTER KNAPP VERABSCHIEDET

Der 1961 geborene Hans Günter Knapp ist 1980 in die hessische Polizei eingetreten. Mit dem Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst nahm er von 1996 bis 2001 verschiedene Führungsaufgaben wahr, darunter auch die Leitung der Direktion Sonderdienste im Polizeipräsidium Südhessen in Darmstadt. Von 2005 bis 2009 übernahm er die Leitung der III. Hessischen Bereitschaftspolizeiabteilung in Mühlheim am Main. Danach übernahm er im Polizeipräsidium Südosthessen die Stelle als Direktionsleiter der Polizeidirektion Main-Kinzig, anschließend leitete er von Ende 2016 bis Mitte 2018 die Abteilung Einsatz im Polizeipräsidium Westhessen. Zuletzt wechselte er dann vorerst als Vertreter des Inspektors ins Landespolizeipräsidium und übernahm von Juni 2018 bis April 2022 das Amt des hessischen Inspektors.

Bekämpfung von Antisemitismus

MELDESTELLE GEGEN ANTISEMITISMUS ONLINE

Antisemitische Angriffe, Bedrohungen und Beleidigungen können seit April der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen, www.rias-hessen.de) gemeldet werden. Die Landesregierung verstärkt damit weiter ihr Engagement gegen Diskriminierung, Hass und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

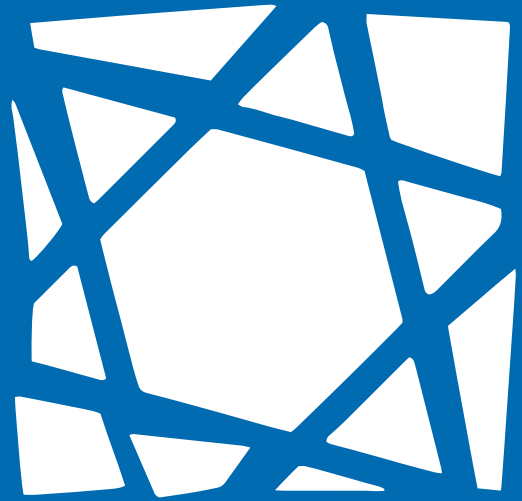
In Absprache mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen sowie dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Uwe Becker, wurde die Ansiedlung der hessischen Meldestelle für antisemitisch motivierte Vorfälle beim Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg beschlossen. Antisemitische Vorfälle können unter www.rias-hessen.de sowie der Mailadresse info@rias-hessen.de den Experten gemeldet werden. Aufgenommen werden explizit nicht nur strafrechtlich relevante Fälle, sondern insbesondere auch Wahrnehmungen unterhalb dieser Schwelle, um ein möglichst breit aufgestelltes Bild über Antisemitismus in Hessen zu erhalten. Alle Betroffenen erhalten von RIAS Hessen eine Rückmeldung und werden je nach Bedarf an Einrichtungen und Institutionen der Opferberatung vermittelt.

RIAS HESSEN

Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Hessen

9,4

Millionen Euro für
Schutz jüdischer
Einrichtungen



Der Schutz jüdischen Lebens und der konsequente Kampf gegen Antisemitismus in Hessen ist eine permanente Verpflichtung der Hessischen Landesregierung. Angriffe gegen jüdisches Leben sind immer auch ein Angriff auf unsere demokratische und weltoffene Gesellschaft.

INNENMINISTER PETER BEUTH

SCHUTZNIVEAU JÜDISCHER EINRICHTUNGEN WEITER ERHÖHT

Jüdisches Leben steht in Hessen unter dem besonderen Schutz des Staates. Die Schutzmaßnahmen wurden in Hessen nach dem Terrorangriff in Halle an der Saale im Jahr 2020 noch einmal erhöht. Das beinhaltet offene und verdeckte Maßnahmen. Im Landeshaushalt 2022 sind zur weiteren Erhöhung des Schutzniveaus erneut vier Millionen Euro bereitgestellt. Sofern der Hessische Landtag zustimmt, sollen dem Landesverband sowie der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main bis zum Jahr 2026 weitere 9,4 Millionen Euro zum zusätzlichen Schutz zur Verfügung gestellt werden. Es wurden 2021 insgesamt 111 antisemitische Straftaten registriert, was einem Rückgang von 18 Straftaten gegenüber dem Vorjahr entspricht. Von diesen 111 Fällen entfallen 98 auf den Phänomenbereich PMK -rechts-.



Swim-Förderprogramm

EINE MILLIONEN EURO FÜR IDSTEINER TOURNESOL

Sportminister Peter Beuth hat Anfang April die Hochschulstadt Idstein besucht und einen Förderbescheid aus dem SWIM-Programm des Landes Hessen in Höhe von einer Million Euro an die Idsteiner Sport- und Freizeitanlagen GmbH übergeben. Mit den Mitteln unterstützt das Land die Sanierung und Modernisierung des Allwetterbades Tournesol. Das Tournesol Allwetterbad wird im Jahr 2022 umfassend saniert und modernisiert. Es soll voraussichtlich Anfang 2023 wieder öffnen und mit Schwimm-, Sport-, Wellness-, Saunaangeboten Besucher anlocken. Das Bad besitzt ein spezielles Kuppeldach, welches bei entsprechender Wetterlage geöffnet werden kann. Für die komplette Sanierung und Instandsetzung steht ein von der Idsteiner Stadtverordnetenversammlung genehmigtes Budget von rund 16 Millionen Euro zur Verfügung. Die Idsteiner Sport- und Freizeitanlagen GmbH ist eine hundertprozentige Gesellschaft der Hochschulstadt Idstein und für die Umsetzung der Bauvorhaben verantwortlich.

”

Ich freue mich, dass die Hessische Landesregierung das Tournesol mit Landesmitteln in Höhe von einer Million Euro unterstützt. Diese besondere Schwimmstätte mit ihrer einzigartigen Kuppel muss im Sportland Hessen erhalten bleiben und ich bin überzeugt davon, dass die ganze Region von diesem modernen Freizeitbad profitieren wird.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Schützensport

STEFAN SAUER BESUCHT 71. HESSISCHEN SCHÜTZENTAG

Staatssekretär Stefan Sauer hat den 71. Hessischen Schützenfest in Krodorf-Gleiberg besucht und den ehrenamtlich Delegierten für ihr Engagement gedankt. Der Hessische Schützenverband ist einer der 20 Landesverbände des Deutschen Schützenbundes (DSB). Der Verband ist in 27 Bezirke unterteilt und setzt sich aus über 1.040 Vereinen zusammen. Im Verband sind knapp 100.000 Mitglieder organisiert. Der DSB hat sein Leistungszentrum für den olympischen und paralympischen Spitzensport als zentrales Element der Spitzenförderung in Wiesbaden neu bauen lassen. Aus dem Sonder-Investitionsprogramm „Herausragende Sportanlagen“ förderte das Hessische Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) die Baumaßnahmen des Deutschen Schützenbundes für diesen Bundesstützpunkt mit knapp 2,4 Millionen Euro. Der Bundesstützpunkt ist im Jahr 2021 eröffnet worden und wird für die langfristige Verbandsentwicklung, die Absicherung der Ausbildungsqualität sowohl im Spitzen- als auch im Breitensport, für die effektive Nutzung der Leistungsdiagnostik und die Weiterentwicklung des Schieß- und Bogensports im DSB insgesamt eine zentrale Bedeutung zukommen.

Darüber hinaus fördert das Hessische Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) den Landesstützpunkt der Hessischen Schützen als Teil des Bundesstützpunktes, um die Leistungsfähigkeit vor Ort zu erhalten. Staatssekretär Stefan Sauer übergab im Rahmen der Veranstaltung einen Förderbescheid in Höhe von 50.000 Euro, mit dem die Modernisierung der großen Schießhalle ermöglicht wird. Insbesondere die Erneuerung der Lichtenanlage soll damit ermöglicht werden, damit die Athleten dort gute Trainingsbedingungen vorfinden.



Sportstättenförderung

EGELSBACH ERHÄLT ZUWENDUNG IN HÖHE VON 50.000 EURO

Staatssekretär Stefan Sauer hat Mitte April einen Förderbescheid in Höhe von 50.000 Euro an die Gemeinde Egelsbach im Landkreis Offenbach übergeben. Die Förderung aus dem Sonderinvestitionsprogramm Sportland Hessen dient der Errichtung einer Multisport- und Tischtennisanlage. Egelsbach plant eine Jugendfläche mit einer Multisportanlage zu errichten, wobei die Fläche insgesamt ca. 4.300 Quadratmeter umfasst. Grundsätzlich soll die Fläche vorwiegend von Jugendlichen und jungen Erwachsenen genutzt werden. Im Norden des Areals soll eine Hütte mit einer Grillstelle und Sitzmöglichkeiten sowie einer Tischtennisanlage, im Süden eine „Aktionsfläche“ mit dem zentralen Element der Multisportanlage entstehen. Die Multisportanlage soll eine Größe von ca. 30 x 20 Meter umfassen und für möglichst alle Ballsportarten nutzbar sein. Hierfür sollen die notwendigen Tor- und Korbkomponenten wie Fußball, Handball, Basketball sowie die Spielflächenbegrenzungen dieser Sportarten auf dem Boden in die Anlage integriert werden.



”

Besonders freut mich, dass bei diesem Projekt die Belange der Jugendlichen im Fokus stehen. Moderne und bedarfsgerechte Sportstätten sind von enormer Bedeutung, damit Kinder und Jugendliche den Weg zu einem bewegten Lebensstil suchen.

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER

”

Die Kooperation bei der Digitalisierung der Städte spart Kosten und ist somit Ausdruck eines verantwortungsbewussten Umgangs mit personellen und finanziellen Ressourcen.

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER

Interkommunale Zusammenarbeit

SYNERGIEN ZUM NUTZEN DER BÜRGER ERSCHLIESSEN

Die Hessische Landesregierung fördert die Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) zur Erarbeitung von digitalen Antragsverfahren zwischen den Städten Wetzlar, Fulda, Gießen, Marburg und Limburg an der Lahn mit 100.000 Euro. Einen entsprechenden Zuwendungsbescheid überreichte Staatssekretär Stefan Sauer Mitte April persönlich im Rathaus der Stadt Wetzlar.

Am 24. Februar 2021 haben sich die Städte Gießen, Marburg, Fulda, Wetzlar und Limburg an der Lahn per Vereinbarung als kommunale Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Diese Arbeitsgemeinschaft verfolgt dabei das Ziel digitale Antragsverfahren für Bürgerinnen und Bürger entsprechend der Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes (OZG) zu erarbeiten und zu implementieren. Der wesentliche Fokus dieses IKZ-Projektes liegt auf Einsparungen von Personalkosten durch die gemeinsame Aufgabenerledigung und Rekrutierung von IT-Fachkräften. Die Projektkoordination ist bei der Stadt Wetzlar angesiedelt und diese erhält somit auch den Förderbescheid des Landes Hessen über 100.000 Euro.



Inklusion im Sport

„MODELLREGION - INKLUSION UND SPORT“ STARTET IM RHEINGAU- TAUNUS-KREIS

Der Hessische Sportminister Peter Beuth hat Ende April in Idstein die Auftaktveranstaltung zum Projekt „Modellregion - Inklusion und Sport“ besucht und einen Förderbescheid in Höhe von 25.000 Euro an den Sportkreis Rheingau-Taunus übergeben. Die „Modellregion - Inklusion und Sport“ ist ein auf zwei Jahre angelegtes Gemeinschaftsprojekt des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport, des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration, des Rheingau-Taunus-Kreises und des Sportkreises Rheingau-Taunus. Ziel des Projektes ist es, durch geeignete Maßnahmen die Inklusion von Menschen mit Behinderung spürbar im Sport und in der Gesellschaft zu verbessern.



INKLUSION IM SPORT

Auf dem Themenfeld Sport und Inklusion arbeitet die Hessische Landesregierung eng mit den Sportverbänden zusammen, um die Rahmenbedingungen für den Behindertensport und die Inklusion in Hessen weiter zu verbessern. In einer „AG Inklusion“ kommen zudem regelmäßig verschiedene Akteure zusammen, um sich zum Thema Sport und Inklusion auszutauschen und zu vernetzen. Neben den Behindertensportverbänden fördert das Land Hessen auch den Landessportbund, die Sportjugend Hessen und die Sportfachverbände bei ihren Maßnahmen zur Inklusion. Mit der im Jahr 2019 gestarteten Sportfördergruppe Verwaltung wurde zudem eine inklusive Sportfördergruppe geschaffen.

Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

STÄRKERE UNTERSTÜTZUNG DER ERINNERUNGS- UND KULTURARBEIT SEIT 2020

Die Hessische Landesregierung unterstützt die Erinnerungs- und Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) mit hohen finanziellen Mitteln. Seit dem Jahr 2020 wurden die Kulturmittel nach § 96 BVFG von 600.000 Euro auf 900.000 Euro erhöht. Im Rahmen dieser Mittel wurde unter anderem auch die institutionelle Förderung des Bundes der Vertriebenen (BdV Hessen) von 243.000 Euro auf 300.000 Euro angehoben. Eine kräftige Erhöhung der Landesmittel von bisher 41.000 Euro auf nunmehr 100.000 Euro erfolgte auch zugunsten der Landsmannschaften.

AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG DES BUNDES DER VERTRIEBENEN IN HESSEN

Anlässlich der Ausstellungseröffnung „Mitgenommen - Heimat in Dingen“, eine Wanderausstellung des Hauses des Deutschen Ostens (HDO München) in Kooperation mit dem Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen e.V. im Wiesbadener Haus der

Heimat, hat Innenstaatssekretär Stefan Sauer die Bedeutung einer lebendigen Gedenk- und Kulturarbeit hervorgehoben und dem Landesverband für seinen jahrzehntelangen Einsatz gedankt.



Mehr als

1

Million Euro für
Erinnerungs- und
Kulturarbeit

”

Ehrenamtlich organisierte Vertriebenenverbände sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Das erschütternde Schicksal der Heimatvertriebenen sollte niemals in Vergessenheit geraten.

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER



”

Die skrupellosen Täter setzen mittlerweile überwiegend hochgefährliche Festsprengstoffe ein, die ganze Filialen zerstören und dabei rücksichtslos die Leben von unbeteiligten Dritten, wie Anwohner und Bankkunden gefährden. Mit der Kooperation intensivieren wir die Zusammenarbeit zwischen Bankenwirtschaft und Polizei und bündeln noch stärker unsere gemeinsame Expertise, um den Druck auf Sprenger-Banden deutlich zu erhöhen und es ihnen so schwer wie möglich zu machen.

INNENMINISTER PETER BEUTH



GEMEINSAME PRÄVENTIONS-STRATEGIEN UND TESTSPRENGUNGEN

Die Mitglieder der Allianz erklären sich bereit, den Ausbau präventiver Elemente an erkannten Risiko-Standorten zu priorisieren. Die Ausgestaltung der präventiven Maßnahmen richtet sich hierbei nach den individuellen Sicherheitskonzepten der Kreditinstitute, die seitens des Landeskriminalamtes sowie der regionalen Polizeipräsidien fortlaufend und individuell beraten werden. Zu diesen Maßnahmen gehören beispielsweise Nachtverschluss, Videoüberwachung, Nebeltechnik oder etwa die Verwendung von Einfärbe-/Klebeschutz. Gleichzeitig werden weiter gemeinsame Testsprengungen mit Sprengspezialisten des HLKA durchgeführt, um neue Sicherheitsmaßnahmen einer realistischen Härteprobe zu unterziehen. So hat bereits im Verbund eine Testsprengreihe stattgefunden.



Geldautomatensprengung

ENTSCHLOSSENE ALLIANZ GEGEN GELDAUTOMATENSPRENGER

Am 18. Mai 2022 wurde im Hessischen Innenministerium zusammen mit 15 hessischen Kreditinstituten die „ALLIANZ GELDAUTOMATEN“ gegründet. Im Kampf gegen schwerkriminelle Geldautomatensprenger, die im Jahr 2021 56 Automaten in Hessen beschädigten und zum Teil vollständig in die Luft gejagt haben, setzt die hessische Polizei seitdem auf eine noch intensivere Zusammenarbeit mit den Sicherheitsexperten der Privat- und Genossenschaftsbanken sowie der Sparkassen. Die bundesweit einmalige hessische Allianz hat das Ziel, die Anzahl von Geldautomatensprengungen in Hessen signifikant zu senken, um so insbesondere die Gefahr für Personen- und Sachschäden weiter zu minimieren. Mit dem Risikoanalysetool „GLB operativ“ (Geldautomatenlagebild operativ) sollen künftig Geldautomatensprengungen in Hessen noch effektiver verhindert und der Druck auf reisende Täter deutlich erhöht werden.

Bereits seit 2019 gibt es eine eigens zur Bekämpfung von Geldautomatensprengungen eingerichtete Ermittlungsgruppe. Durch intensive Ermittlungen ist es seither dem Landeskriminalamt gelungen, mehr als 30 Tatverdächtige zu ermitteln und in Haft zu bringen. Nach dem Anstieg von Geldautomatensprengungen im Jahr 2021 (56 Taten, Diebstahlsumme von rund 2,75 Millionen Euro sowie Sachschäden von mehr als 2,5 Millionen Euro) wurde auf Initiative des Innenministers Peter

Beuth Ende 2021 eine Besondere Aufbauorganisation (BAO effectus) im Hessischen Landeskriminalamt gegründet, die sich im ersten Halbjahr 2022 und im Rahmen mehrerer Arbeitssitzungen mit Vertretern der hessischen Kreditwirtschaft über effektive Maßnahmen beraten hatte. Aus dieser engen Zusammenarbeit hat sich „ALLIANZ GELDAUTOMATEN“ gegründet, die in Wiesbaden mit einer Gründungsurkunde besiegelt wurde.

Die „ALLIANZ GELDAUTOMATEN“ dient dem bereits etablierten Vertrauens- und Wissensaustausch zwischen den unterzeichnenden Instituten und Sicherheitsbehörden. Ziel der Allianz ist es ohne gesetzliche Regelung gemeinsam Präventionsmaßnahmen zu prüfen und zu realisieren, um schnellstmöglich die Tatgelegenheiten signifikant zu senken und somit die Gefahr für Personen- und Sachschäden zu minimieren.

Die Wirkung der Allianz zeigte sich bereits im Gründungsjahr. In Hessen gab es 2022 (Stand Anfang Dezember) 37 Fälle von Automatenprengungen. Dies bedeutet einen Rückgang von rund ein Viertel der Sprengungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Diebstahlsumme ist um rund 50 Prozent gesunken und lag bei rund 1,2 Millionen Euro. Hinzu kommt allerdings ein Anstieg bei den Sachschäden auf mehr als 4,3 Millionen Euro.

NEUES ANALYSETOOL „GLB-OPERATIV“

Das Risikoanalysetool „Geldautomatenlagebild (GLB)-operativ“ kann alle Geldautomaten, die mit qualitativen Daten (wie Standort, Fabrikat, Sicherheitsvorkehrungen) hinterlegt sind, einer Risikobewertung unterziehen und anschließend eine Wahrscheinlichkeitsprognose erstellen. An der ALLIANZ GELDAUTOMATEN teilnehmende Kreditinstitute unterstützen – zum Zwecke dieser Aufbereitung und angelehnt an ein bundeseinheitliches Raster – die Zulieferung von qualifizierten Daten (etwa Angaben zu Eigenschaften der Geldautomaten, installierten Präventionselementen, oder Angaben zu den Standorten, in denen sich Geldautomaten befinden). Sicherheitsexperten des HLKA haben mit einer ähnlichen Prognosesoftware bereits sehr gute Erfahrungen beim Kampf gegen den Wohnungseinbruchdiebstahl gemacht. Auch diese inzwischen standardisierte Datenanalyse ist ein Grund, warum die Zahl der Einbrüche in Hessen von 2017 bis 2021 um mehr als 50 Prozent gesenkt werden konnte. In dem Bewusstsein, wie wichtig dieses neue Tool zum Schutz der Filialen und der Bürgerinnen und Bürger ist, haben inzwischen eine Vielzahl der Banken in Hessen ihre Daten mit der hessischen Polizei geteilt.



”

Ganz Hessen und insbesondere die hessische Polizeifamilie ist stolz auf unsere Topsportler aus der hessischen Polizei.

SPORTMINISTER PETER BEUTH



Polizeisportler des Jahres

ZAHLREICHE ERFOLGE DER HESSISCHEN POLIZEISPORTLER

Sportminister Peter Beuth hat bei der 19. Ehrung erfolgreicher Polizeisportlerinnen und Polizeisportler 58 Polizeibeamte für ihre sportlichen Leistungen ausgezeichnet und sich für ihren Einsatz im Beruf und im Sport bedankt. Hierbei wurde Eduard Trippel aufgrund seiner besonderen Leistungen bei den Olympischen Spielen 2021 in Tokio zum Polizeisportler des Jahres 2021 gekürt.

Seit 20 Jahren findet jährlich die Ehrung erfolgreicher hessischer Polizeisportlerinnen und Polizeisportler durch den Hessischen Minister des Innern und für Sport statt. Es werden nur solche Sportlerinnen und Sportler geehrt, die sich bei europäischen (Polizei-) Meisterschaften oder

Weltmeisterschaften platzierten und/oder den ersten Platz auf nationaler Ebene wie beispielsweise den Deutschen (Polizei-) Meisterschaften oder den Allgemeinen Deutschen Hochschulmeisterschaften erreichten. Höhepunkt der Veranstaltung war die Ehrung des Polizeisportlers des Jahres 2021. Sportminister Peter Beuth zeichnete den Judoka Eduard Trippel für seine besonderen sportlichen Leistungen aus. Dieser hatte bei den Olympischen Spielen 2021 in Tokio die Silber- und Bronzemedaille im Judo (Einzel- und Teamwettbewerb) geholt.

Mit Einführung einer Polizei-Sportfördergruppe wurden der Spitzensportförderung in Hessen bereits 2005 feste Struktu-

ren gegeben. Bis heute konnten so mehr als 150 Polizeibeamtinnen und -beamte im Rahmen der Dualen Karriere unterstützt werden. Zurzeit befinden sich 41 hessische Sportlerinnen und Sportler im Studium. 18 Polizistinnen und Polizisten werden in der Berufsausübung gefördert. Seit 2020 erhalten Athleten die Möglichkeit, ihre Beamtenlaufbahn neben der Sportkarriere nicht bei Polizei oder Bundeswehr zu starten, sondern als Teil der neuen „Sportfördergruppe Verwaltung“ stattdessen in öffentlichen Behörden. Die Sportler erwartet ein duales Studium, das an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV) absolviert wird.





Norbert Häger

HERAUSRAGENDE PERSON IM KATASTROPHENSCHUTZ

Norbert Häger aus Kiedrich hat von Innenminister Peter Beuth die Silberne Katastrophenschutz-Verdienstmedaille verliehen bekommen. Mit der Ehrung überraschte der Innenminister den Geehrten im Rahmen der Stadtversammlung des Malteser Hilfsdienstes in Oestrich-Winkel. Norbert Häger engagiert sich bereits seit 1985 beim Malteser Hilfsdienst, bei dem er sich vom Helfer bis zur versierten Führungskraft stetig weiterentwickeln konnte. Beruflich ist er gleichzeitig als Referent für Katastrophenschutz und Fernmeldewesen in der Landesgeschäftsstelle des Malteser Hilfsdienstes tätig. Zu den besonderen Verdiensten Norbert Hägers zählen unter anderem die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz seit dem Jahr 2012 bei der er sich fachkundig einbringen konnte. Im Rahmen der Impfkampagne des Land Hessen übernahm Norbert Häger eine wichtige Rolle in der Task Force „Impfkoordination des Landes“. Ebenso unterstützte er während der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 und 2016 als Fachberater das Hessische Innenministerium.



Stefan Ament

EIN LEBEN VOLLER HINGABE UND FÜR DIE GESELLSCHAFT

Ende April hat Stefan Ament aus Gründau (Main-Kinzig-Kreis) das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland von Staatssekretär Stefan Sauer ausgehändigt bekommen. Von 1993 bis 2021 war Stefan Ament Mitglied der Gemeindevertretung Gründau. Von 2004 bis 2011 und von 2016 bis 2021 hatte er das Amt des Vorsitzenden der Gemeindevertretung inne. In den Jahren 1997 bis 2001 war er zudem Mitglied im Jugend-, Sport-, Kultur- und Sozialausschuss. Daneben war er von 1993 bis 2011 Ortsvorsteher des und von 2016 bis 2021 stellvertretender Ortsvorsteher des Ortsbeirates Mittelgründau. Seit 2021 ist er als Beigeordneter im Gemeindevorstand aktiv. Bereits im Alter von 16 Jahren wirkte Stefan Ament ehrenamtlich bei den Maltesern. Mit 18 Jahren wurde er zum stellvertretenden Stadtbeauftragten des Malteser Hilfsdienstes und zum Katastrophenschutzreferenten des Hochtaunuskreises ernannt.



Egon Vaupel

UNERMÜDLICH FÜR MARBURG IM EINSATZ

Egon Vaupel wurde für sein jahrzehntelanges soziales sowie ehrenamtliches Engagement in der Kommunalpolitik mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Er war von 1997 bis 2005 Bürgermeister der Universitätsstadt Marburg und für die Fachbereiche Planen, Bauen, Umwelt, sowie Schule, Bildung, Kultur und Freizeit zuständig. 2005 wurde er zum Oberbürgermeister Marburgs gewählt und 2010 wiedergewählt. In dieser

Zeit setzte er sich besonders für die Etablierung und Intensivierung der Städtepartnerschaften Marburgs ein, beispielsweise mit der rumänischen Stadt Sibiu/Hermannstadt. Seit 2004 ist Egon Vaupel 1. Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Marburg. Darüber hinaus hatte er von 2003 bis 2017 die Schirmherrschaft der Tafel Marburg inne, mit der er zusammen zusätzlich ein jährlich stattfindendes Gänseessen für Bedürftige und Obdachlose organisierte.



Baseball in Hessen

SAISONAUFTAKT DES BSC HÜNSTETTEN STORM

Sportminister Peter Beuth hat den Saisonauftakt des Baseball- und Softball-Clubs Hünstetten STORM in der 2. Baseball-Bundesliga besucht und dem Verein eine Zuwendung in Höhe von 500 Euro überreicht. Der Baseball- und Softball-Club Hünstetten STORM feiert mit dem ‚Opening Day‘ den Start in die neue Baseballsaison und gleichzeitig das zehnjährige Bestehen des Fördervereins ‚Baseballfreun.de‘. Durch die Hilfe des Fördervereins konnten genügend Spender und Sponsoren gefunden werden, um die moderne Baseballanlage in Hünstetten zu errichten und dem Hauptverein seit 2019 eine eigene Heimat zu geben. Der BSC Hünstetten STORM kann derzeit vier Baseballmannschaften und ein Softball-Team vorweisen und spielt mit seiner ersten Mannschaft in der 2. Baseball-Bundesliga.

Special Olympics Hessen

„GEMEINSAM STARK!“ IST EIN VOLLTREFFER

Mitte Mai besuchte Sportminister Peter Beuth die Eröffnungsfeier der Special Olympics Hessen und hob die besondere Bedeutung des Sports auch für die gesellschaftliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen hervor. Dabei würdigte er die Leistungen der rund 400 Athletinnen und Athleten in Darmstadt und überreichte Sylvia Ruppel, Präsidentin von Special Olympics Hessen, einen Bescheid über mehr als 60.000 Euro für eine Projektkoordinationsstelle zur Vorbereitung der Wetsommerspiele der Special Olympics in Berlin 2023.

Die Landesspiele des Special Olympics Deutschland in Hessen (SOH) mussten pandemiebedingt im Jahr 2021 abgesagt und in das Jahr 2022 verschoben werden. Sie fanden vom 17. bis 19. Mai 2022 in Darmstadt statt. Die rund 400 Athletinnen und Athleten kämpften dabei in 12 verschiedenen Sportarten um die Medaillen.

„Die Special Olympics führen uns vor Augen, was wirklich zählt: Mitmenschlichkeit, Toleranz und Zusammenhalt.“

SPORTMINISTER PETER BEUTH

Im Rahmen des Gastgeberprogramms „170 Nationen - 170 inklusive Kommunen“ soll in der Woche vor den Weltspielen jeweils ein National Team in einer deutschen Kommune zu Gast sein und neben den Wettkampfvorbereitungen auch ein kultureller und inklusiver Austausch stattfinden. 19 hessische Bewerbungen konnten hierbei in das Programm aufgenommen werden. Unterstützung erhalten die 19 Regionen durch eine Kooperation des Hessischen Ministerium des Innern und für Sport mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. Durch den Förderbescheid des Hessischen Ministerium des Innern und für Sport kann Special Olympics Hessen zusätzlich eine Projektkoordinationsstelle finanzieren, die insbesondere diese 19 hessischen Gastgeber-Regionen bei den Vorbereitungen auf ihre Zeit als Gastgeber unterstützt.





Interkommunale Zusammenarbeit und Verwaltungsdigitalisierung

VIELZAHL DIGITALER ANGEBOTE FÜR DIE BÜRGER

”

Die Digitalisierung ermöglicht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen ihre Arbeit besser bündeln und dadurch effizienter gestalten können. Damit wird die kommunale Zusammenarbeit der drei Kommunen finanzielle Spielräume eröffnen, die sich im kommunalen Geldbeutel direkt bemerkbar machen und wichtige Investitionen vor Ort ermöglichen werden.

INNENMINISTER PETER BEUTH

24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, entweder bequem von zu Hause aus oder mobil auf dem Smartphone: die Hessische Landesregierung stärkt Digitalisierungsvorhaben in Kommunen, um den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zur Verwaltung zu vereinfachen. Innenminister Peter Beuth hat Anfang Mai dem Magistrat der Stadt Oberzent persönlich eine Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit für eine Kooperation der Städte **Oberzent, Erbach und Michelstadt** im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung in Höhe von 75.000 Euro übergeben.

Die Art und Form der IKZ-Kooperationen betreffen seit jeher die verschiedensten Bereiche kommunaler Aufgabengebiete und haben meist Vorbildcharakter für andere Kommunen in Hessen.

So kooperieren immer mehr Kommunen bei der Beschaffung und Wartung von Feuerwehrtechnik, halten gemeinsame Verwaltungs- und Ordnungsbezirke vor oder arbeiten beispielsweise bei der Abfallentsorgung oder in der Finanz- und Bauverwaltung erfolgreich zusammen. Die zunehmende Digitalisierung und damit verbunden die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) hat zu einer wachsenden Bedeutung für die Zusammenarbeit im Rahmen von IT-Projekten geführt. Hier können die Fördermöglichkeiten nach der IKZ-Rahmenvereinbarung genutzt werden. Gerade kleinere Kommunen können sich in einer Kooperation zusammenschließen, um z. B. für die Erledigung der Aufgaben geeignete IT-Fachkräfte zu rekrutieren und zu finanzieren.

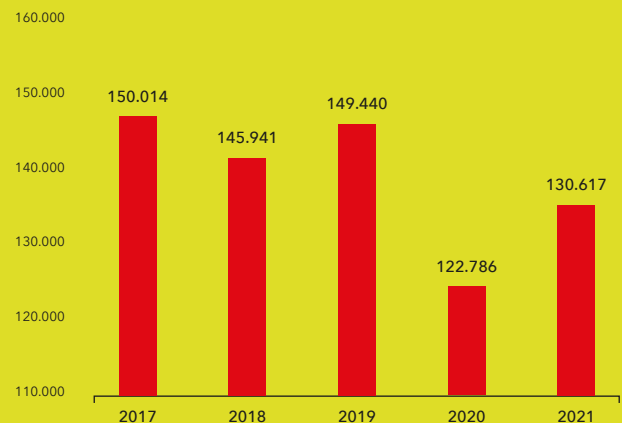


”

Bei Unfällen in Hessen sind 2021 trotz des Verkehrsanstiegs im zweiten Pandemiejahr so wenige Menschen wie nie seit Beginn der Aufzeichnung vor mehr als sechzig Jahren ums Leben gekommen.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Gesamtunfallzahlen Hessen (2017 bis 2021)



Verkehrstatistik 2021

ZAHL DER VERKEHRSTOTEN IN HESSEN AUF TIEFSTAND

Die hessische Polizei hat im Jahr 2021 genau 130.617 Verkehrsunfälle auf Hessens Straßen registriert. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um rund 6,4 Prozent (2020: 122.786 Unfälle), was maßgeblich auf ein Wiederanstiegen des Verkehrsaufkommens im zweiten Pandemiejahr zurückzuführen ist. Mit insgesamt 185 verstorbenen Personen wurde jedoch 2021 die niedrigste Zahl Verkehrstoter in Hessen seit Einführung der Statistik im Jahre 1950 registriert (2020: 205). Während im Jahr 2020 erfreulicherweise kein Kind tödlich verletzt wurde, starben im vergangenen Jahr drei Kinder im Straßenverkehr. Die Anzahl schwer verletzter Kinder sank hingegen weiterhin (2021: 184; 2020: 200), wohingegen die Anzahl leicht verletzter Kinder geringfügig anstieg (2021: 1.077; 2020: 992).

Im vergangenen Jahr war unangepasste Geschwindigkeit bei 23 Prozent der Verkehrstoten in Hessen die Unfallursache. Zur Reduzierung von überhöhter Geschwindigkeit und zur Sensibilisierung setzt die hessische Polizei bereits seit vielen Jahren modernste Verkehrsüberwachungstechnik ein. Aktuell sind 16 Polizeifahrzeuge als Videostreifen auf hessischen Autobahnen unterwegs, so viele wie noch nie. Mit dem Einsatz der 360°-Videotechnik mittels zweier Dashcam-Systeme wird die beweissichere Überwachung auf hessischen Autobahnen gestärkt. Das hes-

sische Innenministerium geht darüber hinaus im Jahr 2022 mit der Anschaffung von insgesamt neun mobilen Geschwindigkeitsmessanlagen unterschiedlicher Typen einen großen Schritt in Richtung der Erneuerung der vorhandenen Verkehrssicherheitstechnik. Mittlerweile sind zehn Motorräder mit Video-Aufzeichnungstechnik ausgestattet und auf den stark frequentierten Schwerpunkt- und Nebenstrecken Hessens unterwegs.

In den Polizeipräsidien Frankfurt und Westhessen wurden Kontrolleinheiten eingerichtet (Kontrolleinheit Autoposer, Raser, Tuner - „KART“), die sich mit illegalen Autorennen, aber auch mit dem Gesamtkomplex Tunen, Rasen und Posen befassen. Im Bereich „Tuning“ war die hessische Polizei überdies zuletzt landesweit am sogenannten „Carfreitag“ flächendeckend im Einsatz, wobei hessenweit 1.439 Fahrzeuge einer Kontrolle unterzogen wurden. Dabei wurden 46 Straftaten festgestellt und 441 Ordnungswidrigkeiten zur Anzeige gebracht, elf Kraftfahrzeuge wurden vorläufig aus dem Verkehr gezogen.

Trotz stark zunehmender Zulassungszahlen von Krafträdern Ende 2020 sind die Verkehrsunfälle aller motorisierten Zweiräder in allen Bereichen stark zurückgegangen, besonders deutlich ist der Rückgang der tödlich verunglückten Kraftradfahrer um rund



20 Prozent (2021: 33; 2020: 41). Die Anzahl von Verunglückten auf dem Fahrrad ist im Vergleich zu 2020 im vergangenen Jahr um 13 Prozent zurückgegangen (2020: 3.557, 2021: 3.093). Auf dem Fahrrad im Straßenverkehr ums Leben gekommen waren 14 Personen (2020: 18 Personen). 502 Personen wurden 2021 schwer verletzt (2020: 662), 2.577 Fahrradfahrer leicht verletzt (2020: 2.877).

Weniger positiv zeigt sich die Verkehrsunfallentwicklung bei der Verkehrsbeteiligung mit Pedelecs. Die Gesamtunfallzahl mit Pedelecs ist um rund 17 Prozent gestiegen (2021: 885; 2020: 757), die Anzahl Schwerverletzter stieg um rund 11 Prozent von 170 auf 188 Personen, die Anzahl Leichtverletzter stieg sogar um rund 20 Prozent von 460 auf 550 Personen. Die Anzahl der Getöteten lag in 2020 und 2021 jeweils bei neun Personen. E-Scooter sind 2021 häufiger in Verkehrsunfälle involviert gewesen. Während die Gesamtanzahl von 228 Unfällen im Jahr 2020 auf 674 im Jahr 2021 deutlich stieg, ist auch die Anzahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden von 145 auf nunmehr 442 deutlich angestiegen. Auf Grund dieser Entwicklung führten die hessischen Polizeipräsidien frühzeitig zahlreiche Präventionsveranstaltungen zum sicheren Verhalten im Straßenverkehr mit E-Scootern durch, größtenteils in Verbindung mit Fahrsicherheitstrainings.

2021 wurde ein deutlicher Anstieg von Verkehrsunfällen unter Beteiligung eines Lastkraftwagens registriert. Die Gesamtunfälle sind um rund 14 Prozent gestiegen (2021: 19.651; 2020: 17.188). Auch die Anzahl der dabei verunglückten Lkw-Fahrer und weiteren Unfallbeteiligten ist deutlich angestiegen, hier insbesondere die Anzahl der Getöteten mit rund 22 Prozent von 36 auf 44 Personen und die Anzahl der Schwerverletzten mit rund 11 Prozent von 329 Personen in 2020 auf 366 im Jahr 2021. Für die oft zeitaufwändige Kontrolltätigkeit von Lastkraftwagen an Raststätten sieben neue und spezielle Kontrollstellenfahrzeuge beschafft, die unter anderem Abmessungen bereits in der Vorbeifahrt erfassen können. Zudem werden spezielle Systeme zur Analyse und Auswertung von Steuergeräten und digitalen Datenspeichern in Lkw samt deren Auflieger angeschafft, welches die Feststellung von Defekten an Fahrzeugen sowie Manipulationen z.B. an digitalen Tachografen oder Abgasnachbehandlungssystemen (Ad-Blue-Manipulationen) ermöglicht. Ein neues Auswertesystem, mit dem schneller und einfacher als bisher insbesondere Verstöße gegen die Bestimmungen über Lenk- und Ruhezeiten für Berufskraftfahrer (Sozialvorschriften im Straßenverkehr) erkannt werden können, komplettiert 2022 die Verfolgung von LKW-Verstößen.

”

Aufgrund zunehmender Extremwetterlagen, aber auch anlässlich der angespannten Sicherheitslage in Europa kommt der Stärkung des Katastrophenschutzes in unserem Land eine besondere Bedeutung zu.

INNENMINISTER PETER BEUTH



Ausstattungs-offensive Katastrophenschutz

KRAN-FAHRZEUGEN FÜR 4,2 MILLIONEN EURO BEREITGESTELLT

Innenminister Peter Beuth hat Anfang Mai in Wiesbaden sieben Wechselladerfahrzeuge Kran in den Dienst gestellt. Die über 10 Meter langen und rd. 26 Tonnen schweren Fahrzeuge sind mit einem Abrollbehälter mit Kran-Zubehör ausgestattet. Sie dienen der Hilfeleistung sowie der Rettung bzw. Bergung von Mensch, Tier und Material bei Großschadenslagen oder in Katastrophenfällen. Sie können hessenweit eingesetzt werden und sind künftig in den Landkreisen Kassel, Hersfeld-Rotenburg, Marburg-Biedenkopf, Rheingau-Taunus, Hochtaunus, Darmstadt-Dieburg sowie Main-Kinzig stationiert.

Die sieben Fahrzeuge sind mit einem Ladekran und einer maschinellen Zugeinrichtung - einer am Fahrzeug eingebauten Seilwinde - ausgerüstet, damit sie für spezielle Anforderungsprofile der technischen Rettung und Bergung einsetzbar sind. Hierzu

verfügen die Fahrzeuge jeweils über einen Abrollbehälter Kran (AB-Kran), um umfangreiches einsatztaktisches Kranzubehör für die technische Hilfeleistung mitzuführen. Dies sind beispielsweise ein Rettungskorb zur Menschenrettung, Hebegeschirr zur Tierrettung, Universalgreifer, Baggerschaufel und Schuttmulde, Krantraverse für Rettungsbote, Abschleppstange für Kraftfahrzeuge sowie ein Mehrzweckzug. Daneben sind weitere ergänzende Materialien und Geräte wie ein Stromerzeuger, Beleuchtungsgeräte, Anschlagmittel, Ketten, Rüsthölzer sowie Spanngurte mit an Bord. Die Kran-Komponente mitsamt Zubehör sowie die Maschinelle Zugeinrichtung verleiht den Einsatzmitteln umfangreiche Fähigkeiten zur Bewältigung von Hilfeleistungseinsätzen. Damit können Menschen und Tiere aus Höhen und Tiefen gerettet werden. Gleichzeitig können Lasten - z. B. abgestürzte Autos oder Bäume - bewegt bzw. gesichert werden.

2,3

Million Euro
jährlich für
Katastrophenschutz

Katastrophenschutz

AUSBILDUNG DER HILFS-ORGANISATIONEN MIT RUND 425.000 EURO UNTERSTÜTZT

Innenminister Peter Beuth hat Anfang Mai in Wiesbaden Förderbescheide im Umfang von 423.000 Euro an die Hilfsorganisationen im Hessischen Katastrophenschutz übergeben, um die angemessene Ausbildung der Helferinnen und Helfer durch die Organisationen nach den Vorgaben des Landes sicherzustellen. Die Spitzen der Landesverbände des Arbeiter-Samariter-Bundes, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfall-Hilfe und des Malteser Hilfsdienstes haben die Bescheide entgegengenommen.

Das Land Hessen unterstützt das Engagement der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz auch im Bundesvergleich in besonders vielfältiger Weise. Insgesamt erhalten die Organisationen rd. 2,3 Mio. Euro jährlich zur laufenden Erfüllung ihrer Aufgaben im hessischen Katastrophenschutz. Dazu zählen unter anderem Mittel für Wartung und Instandhaltung, für Ausbildungszwecke, für die persönliche Ausstattung der Helferinnen und Helfer in den Katastrophenschutzseinheiten und für die Verwaltungskosten im Katastrophenschutz. Diese Förderung dient dem Erhalt eines leistungsfähigen Katastrophenschutzes und kommt damit allen hessischen Bürgerinnen und Bürgern zugute.

”

Die rund 23.000 Einsatzkräfte in den rund 800 Einheiten des Landes setzen sich in Krisenlagen ehrenamtlich für das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger ein.

INNENMINISTER PETER BEUTH



Führungswechsel im PP Südhessen

SÜDHESSEISCHER POLIZEIPRÄSIDENT BERNHARD LAMMEL VERABSCHIEDET

”

Bernhard Lammel ist im Rahmen seiner Amtszeit immer Polizist mit Leib und Seele geblieben und stellte sich bewusst vor seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Im Rahmen eines feierlichen Festaktes wurde Ende Mai der südhessische Polizeipräsident Bernhard Lammel in den Ruhestand verabschiedet. Innenminister Peter Beuth würdigte den 64-Jährigen persönlich für seine stets unermüdlichen und außerordentlichen Verdienste um die Sicherheit und Ordnung der Bürgerinnen und Bürger von Südhessen.

Der 1957 geborene Bernhard Lammel ist 1974 in die hessische Polizei eingetreten und wirkte 47 Jahre als Polizist. Mit dem Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst übernahm er ab 1992 unterschiedliche Führungsaufgaben im Bereich der

Polizeidirektion Groß-Gerau. Darauf folgte eine knapp vierjährige Verwendung als Leiter des Lagezentrums im Landespolizeipräsidium des Hessischen Innenministeriums, bevor er anschließend im Jahr 2005 als Leiter der Polizeidirektion Groß-Gerau wieder nach Südhessen zurückkehrte. Hierauf folgten verschiedene Führungsaufgaben im Hessischen Landeskriminalamt, bis er 2013 mit der Aufgabe als Vizepräsident des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung beauftragt wurde und ab September 2014 das Amt des Präsidenten übernahm. Seine Beauftragung zum Polizeipräsidenten von Südhessen erhielt er zwei Jahre später im Juni 2016.

”

Polizistin oder Polizist zu werden, ist mehr als ein Beruf, es ist eine Berufung. Mit dieser Entscheidung ist eine große Verantwortung verbunden: Verantwortung dafür, dass die Werte und Normen unseres Rechtsstaats eingehalten werden, für die Freiheit und die Sicherheit der Menschen in unserem Land und für unsere demokratische Gesellschaft.

INNENMINISTER PETER BEUTH





Hessischer Polizeisommer

VEREIDIGUNG VON MEHR ALS 850 ANWÄRTERN

Mit der Veranstaltungsreihe „Hessischer Polizeisommer“ haben alle sieben hessischen Polizeipräsidien Bürgerinnen und Bürger von Jung bis Alt eingeladen, um die Polizei noch besser kennenzulernen – als Ansprechpartner in Sachen Sicherheit genauso wie als Arbeitgeber mit Zukunft. Der Startschuss für die Veranstaltungsreihe erfolgte am 12. Juni 2022 im Polizeipräsidium Westhessen und damit in der Landeshauptstadt Wiesbaden. Die hessische Polizei zählte bei den insgesamt sieben Veranstaltungen mehr als 50.000 Besucherinnen und Besucher.

Ein Highlight der Auftaktveranstaltung waren die mehr als 850 Anwärterinnen und Anwärter die im Rahmen einer feierlichen Zeremonie ihren Diensteid auf das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Hessen ablegten. Alle auf dem Tag der Polizei in Wiesbaden Vereidigten sind im Alter von 18 bis 35 Jahren, fast die Hälfte von ihnen sind Frauen. Rund 20 Prozent der Anwärterinnen und Anwärter haben einen Migrationshintergrund, etwa ein Drittel stammt aus anderen Bundesländern. Sieben gehören der Sportfördergruppe an.

Nachdem die Vereidigungszeremonie in den vergangenen zwei Jahren pandemiebedingt dezentral an den einzelnen Studienstandorten stattfinden musste, konnten mit der diesjährigen Vereidigung wieder wie gewohnt alle Anwärterinnen und Anwärter gemeinsam vereidigt werden. Im Anschluss an die Vereidigungszeremonie fand im Polizeipräsidium Westhessen für die Anwärterinnen und Anwärter, ihre Familien sowie alle interessierten Bürgerinnen und Bürger aus der Region ein Tag der Polizei statt: Von der Fahrzeugschau, über die Präventionsmeile mit nützlichen Hilfestellungen für die Bürgerinnen und Bürger, bis hin zu spannenden Vorfürhungen des SEK, der Diensthunde oder des Polizeihubschraubers – das vielfältige Programm bot für Jung und Alt spannende Einblicke in die Arbeit der hessischen Polizei.



”

Die Brandschutzerziehung ist eine dauerhafte und grundlegende Präventionsmaßnahme, bei der Kinder auf die Gefahren von Feuer hingewiesen werden. Alle Landkreise und kreisfreien Städte in Hessen werden daher künftig mit einem eigenen Fahrzeug ausgestattet, welches ausschließlich der pädagogischen Wissensvermittlung von Klein- und Grundschulkindern über Rauch und Feuer dient.

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER

Brandschutzerziehung

KINDER AUF DIE GEFAHREN VON FEUER HINWEISEN

Staatssekretär Stefan Sauer hat Mitte Mai in Marburg bekanntgegeben, dass insgesamt 25 Landkreise, kreisfreie Städte und Städte mit Sonderstatus im Rahmen einer einmaligen Landesbeschaffungsaktion je einen Gerätewagen „Brandschutzerziehung“ kostenfrei zur Verfügung gestellt bekommen. Zusätzlich wurde ein weiteres Fahrzeug zu Ausbildungszwecken an der Außenstelle der Hessischen Landesfeuerweherschule in Marburg stationiert. Die Fahrzeuge haben einen Gesamtwert von rund 2,5 Millionen Euro. Zudem überreichte der Staatssekretär in Marburg insgesamt 17 Förderbescheide in einer Gesamthöhe von rund 335.000 Euro an hessische Gebietskörperschaften zur Unterstützung der Einstellung eines sogenannten „Brandschutzerziehungskordinators“ auf Ebene der Landkreise, kreisfreien Städte und Städte mit Sonderstatus.

Die Brandschutzerziehung in Kindergärten und Schulen ist ein elementarer Bestandteil der Aufgaben der Feuerwehren in den Kommunen und bedeutender Baustein für die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für den sorgsam Umgang mit Feuer und Rauch sowie das richtige Verhalten im Brandfall. Für die Feuerwehr bietet sich im Rahmen der Brandschutzerziehung gleichzeitig die Möglichkeit, Kinder und Jugendliche für eine Mitarbeit in den Nachwuchswehren zu gewinnen, auch wenn bei der Brandschutzerziehung der präventive Charakter im Vordergrund steht.

Die neuen Fahrzeuge, die künftig ein wesentlicher Bestandteil der regionalen Brandschutzerziehungsarbeit in den Kreisen, kreisfreien Städten und Städten mit Sonderstatus sein werden, sind als Teil des Pilotprojekts „Brandschutzerziehungskonzept“ gemeinsam mit den Brandschutzerziehungsexpertinnen und -experten des Landesfeuerwehrverbandes sowie der sieben Pilotkommunen kreiert worden. Die Fahrzeuge sind speziell auf die Bedürfnisse der Brandschutzerzieherinnen und -erzieher zugeschnitten und mit entsprechendem Material zur Wissensvermittlung beladen.





Sportförderung

DR.-HORST-SCHMIDT-STIPENDIEN ÜBER 10.000 EURO AN FÜNF JUNGE SPORTLER VERLIEHEN

Sportminister Peter Beuth hat Ende Juni in Wiesbaden das Dr. Horst Schmidt-Jugendsport-Stipendium an fünf Sportlerinnen und Sportler verliehen. Die Stipendien sind mit jeweils 2.000 Euro dotiert und gehen an junge Ehrenamtliche, die noch im Studium oder in der Ausbildung sind und sich über ihren Sportvereinen für das Allgemeinwohl einsetzen. Das Förderprogramm hat einen festen Platz in der Sportförderpolitik der Hessischen Landesregierung und ist Teil einer Anerkennungskultur für ehrenamtlich aktive junge Frauen und Männer.

DIE STIPENDIATEN 2022:

David Delp (Hessischen Handball-Verband/
Deutscher Handballbund)

Laura Heckmann (Sportjugend Werra-Meißner)

Hendrik Holzauer (Orientierungslauf und Ski Club Kassel)

Stina Knittel (Kanu-Club-Fulda/Sportkreis Fulda-Hünfeld)

Christian Will (Sportjugend Hessen/TV Jahn 1907
Wetzlar-Hermannstein)

”

Mit dem Dr. Horst Schmidt-Stipendium würdigen und stärken wir das ehrenamtliche Engagement junger Menschen im hessischen Sport, die sich mit tollen Ideen und großem Einsatz herausragend für das Allgemeinwohl engagieren. Sie vermitteln jungen Menschen von Kindesbeinen an Werte wie Fairness, Toleranz, Teamgeist, Respekt und soziales Miteinander.

SPORTMINISTER PETER BEUTH

”

In den letzten rund siebeneinhalb Jahren hat Gerhard Bereswill erfolgreich Verantwortung für die Sicherheit einer weltoffenen, dynamischen und prosperierenden Stadt getragen und eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass er ein Polizeipräsident mit Idealen und unumstößlichen Prinzipien war, der klare Vorstellungen vom Polizeiberuf hat.

INNENMINISTER PETER BEUTH

GERHARD BERESWILL IN DEN RUHESTAND VERABSCHIEDET

Im Rahmen eines feierlichen Festaktes wurde der Frankfurter Polizeipräsident Gerhard Bereswill Anfang April in den Ruhestand verabschiedet. Innenminister Peter Beuth würdigte den 65-Jährigen persönlich für seine herausragenden Verdienste um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, um die sich Gerhard Bereswill als Frankfurts oberster Polizist in den vergangenen siebeneinhalb Jahren verdient gemacht hatte. In dieser Zeit sank die Kriminalitätsbelastung in der Mainmetropole um mehr als 18 Prozent. Neben der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger lag Gerhard Bereswill die enge Verzahnung mit anderen Behörden und Institutionen am Herzen, weshalb er unter anderem einen engen Kontakt zu den politischen Mandatsträgern pflegte und diesen in den verschiedenen Gremien stets als nahbarer Ansprechpartner zur Verfügung stand.

Der 1957 geborene Gerhard Bereswill ist 1978 in die hessische Polizei eingetreten und wirkte damit über 47 Jahre als Polizist. Mit dem Aufstieg 1995 in den höheren Polizeivollzugsdienst übernahm er bis 2000 die Leitung des Mobilen Einsatzkommandos in Frankfurt. Anschließend nahm er bis zum Jahre 2004 verschiedene Führungsaufgaben im Hessischen Landeskriminalamt wahr, bis er 2005 die Aufgabe des Leiters des Abteilungsstabes Einsatz im Polizeipräsidium Westhessen übernahm. Zuletzt wechselte er dann im Oktober 2010 vorerst als Vertreter des Frankfurter Polizeipräsidenten nach Frankfurt und übernahm ab September 2014 das Amt des Präsidenten des Polizeipräsidioms Frankfurt am Main.



”

Mit Stefan Müller erhält das größte hessische Polizeipräsidium einen starken und erfahrenen Polizeipräsidenten, dem die Sicherheit und insbesondere das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und gestell, dass er eine durchsetzungsstarke und reflektierte Führungspersönlichkeit ist, die für eine innovative, offene und vielfältige Polizei steht.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Wechsel an der Spitze der Polizei in Frankfurt

STEFAN MÜLLER NEUER FRANKFURTER POLIZEIPRÄSIDENT

Innenminister Peter Beuth hat Anfang Juli Stefan Müller offiziell in das Amt des Präsidenten des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main eingeführt. Der 60-Jährige, der bisher als Polizeipräsident das Polizeipräsidium Westhessen in Wiesbaden leitete, folgt damit auf Gerhard Bereswill. Er übernimmt als Frankfurts oberster Polizist die Verantwortung von rund 4.000 Beschäftigten, die für die Sicherheit von rund 760.000 Frankfurterinnen und Frankfurter erfolgreich Sorge tragen.

Der 60-jährige Stefan Müller ist seit dem 1. Oktober 1981 Polizeibeamter und hat seitdem zahlreiche Leitungsfunktionen innerhalb der hessischen Polizei inne. Nach dem Studium bei der Hochschule der Polizei in Münster war er ab 1996 beim Hessischen Landeskriminalamt tätig, wo er als stellvertretender Leiter der Abteilung für Gewalt-, Eigentums und Wirtschaftskriminalität arbeitete. Als Leiter der Sonderkommission führte er die Ermittlungen in spektakulären Fällen wie zum Beispiel der Entführung des Frankfurter Unternehmers Jakob Fiszman 1996. Ab 1999 war Stefan Müller stellvertretender Leiter der Polizeidirektion Süd, im Weiteren Leiter der Polizeidirektion Flughafen. Von 2002 bis 2004 war er Leiter der Inspektion Spezialeinheiten. Danach führte ihn der Weg wieder zurück nach Wiesbaden, wo er Leiter seiner früheren Dienststelle im Hessischen Landeskriminalamt wurde und 2008 eine Sonderkommission nach einer Schießerei in einem Eiscafé in Rüsselsheim leitete. Ab 2011 war er im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport. Als stellvertretender Inspekteur der Hessischen Polizei war er dort für die strategische Ausrichtung der Kriminalpolizei in Hessen verantwortlich. Seit 12. März 2015 ist er Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Westhessen.



”

Mit der Unterstützung der Sanierungsmaßnahmen am Deutsch-Amerikanischen Sportzentrum sowie der Förderung des Feuerwehrhauses in Dietershan stärken wir daher ganz bewusst das Ehrenamt in Fulda.

INNENMINISTER PETER BEUTH

830000

Euro Förderung für Fulda



Fulda

SPORT UND EHRENAMT IN FULDA GESTÄRKT

Innenminister Peter Beuth hat Mitte Juli die Stadt Fulda besucht und drei Förderbescheide mit einem Gesamtvolumen von mehr als 830.000 Euro an Sportdezernent und Bürgermeister Dag Wehner übergeben. Die Stadt Fulda erhielt 750.000 Euro für die Sanierungsmaßnahmen des Deutsch-Amerikanischen Sportzentrums, 70.000 Euro zur Erweiterung des Feuerwehrhauses in Dietershan sowie weitere rund 13.000 Euro zur Ersatzbeschaffung von Geräten für die Atemschutzwerkstatt in Fulda.

Die ehemalige Liegenschaft der US-Armee im Fuldaer Münsterfeld besteht aus zwei Sporthallen, die durch einen mittleren Erschließungstrakt mit Sanitärräumen verbunden sind. Die in den 1930er Jahren erbaute Wilmingtonhalle dient dem Tischtennis-Bundesligisten TTC Fulda-Maber-

zell seit vielen Jahren als Trainings- und Spielort mit Platz für bis zu 800 Zuschauer. Neben der Bundesligaspielstätte betreibt der TTC Fulda-Maberzell dort eine Sportschule und Tischtennis-Leistungszentrum, welches sich auf Kooperationen mit Schulen und den Behindertensport konzentriert. Die als Erweiterungsbau für Basketballzwecke entstandene Black-Horse-Halle wurde 1983 zusammen mit dem mittleren Funktionstrakt errichtet. Die Black-Horse-Sporthalle wird durch verschiedene Basketball-, Fußball- und Badmintonvereine für den Trainings- und Spielbetrieb und bei Spielen der 1. Tischtennis-Bundesliga als Aufwärm- und Cateringbereich genutzt. Des Weiteren nutzt das Polizeipräsidium Osthessen seine Nähe zum Deutsch-Amerikanischen Sportzentrum und führt in der Black-Horse-Halle Ausbildungseinheiten sowie Sporteignungstests durch.

Mit der Erweiterung des Feuerwehrhauses in Fulda-Dietershan sollen ein Schulungsraum, eine Teeküche sowie geschlechtsspezifisch getrennte Umkleiden und sanitäre Anlagen geschaffen werden. Darüber hinaus plant sie die Ersatzbeschaffung eines Atemluftkompressors sowie eines Maskenreinigungsautomaten für die Atemschutzwerkstatt des Atemschutzverbundes Fulda. Im Rahmen einer Interkommunalen Zusammenarbeit mit elf weiteren Kommunen des Landkreises Fulda betreibt die Stadt Fulda den Atemschutzverbund. Die Wartung und Prüfung der gemeinsamen Atemschutztechnik des Atemschutzverbundes erfolgt in der Atemschutzwerkstatt der Feuerwehr der Stadt Fulda.



Rund
600
Polizisten im
Auslandseinsatz

RONTEX-Einsätze

WICHTIGER BEITRAG FÜR FRIEDEN UND STABILITÄT

Innenminister Peter Beuth hat anlässlich des siebten Jahresempfangs der Missionsrückkehrer 2022 hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten für ihren Einsatz im Rahmen von internationalen Friedensmissionen und dem EU-Unterstützungseinsatz FRONTEX gedankt. Die Hessische Polizei beteiligt sich seit 1995 an Auslandsmissionen und Hilfsprojekten. In diesem Zeitraum kamen rund 600 Polizistinnen und Polizisten aus Hessen im Ausland zum Einsatz. Darüber hinaus arbeiteten seit 2015 rund 170 hessische Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte in FRONTEX-Unterstützungseinsätzen in Bulgarien, Griechenland, Albanien, Italien und Spanien.

Über Kurzzeitverwendungen (bis zu zwei Monate) hinaus beteiligte sich das Land Hessen erstmalig als eines der ersten Bundesländer ab Juli 2022 auch mit Langzeitpersonal (bis zu zwei Jahre) an EU-Unterstützungseinsätzen. Hierzu nehmen zwei nochmals besonders geschulte Polizeibeamte Aufgaben der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität wahr. Hessen hat bereits frühzeitig durch die Schaffung eines „Personalpools Frontex“ Vorsorge für die möglichen Unterstützungen im Rahmen der Personalbedarfe an den EU-Außengrenzen getroffen. In diesem freiwilligen Personalpool befinden sich derzeit rund 200 hessische Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte.

”

Hessische Polizeibeamte leisten seit fast einem Vierteljahrhundert im Rahmen von internationalen Friedensmissionen der UN und EU einen wertvollen und wichtigen Beitrag für Frieden, Sicherheit und Stabilität auf der Welt.

INNENMINISTER
PETER BEUTH

Katastrophenschutz

20 JAHRE AG KATASTROPHENSCHUTZ

Innenminister Peter Beuth hat Ende Juli an der Feierstunde anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Arbeitsgemeinschaft Katastrophenschutz (AG KatS) teilgenommen und den Vertretern der beteiligten Hilfsorganisationen für ihre übergreifende und vorausschauende Arbeit zum Schutz der Bevölkerung in Hessen gedankt. Den Vertretern der Landesverbände des Arbeiter-Samariter-Bundes, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V., des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfall-Hilfe und des Malteser Hilfsdienstes e.V., die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sind, überreichte der Innenminister im Rahmen des Termins Bescheide im Gesamtwert von mehr als 200.000 Euro für die Ausrüstung und Ausstattung der Helferinnen und Helfer, für Baumaßnahmen und zur Unterstützung der Verwaltungen.



Die AG Katastrophenschutz wurde im Jahr 2002 von den Vertretern der Landesverbände des Arbeiter-Samariter-Bundes, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfall-Hilfe und des Malteser Hilfsdienstes gegründet, um in enger Zusammenarbeit mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport als oberster Katastrophenschutzbehörde übergreifende strukturelle und strategische Lösungen zu entwickeln, um den Katastrophenschutz in seiner Gesamtheit zu stärken. Hessen ist

eines der wenigen Bundesländer, in denen die an einer der zentralen Ausbildungsstätten erworbene Katastrophenschutz-Ausbildung von allen Organisationen anerkannt wird.

”

Seit 20 Jahren haben wir den gemeinsamen und vertrauensvollen Austausch in der AG Katastrophenschutz institutionalisiert und so für gegenseitiges Verständnis sowie kurze Wege auch in Krisenzeiten gesorgt.

INNENMINISTER PETER BEUTH



Johann Pauly

„HOFHEIM MIT GROSSER KONTINUITÄT GEPRÄGT“

Innenminister Peter Beuth hat Ende Juli Johann Pauly aus Hofheim das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgehändigt, welches ihm von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier verliehen worden war. Er erhält die Auszeichnung für sein über 35 Jahre andauerndes ehrenamtliches Engagement in der Kommunalpolitik. Johann Pauly war als Stadtverordneter und Mitglied verschiedener Ausschüsse und Kommissionen dreieinhalb Jahrzehnte ehrenamtlich kommunalpolitisch aktiv. Von 1981 bis 2006 gehörte er der Stadtverordnetenversammlung in Hofheim an. Im Anschluss war er zehn Jahre lang von 2006 bis 2016 als ehrenamtlicher Stadtrat im Magistrat tätig. Weiterhin war er von 1992 bis 2010 als Mitglied im Kreistag des Main-Taunus-Kreises engagiert. Darüber hinaus übernahm Johann Pauly als ortsansässiger Landwirt weitere Ehrenämter. So war er von 1975 bis 2003 Ortslandwirt, von 1977 bis 2013 Vorsitzender des Ortsbauernverbandes und von 1988 bis 2004 Vorsitzender des Kreisbauernverbandes.

”

Die HESSENKASSE ist ein bundesweit einmaliges Programm, mit dem die Hessische Landesregierung den Gemeinden bei wichtigen Investitionen unter die Arme greift.

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER

HESSENKASSE

STEFAN SAUER ÜBERGIBT FÖRDERBESCHEIDE IN NAUHEIM

Stefan Sauer hat Ende Juli der Gemeinde Nauheim insgesamt vier Förderzusagen für Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von mehr als 1.900.000 Euro aus dem Investitionsprogramm HESSENKASSE übergeben, allesamt Zuwendungen für die Sanierung, Modernisierung und Ausstattung öffentlicher Liegenschaften innerhalb der Kommune.

Die HESSENKASSE ist bundesweit einmalig und Teil eines Gesamtpaketes, das es nur in Hessen gibt. Von dem Landesprogramm profitieren gerade auch kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum.



Die HESSENKASSE des Landes besteht aus einem Entschuldungs- sowie einem Investitionsprogramm. Sie ermöglicht den Kommunen die Ablösung ihrer Kassenkredite durch das Land. Nauheim ist eine von 257 Kommunen und Landkreisen, die am Investitionsprogramm teilnehmen dürfen. Kommunen, die trotz ihrer angespannten Finanzlage ohne Kassenkredite ausgekommen sind und in den vergangenen Jahren eisen gespart haben, können dank des Investitionsprogramms insgesamt rund 700 Millionen Euro für ihre Bürgerinnen und Bürger investieren.

„KARL-HEINZ REINSTÄDT IN DEN RUHESTAND VERABSCHIEDET

Im Rahmen eines feierlichen Festaktes hat Innenminister Peter Beuth Mitte Juli den Präsidenten des Hessischen Polizeipräsidiums für Technik, Karl-Heinz Reinstädt, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Der Innenminister würdigte den 66-Jährigen persönlich für seinen stets unermüdlichen und außerordentlichen Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger des Landes Hessen. 1972 trat er als „Polizeiwachtmeister“ in die Bereitschaftspolizei Hanau ein. Nach dem Studium für den höheren Polizeivollzugsdienst an der Polizei-Führungsakademie Münster-Hiltrup und Ernen-

nung zum Kriminalrat im Jahre 1990 folgten weitere sechs Jahre Frankfurt mit der Leitung der Pressestelle und der Inspektion Kapitaldelikte. Nach seiner im Jahre 2001 erfolgten Ernennung zum Polizeivizepräsidenten beim PP Mittelhessen in Gießen folgte 2003 die Beauftragung mit der Leitung des Fachbereiches Polizei der VFH in Wiesbaden und anschließend eine Verwendung als Referatsleiter Grundsatz im Landespolizeipräsidium. 2016 wurde er mit der Leitung des Hessisches Polizeipräsidiums für Technik (ehemals „Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung“) betraut.



” Mit Björn Gutzeit erhält das Polizeipräsidium Südhessen einen jungen Behördenleiter, der umfangreiches Knowhow und jede Menge polizeiliche Erfahrung verfügt.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Wechsel im PP Südhessen

BJÖRN GUTZEIT NEUER POLIZEIPRÄSIDENT VON SÜDHESSEN

Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie hat Innenminister Peter Beuth Anfang August Björn Gutzeit in sein neues Amt als Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Südhessen eingeführt. Er begann 1993 seine Laufbahn in der hessischen Polizei. Einen Teil seiner dienstlichen Laufbahn verbrachte er bei der Hessischen Hochschule der Polizei, wo er über mehrere Jahre als Rektor tätig war. Das Polizeipräsidium Südhessen ist Björn Gutzeit bestens bekannt, da er bereits von 2021 bis 2022 Polizeivizepräsident des Polizeipräsidiums war.

Das Polizeipräsidium Südhessen mit über 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem Zuständigkeitsbereich, der von der Mainspitze bis zum Neckar reicht, verzeichnet seit 2016 einen konstanten Kriminalitätsrückgang bei gleichzeitiger Steigerung der Aufklärungsquote in der polizeilichen Kriminalstatistik. Bereits das vierte Jahr infolge ist Südhessen die sicherste Region in Hessen.



Cybersicherheitsforschung

INNOVATIONEN IM BEREICH
CYBERSICHERHEIT GEFÖRDERT

„
Die stetige Optimierung und
Anpassung unserer Sicherheits-
architektur erleichtern nicht nur
zukünftig die Arbeit unserer
Behörden, sondern auch die
Verfolgung von Straftaten.

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER

1,2
Millionen Euro
für
Cybersicherheits-
forschung

Staatssekretär Stefan Sauer hat drei neu gestarteten Forschungsprojekten im Bereich Cybersicherheit Zuwendungsbescheide in Höhe von insgesamt knapp eine Millionen Euro übergeben. Die drei Projekte mit einer Förderlaufzeit von jeweils zwei Jahren setzen mit ihren Forschungsschwerpunkten direkt an den Bedarfen der hessischen Sicherheitsbehörden an.

Das Forschungsprojekt „F-LION“ unter Leitung von Prof. Dr. Ahmad-Reza Sadeghi (TU Darmstadt) erforscht ein „Federated-Learning System“. Dabei handelt es sich um eine Technik aus der Künstlichen Intelligenz (KI) bei der ein KI-Modell auf mehreren Geräten und über voneinander getrennte Datensätze trainiert wird. Jedes teilnehmende Gerät verfügt über einen eigenen lokalen Datensatz, der nicht mit anderen Teilnehmern ausgetauscht wird.

Im zweiten Forschungsprojekt „Bio4ensics“ werden unter Leitung von Prof. Dr. Christoph Busch und Dr. Christian Rathgeb (beide Hochschule Darmstadt) neue biometrische Methoden in der Cyberforensik entwickelt, um Sicherheitsbehörden bei der Identifizierung von Tätern und Opfern anhand von Gesichtern, Tattoos und Händen zu identifizieren. Einen anderen Aspekt der Cybersicherheit erforscht Dr. Ivan Habernal (TU Darmstadt) im dritten Förderprojekt „PrivaLingo“, zu aktuellen Übersetzungssystemen, die nicht immer den Datenschutzerfordernungen genügen. Daher wird im Rahmen des Forschungsprojekts die Entwicklung eines sicheren maschinellen Übersetzungssystems untersucht, das die Nutzer- und Übersetzungsdaten gleichermaßen schützt.

FORSCHUNGSFÖRDERUNG
CYBERSICHERHEIT IN HESSEN

Um die Forschungslandschaft im Bereich Cybersicherheit im Land Hessen gezielt fördern zu können, hat das Hessische Innenministerium eine Förderrichtlinie „Cybersicherheitsforschung in Hessen“ entwickelt. Ziel ist es, das Vertrauen in die Integrität und Verlässlichkeit der digitalen Welt zu bewahren und weiterzuentwickeln und die Forschungsergebnisse für Sicherheitsbehörden nutzbar zu machen. Das Land Hessen gewährt nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie „Cybersicherheitsforschung in Hessen“ Zuwendungen für Projektförderungen an Hochschulen des Landes Hessen sowie an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit Sitz im Land Hessen zur Förderung von Forschungsvorhaben im Bereich Cybersicherheit und fördert mit der Förderrichtlinie bereits neun Forschungsprojekte.





Brandschutzfahrzeuge

NEUES STAFFELLÖSCHFAHRZEUG IN ERBACH

Staatssekretär Stefan Sauer hat Ende August die Stadt Erbach besucht und dem Magistrat der Stadt einen Förderbescheid in Höhe von knapp 86.000 Euro für den Erwerb eines neuen Staffellöschfahrzeugs für die Freiwillige Feuerwehr Erbach übergeben.

In der Freiwilligen Feuerwehr Erbach engagieren sich mehr als 210 aktive Feuerwehrangehörige, die im Jahr 2021 zu 220 Einsätzen ausgerückt sind. Der Odenwaldkreis hat von der Erhöhung der Garantiesumme im Brandschutz profitiert: In den vergangenen zwei Jahren wurden insgesamt 17 Fahrzeuge und drei bauliche Maßnahmen mit einer Gesamthöhe von rund 1,9 Millionen Euro gefördert. Allein im Jahr 2021 wurden Zuwendungen für sieben Fahrzeuge und ein Feuerwehrhaus mit einem Volumen von rund 980.000 Euro bewilligt oder vorbeschrieben.

SWIM-Programm

MEHR ALS EINE MILLION FÜR NEUE SCHWIMMHALLE IN ESCHBORN

Sportminister Peter Beuth hat Anfang September die Stadt Eschborn besucht und einen Bescheid in Höhe von einer Millionen Euro für den Neubau einer Schwimmhalle im Wiesenbad an Bürgermeister Adnan Shaikh überreicht. Die Mittel stammen aus dem SWIM-Förderprogramm, mit dem die Hessische Landesregierung noch bis Ende 2023 den Bau und die Modernisierung der hessischen Frei- und Hallenbäder unterstützt.

Das Wiesenbad in Eschborn wurde im Jahr 1974 eröffnete besteht aus einem Hallen- und einem Freibad. Das Bad wurde in den Jahren 1999 und 2000 umfangreich renoviert und gehört noch heute zu den modernsten Bädern des Main-Taunus-Kreises. Die neue Schwimmhalle wird das Schwimmbad um eine neues 50 Meter langes und 8 Bahnen breites Schwimmbecken aus Edelstahl erweitern. Eine Teilfläche des Beckens wird mit einer höhenverstellbaren Bodenfläche ausgestattet, womit ist das zwei Meter tiefe Becken auch für Schwimmanfänger oder Schwimmkurse nutzbar sein wird. Der neuen Schwimmhalle wird zusätzlich ein neues Foyer angegliedert, wodurch das Bestandsbad mit dem neuen Teil des Hallenbads

barrierefrei verbunden wird und gleichzeitig ein Eingang für das Freibad entsteht. Neben einer umfassenden Wärmedämmung, einer rekuperativen Wärmerückgewinnung der Luftentfeuchtung und eingesetzter LED-Beleuchtung wird auch eine Solaranlage auf dem Dach dazu beitragen, dass der Neubau zukünftig energie- und kostensparend betrieben werden kann.

”

Dank SWIM können hessenweit eine Vielzahl von Schwimmbädern modernisiert oder sogar neu errichtet werden.

INNENMINISTER PETER BEUTH



Verfassungsschutzbericht 2021

EXTREMISTEN WOLLEN GESELLSCHAFT SPALTEN

RECHTSEXTREMISMUS

ENTWICKLUNG 2017 BIS 2021

Rechtsextremisten	2017	2018	2019	2020	2021
Personenpotential	1.465	1.475	1.620	1.660	1.710
Straftaten	540	539	886	1.216	946
davon Gewalttaten	16	25	31	42	42

LINKSEXTREMISMUS

ENTWICKLUNG 2017 BIS 2021

Linksextremisten	2017	2018	2019	2020	2021
Personenpotential	2.570	2.570	2.600	2.600	2.770
Straftaten	61	48	65	110	131
davon Gewalttaten	5	13	5	34	42

ISLAMISMUS

ENTWICKLUNG 2017 BIS 2021

Islamisten	2017	2018	2019	2020	2021
Personenpotential (davon Salafisten)	4.170 (1.650)	4.170 (1.650)	4.170 (1.650)	4.170 (1.650)	4.000 (1.450)
Straftaten	99	27	36	35	22
davon Gewalttaten	1	1	1	2	2

Das extremistische Personenpotenzial in Hessen ist im Jahr 2021 zum vierten Mal in Folge gestiegen. Der hessische Verfassungsschutzbericht 2021 weist für Hessen ein Potenzial von 13.680 Extremisten aus, das entspricht einem Zuwachs von 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zuwächse beim Personenpotenzial gab es im Berichtsjahr etwa im Bereich Rechtsextremismus (+50) und Linksextremismus (+170). Das islamistische Personenpotenzial sank hingegen (-170). Die Zahl extremistischer Gewaltdelikte stieg im Jahr 2021 auf 91 und erreichte damit den höchsten Stand der vergangenen fünf Berichtsjahre. Dabei hielten sich die Bereiche Rechts- und Linksextremismus mit jeweils 42 Delikten die Waage. Die Zahl extremistischer Straf- und Gewalttaten in Hessen, die im Berichtsjahr bei insgesamt 1.172 lag, war im Rechtsextremismus mit 946 Delikten mit großem Abstand am höchsten.

Anlässlich der Vorstellung des hessischen Verfassungsschutzberichtes 2021 haben Innenminister Peter Beuth und Robert Schäfer, Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Hessen, vor dem Rechtsextremismus als größter Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung in Hessen sowie der gesamten Bundesrepublik Deutschland gewarnt. Die Hessische Landesregierung hat der Bekämpfung des Rechtsextremismus eine besondere Priorität eingeräumt, ein Beispiel hierfür ist unter anderem die Einrichtung der „Besonderen Aufbauorganisation Hessen-Rechts“ (BAO Hessen R) des Hessischen Landeskriminalamts.

Auch das Berichtsjahr 2021 stand wieder im Zeichen der COVID-19-Pandemie und der Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung. Im Zusammenhang mit den Kundgebungen und „Spaziergängen“ wurden sehr unterschiedliche Gruppierungen und mitunter auch gewaltorientierte Rechtsextremisten und Reichsbürger festgestellt. Außerdem traten Personen mit verfassungsfeindlichen Aktivitäten in Erscheinung, bei denen keine Zuordnung zu einem der bekannten Extremismusbereiche möglich war; Personen, die die Legitimität des Staates, seiner Institutionen und Repräsentanten infrage stellten, antidemokratisches Gedankengut und antisemitische Verschwörungsnarrative verbreiteten und mitunter zu Gewalt aufriefen. Zur Bearbeitung dieser zuvor nicht kategorisierbaren, aber bedeutsamen Form der Demokratie- und Staatsfeindlichkeit wurde innerhalb des Verfassungsschutzverbundes der neue Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ geschaffen.

Im Linksextremismus war im Jahr 2021 eine Tendenz von Szenemitgliedern zur Konfrontation mit Personen feststellbar, die als politische Gegner betrachtet werden. Dies zeigte sich insbesondere bei Kundgebungen, aber zum Beispiel auch in Form von „Outing“-Aktionen, bei denen auch im Berichtsjahr Namen, Bilder und Adressen von vermeintlichen oder tatsächlichen Rechtsextremisten veröffentlicht und die betroffenen Personen als „Ziele“, auch für gewaltsame Aktionen, „markiert“ wurden.

Die Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus ist trotz sinkender Zahlen im salafistischen Spektrum ungebrochen hoch. Bei der Verhinderung von islamistischem Terrorismus spielt auch das im Jahr 2019 eingerichtete Hessische Terrorismus- und Extremismusabwehrzentrum (HETAZ) eine wichtige Rolle. Das HETAZ ist eine standardisierte Kommunikations- und Kooperationsplattform unter ständiger Beteiligung des Hessischen Landeskriminalamts (HLKA), der Staatsanwaltschaft Frankfurt - Abteilung Staatsschutz, der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt sowie des LfV Hessen. Die Relevanz des Themas „Spionageabwehr“ ist vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine deutlich gestiegen. Hessen mit dem Rhein-Main-Gebiet und der Finanzmetropole Frankfurt bietet zahlreiche Angriffsziele für Cyberspionage und -sabotage. Der Wirtschaftsschutz des LfV Hessen beobachtet und analysiert kontinuierlich und präventiv die Aktivitäten fremder Staaten, berät Unternehmen und hilft ihnen dabei, sich gegen Cyberangriffe zu wappnen.

”

Ein Hauptaugenmerk der Sicherheitsbehörden muss weiterhin auf der Bekämpfung des Rechtsextremismus liegen. Die Sicherheit Deutschlands und auch Hessens hat sich aber auch durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine verändert. Extremisten und zunehmend auch staatliche Akteure aus dem Ausland versuchen mit allen Mitteln, unsere Gesellschaft zu spalten und zu destabilisieren. Unser demokratischer Rechtsstaat muss wehrhaft bleiben, indem er Gefahren rechtzeitig erkennt und aktiv Gegenmaßnahmen ergreift.

INNENMINISTER PETER BEUTH





Die Sportjugend Hessen im Landessportbund Hessen e.V. ist der größte Jugendverband im Land. Sie vertritt die Interessen von jungen Menschen im Sport, in der Gesellschaft und gegenüber der Politik. Sie qualifiziert für die Jugendarbeit im Sport durch Aus- und Fortbildungen, unterstützt die Sportvereine und fördert die außerschulische Jugendbildung und Internationale Jugendarbeit. Sie setzt sich mit vielfältigen Programmen aktiv für die Integration im und durch den Sport ein. Darüber hinaus bietet sie für junge Menschen zahlreiche Sport- und Jugendreisen zu attraktiven Zielen im In- und Ausland.

”

Die Sportjugend Hessen hat seit jeher gesellschaftlich relevante Fragestellungen auch seitens des Sports immer wieder angestoßen und vorangebracht.

SPORTMINISTER PETER BEUTH

Sportjugend Hessen

FRISCHE IMPULSE FÜR DEN SPORT

Anfang September hat Sportminister Peter Beuth den neugewählten Vorstand der Sportjugend Hessen im HMdIS empfangen. Im Rahmen des Besuchs übergab der Minister zwei Förderbescheide in Höhe von insgesamt rund 500.000 Euro an Malin Hoster, neue Vorsitzende der Sportjugend Hessen, mit denen das Land die Arbeit der Sportjugend im Jugendsport sowie das Projekt „Kindeswohl im Sport“ fördert.

Mit einer Fördersumme von 340.000 Euro unterstützt das Hessische Ministerium des Innern und für Sport die Arbeit der Sportjugend im Jugendsport. Dabei sind vor allem die Programme „Mehr Bewegung in den Kindergarten“ und „Inklusion im Sport“ zu erwähnen. Weitere 157.000 Euro sind für das bis 2023 geplante Projekt „Kindeswohl im Sport“ bedacht. Mit dem Konzept soll konkret allen Erscheinungen von Gewalt gegen Kinder im Sport, dazu zählt auch sexuelle Gewalt, entgegengewirkt werden. Durch hauptamtliche psychologische Expertise werden mit dem Projekt Bildungs- und Schulungsveranstaltungen angeboten, Schutzkonzepte in Verbänden umgesetzt als auch Anlauf-, Aufarbeitungs- und Interventionshilfen für Betroffene angeboten.

Eröffnung Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit

HEIMAT FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND ZUKUNFT

Nach der formalen Gründung der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) zum 1. Januar 2022 hat Innenminister Peter Beuth Mitte September gemeinsam mit Wissenschaftsstaatssekretärin Ayse Asar im Rahmen einer Feierstunde die neue Hochschule offiziell eröffnet. Seit Anfang 2022 vereint die neu ins Leben gerufene HöMS unter einem Dach drei hessische Institutionen aus dem Bereich Aus- und Fortbildung: die Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV), die Polizeiakademie Hessen (HPA) und die Zentrale Fortbildung Hessen (ZFH).

Damit wird die HöMS neue und zentrale Heimat für die Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die Nachwuchsgewinnung und polizeipsychologische Dienstleistun-

gen für das Land Hessen und zieht als moderne und innovative Hochschule etablierte Expertinnen und Experten genauso wie zukünftige Leistungsträgerinnen und -träger an. Auf dem Programm steht unter anderem die Vermittlung von Theorie und Praxis für den öffentlichen Dienst. Sie wird über die bisherigen vier Standorte in Gießen, Kassel, Mühlheim und Wiesbaden verfügen. Die HöMS ist eine Hochschule nach dem Hessischen Hochschulgesetz (HHG) und nimmt zudem polizeibehördliche Aufgaben nach dem Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) wahr. An der HöMS studierten zur offiziellen Eröffnung rund 3.900 junge Menschen, davon 1.100 im Fachbereich Verwaltung und 2.800 im Fachbereich der Polizei.

”

Mit der Gründung der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit hat die Landesregierung den Grundstein für eine leistungsstarke, zukunftsfähige und zielgruppenorientierte Hochschule gelegt. Im Wettstreit um die klügsten Köpfe für den Landesdienst begegnet das Land mit der Schaffung einer modernen und zentralen Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätte, die dem gesamten öffentlichen Dienst stärken wird.

INNENMINISTER PETER BEUTH



NEUE FORSCHUNGSSTELLE FÜR „EXTREMISMUS-RESILIENZ“

Als erstes Zeichen für die Professionalisierung der Aus- und Fortbildung an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) wurde seitens der Landesregierung bereits beschlossen eine Forschungsstelle „Extremismusresilienz“ einzurichten. Ihr Auftrag wird die Erforschung von extremistischen Einstellungen innerhalb von Polizei und öffentlicher Verwaltung und damit verbunden insbesondere die Entwicklung präventiver Ansätze und Maßnahmen zur politischen

Bildung sein. Die Forschungsergebnisse sollen perspektivisch in die Curricula und in die Lehre der an der HöMS angebotenen Bachelorstudiengänge (Schutzpolizei; Kriminalpolizei/Cyber-Crime; „Public Administration“; „Digitale Verwaltung“) und Masterstudiengänge (Public Management; Polizeimanagement) einfließen. Zudem sollen Konzepte zur Stärkung demokratischer Einstellungen bei Beschäftigten in Polizei und öffentlicher Verwaltung entwickelt werden.



DR. WALTER SEUBERT NEUER PRÄSIDENT DER HÖMS

Seit Anfang Juli 2022 wird die HöMS von Dr. Walter Seubert geleitet. Die Hessische Landesregierung folgte dem Vorschlag von Senat und Kuratorium der HöMS, die zuvor beide mehrheitlich den kommissarischen Leiter der neuen hessischen Hochschule auf Platz 1 der Vorschlagsliste gewählt hatten. Ende 2020 wurde Dr. Walter Seubert von Innenminister Peter Beuth zum Fachbereichsleiter Polizei und kommissarischen Rektor der HfPV bestellt. Zu seiner Aufgabe gehörte es in den vergangenen eineinhalb Jahren, die Aufgaben der HfPV, der HPA und der ZFH unter einem Dach zur HöMS zu bündeln und damit die Aus-, Fort- und Weiterbildungs Kompetenzen für den Nachwuchs der öffentlichen Verwaltung unter einem Dach zu stärken. Dr. Walter Seubert war bereits von 2010 bis 2012 Kanzler der HfPV.

Der gelernte Jurist Dr. Walter Seubert begann seine Laufbahn vor 20 Jahren im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport. Von 2010 bis 2012 war der promovierte Jurist Kanzler der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung, ehe er erneut im Landespolizeipräsidium das Referat für Personalangelegenheiten der hessischen Polizei übernahm (2012-2015). Als Vizepräsident des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main war Dr. Walter Seubert im Anschluss bis Ende 2020 tätig. Seit 1. Januar 2022 war er als kommissarischer Präsident der HöMS im Dienste des Landes Hessen.



Point Alpha Gedenkstätte

STEFAN SAUER ZUM TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT IN RASDORF

Staatssekretär Stefan Sauer hat den Festakt zum Tag der Deutschen Einheit der Point Alpha Stiftung an der Gedenkstätte „Point Alpha“ in Rasdorf besucht und in seinem Grußwort vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges in der Ukraine die Bedeutung des nationalen Gedenktags hervorgehoben.

Die länderübergreifende Point Alpha Stiftung, die an diesem Sonntag zum Festakt anlässlich des Tag der Deutschen Einheit geladen hatte, bewahrt die Gedenkstätte Point Alpha als Erinnerungsort der deutschen Teilung. Neben der Pflege und Bewahrung der Gedenkstätte sieht die Stiftung die Entwicklung einer kontinuierlichen Bildungs- und Forschungsarbeit als einen ihrer Arbeitsschwerpunkte. „Point-Alpha“ in Rasdorf ist für die Hessische Landesregierung mit seiner Mahn- und Gedenkstätte ein unvergleichliches Zeitzeugnis des Kalten Krieges.



„*Der Frieden in Europa ist keine Selbstverständlichkeit mehr.*

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER

”

Sie haben gezeigt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, in ganz Deutschland und sogar über die Bundesgrenzen hinaus auf sie verlassen können. Hessen kann stolz auf seine weit überwiegend ehrenamtlichen Einsatzkräfte sein

INNENMINISTER PETER BEUTH

Ehrenamt

TAG DES EHRENAMTS

Im Rahmen des „Tags des Ehrenamts“ für verdiente Einsatzkräfte des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzes in Schlangenbad hat Innenminister Peter Beuth am 24. September 2022 die Hälfte der rund 2.000 hessischen Einsatzkräfte, die 2021 auf Einsatzbefehl des Landes Hessen in Griechenland sowie in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Einsatz waren, mit der Einsatzmedaille „Ausland“ bzw. mit der neuen Einsatzmedaille „Inland“ geehrt. Zudem verlieh der Minister die Katastrophenschutzpreise 2020 und 2021 sowie den Integrationspreis Brandschutz 2020/21. An der Veranstaltung im Taunus-Wunderland nahmen rund 3.500 Gäste teil, unter Ihnen die griechische Generalkonsulin Ioanna Kriebardi, der ukrainische Konsul Sergiy Dragan sowie ein Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Einsatzmedaillen werden zur Anerkennung und Würdigung von Verdiensten bei Einsätzen des Katastrophenschutzes des Landes Hessen im Rahmen der länderübergreifenden Hilfe im In- oder im Ausland an vom Land Hessen entsandte Helferinnen und Helfer verliehen. Die Einsatzmedaille „Ausland“ besteht bereits seit dem Jahr 2014 und wurde bislang an jene Einsatzkräfte verliehen, die 2014 in Slowenien zur Wiederherstellung des Stromnetzes, das durch einen starken Winter einbruch in Teilen des Landes zusammengebrochen war, im Auslandseinsatz waren. Die Einsatzmedaille „Inland“ ist im Jahr 2021 nach der länderübergreifenden Hilfe im Rahmen der Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen eingeführt worden und wurde nun erstmals verliehen.





EHRENAMT ALS TRAGENDE SÄULE DES KATASTROPHENSCHUTZES

Die Sicherung des Katastrophenschutzes in Hessen wird überwiegend von ehrenamtlich tätigen Personen wahrgenommen. Derzeit sind dabei rund 23.000 Ehrenamtliche in mehr als 680 Einheiten engagiert. Weitere 3.300 Mitglieder des Technischen Hilfswerks (THW) stehen bei entsprechenden Lagen zur Verfügung. Im Katastrophenschutz sind neben den Feuerwehren und dem THW die Hilfsorganisationen – Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst, Arbeiter-Samariter-Bund und die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft – tätig. Sie stellen die Einheiten und Einrichtungen, die nach einer Katastrophe wie beispielsweise einem Hochwasser, einem schweren Zuganglück, einem flächendeckenden Stromausfall oder einem atomaren, biologischen oder chemischen Gefahrstoffaustritt die Aufgaben des Brandschutzes, der Gefahrstoff-Abwehr, des Sanitäts- und Betreuungswesens, der Wasserrettung, der Bergung und Instandsetzung sowie der Information und Kommunikation übernehmen.



Nach pandemiebedingtem Ausfall der Ehrungsveranstaltungen in 2020 und 2021 hat Innenminister Peter Beuth auch die Katastrophenschutzpreise 2020 und 2021 im Taunus-Wunderland übergeben. Für das Jahr 2020 überreichte der Minister die Siegestrophäe inklusive des Preisgeldes in Höhe von 5.000 Euro an die Freiwillige Feuerwehr Nidderau-Heldenbergen. Der speziell ausgelobte, mit je 1.000 Euro dotierte Corona-Sonderpreis ging an den Ortsverein Frankfurt-Höchst des Deutschen Roten Kreuzes, an die Gliederung Stadt und Kreis Offenbach des Malteser Hilfsdienstes sowie an den Kreisverband Schwalm-Eder des Deutschen Roten Kreuzes. Den Katastrophenschutzpreis 2021 gewann die Freiwillige Feuerwehr Romrod (5.000 Euro). Auf den Plätzen zwei und drei landeten der Johanniter-Regionalverband Rhein-Main (3.000 Euro) sowie der Gefahrstoff-Dekontaminationszug des Rheingau-Taunus-Kreises (2.000 Euro).

Neben den Ehrungen verlieh der Minister im Taunus-Wunderland auch den Integrationspreis Brandschutz 2020/21 sowie die Katastrophenschutzpreise 2020 und 2021. Als Preisträger des Integrationspreises wurden die Freiwilligen Feuerwehren Rüsselsheim-Stadt, Wetzlar-Hermannstein sowie Witzenhausen gekürt. Die Brandschützer erhielten die Auszeichnung für ihr herausragendes Engagement bei der Information von Menschen mit Migrationshintergrund über das Feuerwehrwesen in Hessen und deren Integration in die Feuerwehren selbst. Der Integrationspreis ist mit jeweils 3.000 Euro dotiert.



”

In mehr als vier Jahrzehnten hat Dr. h.c. Ralf Ackermann der Feuerwehr- und Verbandsarbeit immer wieder wertvolle Impulse gegeben, damit sich das Feuerwesen in Hessen modernisiert und zukunftsorientiert entwickelt. Weitsichtig und zielorientiert hat er neue Ideen eingebracht und es verstanden, die Feuerwehrfrauen und -männer für seine Ziele zu begeistern.

INNENMINISTER PETER BEUTH



Landesfeuerwehrverband

RALF ACKERMANN MIT VERDIENSTORDEN GEEHRT

Innenminister Peter Beuth hat Anfang Oktober den ehemaligen Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes Hessen, Dr. h.c. Ralf Ackermann, für sein hervorragendes Engagement um das Feuerwesen in Hessen und der gesamten Bundesrepublik mit dem Hessischen Verdienstorden ausgezeichnet. Dr. Ralf Ackermann war im September 2022 nach 28 Jahren an der Spitze des Verbandes altersbedingt ausgeschieden. Zuvor war er seit Anfang der 1980er Jahre bereits im Vorstand des Kreisfeuerwehrverbandes

Offenbach sowie als ehrenamtlicher Kreisbrandmeister seines Heimatlandkreises tätig.

Von 1994 bis 2022 fungierte Dr. h.c. Ralf Ackermann als Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Hessen und hat sich in dieser Zeit in enger Zusammenarbeit mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport das Feuerwesen in Hessen neben der Ausstattung und Infrastruktur der Feuerwehren vor allem auch für die Aus- und Fortbildung der Einsatz-

kräfte sowie der Anerkennung und Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements der mehr als 70.000 Feuerwehrkameradinnen und -kameraden in Hessen eingesetzt. Daneben war er von 1996 bis 2016 Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes und von 2004 bis 2011 Vizepräsident des Weltfeuerwehrverbandes CTIF, dem er von 2011 bis 2012 als Interimspräsident vorstand.

Wolfgang Heller aus Idstein ausgezeichnet

Wolfgang Heller aus Idstein (Rheingau-Taunus-Kreis) hat von Innenminister Peter Beuth das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgehändigt bekommen. Von 1997 bis 2021 war Wolfgang Heller Stadtverordneter der Stadt Idstein sowie von 2001 bis 2021 Ortsvorsteher des Ortsbeirates Idstein-Kern. In seiner Funktion als Stadtverordneter war er zudem von 2001 bis 2021 Mitglied in der Betriebskommission und Mitglied im Abwasserverband Idstein. Im Jahr 1977 übernahm er die Funktion des Fachbereichsleiters Sport des TV 1844 Idstein, bevor er 1978 zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde. Dieses Amt übte er 35 Jahre lang mit großem Engagement aus und wurde nach seinem Ausscheiden als 1. Vorsitzender im Jahr 2013 zum Ehrenvorsitzenden des TV 1844 Idstein ernannt.

**Kurt Kettenbach aus Aarbergen ausgezeichnet**

Kurt Kettenbach aus Aarbergen wurde von Innenminister Peter Beuth das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgehändigt. Er engagiert sich seit über 25 Jahren ehrenamtlich in der Kommunalpolitik in der Gemeinde Aarbergen. Der Verwaltungsinspektor a.D. war von 1995 bis 2001 als Beigeordneter und von 2001 bis 2006 als 1. Beigeordneter der Aarbergen ehrenamtlich aktiv. Er war von 1980 bis 1998 und wieder ab 2013 Vorsitzender des SC Rot-Weiß-Kettenbach. Weiterhin begleitet der 72-jährige das Amt des Schiedsmannes der Gemeinde Aarbergen, zunächst von 2010 bis 2015 als Stellvertreter und seit dem Jahr 2015 als Schiedsmann der Gemeinde Aarbergen. Im Jahre 1998 wurde Kurt Kettenbach der Ehrenbrief des Landes Hessen verliehen.

**Frank Sürmann aus Mörlenbach ausgezeichnet**

Innenminister Peter Beuth hat Frank Sürmann aus Mörlenbach für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement im Kreis Bergstraße mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Er war 20 Jahre lang von 2001 bis 2021 Mitglied im Kreistag des Kreises Bergstraße. Im Aufsichtsrat des Kreiskrankenhauses des Kreises Bergstraße war Frank Sürmann zudem von 2005 bis 2011 tätig und stand als Mitglied dem Förderverein des Kreiskrankenhauses Bergstraße mehrere Jahre auch für juristische Angelegenheiten zur Verfügung. Daneben ist er seit 2007 Mitglied im Verein Partnerschaft Ostpreußen-Bergstraße e. V. und seit 2010 dessen 2. Vorsitzender. Hier war er mit verschiedenen Reisegruppen in der russischen Enklave Kaliningrad/ Königsberg und beteiligte sich maßgeblich beim sozialen Aufbau und bei Unterstützungsprojekten. Von 2004 bis 2010 war er zudem stellvertretender Vorsitzender des DRK Kreisverbandes Bergstraße und von 2010 bis 2012 übernahm er den stellvertretenden Vorsitz kommissarisch. Im Jahr 2017 wurde Frank Sürmann der Ehrenbrief des Landes Hessen verliehen.



Kurt Kettenbach, Frank Sürmann und Wolfgang Heller

**EHRENAMTLICHES
ENGAGEMENT IST
BEREICHERUNG FÜR HESSEN**



Fechtsport

PETER BEUTH BESUCHT STEFAN-HAUKLER-GEDÄCHTNISTURNIER

Sportminister Peter Beuth hat Anfang Oktober das Stefan-Haukler-Gedächtnisturnier des Fichtclubs 1863 e.V. Offenbach besucht. Zur Unterstützung des Turniers überreichte er dem Fichtclub Offenbach 500 Euro. Der Verein hat seit 1982 eine eigene Halle auf einem städtischen Grundstück, für den Verein besteht diesbezüglich ein Erbbaurecht. Im ersten Stock befindet sich die 576 qm

große Fichthalle, die Platz für 15 Fichtbahnen bietet. Der Fichtclub Offenbach ist Landesstützpunkt für den Leistungssport (Zentrum für Nachwuchsleistungssport). Die Halle steht deshalb auch Kaderfichtchterinnen und -fichtchern anderer Vereine zur Verfügung. Auch hat der Verein selbst Fichtchterinnen und Fichtcher im Landeskader sowie im Bundeskader.

”

Die Entscheidung für die deutsche Staatsbürgerschaft ist in erster Linie ein Bekenntnis zu den Werten unserer Demokratie und unseres Landes. Sie stellt dabei keine Abkehr von der ursprünglichen Herkunft oder persönlichen Vergangenheit dar, sondern ist vielmehr auch Ausdruck des Wunsches, in Zukunft noch mehr gesellschaftliche Verantwortung in Deutschland übernehmen zu wollen.

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER

Integration

SECHSTE ZENTRALE EINBÜRGERUNGSFEIER

Unter dem Motto „Hessen und ich DAS PASST“ hat die Hessische Landesregierung Anfang Oktober im Biebricher Schloss in Wiesbaden die sechste zentrale Einbürgerungsfeier der Hessischen Landesregierung abgehalten. Neun Neubürgerinnen und Neubürger leisteten während der Feier das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und erhielten ihre Einbürgerungsurkunde aus den Händen des Hessischen Sozial- und Integrationsministers Kai Klose und des Staatssekretärs Stefan Sauer.





Inklusion im Sport

DEUTSCHE BLINDENSTUDIENANSTALT IN MARBURG

Anfang Oktober hat Sportminister Peter Beuth die Deutschen Blindenstudienanstalt (blista) in Marburg besucht und sich vor Ort über die Arbeit und Vielfalt des inklusiven Bildungscampus informiert. Zudem überreichte er dem Verein eine SWIM-Förderung in Höhe von 135.000 Euro zur Sanierung der örtlichen Schwimmhalle.

Das blista-Schwimmbauwerk soll saniert werden, um die vielfältigen Schwimmangebote des Vereins weiter aufrecht erhalten zu können. Diese Angebote sind für blinde, sehbehinderte und sehende Schülerinnen und Schüler von großer Bedeutung um Schwimmfähigkeiten und Verhalten im Wasser zu erlernen. Im Rahmen der Sanierung sollen neue Fenster und Türen eingebaut und das Gebäude mit einer Außendämmung sowie einem neuen wärmedämmten Dach ausgestattet werden. Vor der Wärmedämmung werden zunächst schadhafte Betonpfeiler saniert. Die Maßnahmen dienen allesamt der Verringerung des Energieverbrauchs und der langfristigen Nutzung des Gebäudes. Freie Belegungszeiten der Schwimmhalle werden darüber hinaus von örtlichen Vereinen genutzt.

”

Den Sport von Menschen mit Behinderung weiter zu fördern ist eine Herzensangelegenheit der Hessischen Landesregierung. Wir wollen, dass allen Menschen selbstbestimmt und gleichberechtigt am Sport teilhaben.

SPORTMINISTER PETER BEUTH



Jugendfeuerwehr

ZUKUNFTS-SCHMIEDE DER NACHWUCHS-FEUERWEHREN

Innenminister Peter Beuth hat Anfang Oktober das neue Jugendfeuerwehrausbildungszentrum (JFAZ) in Marburg-Cappel offiziell eingeweiht. Mit dem Neubau des JFAZ verfügt das Land über eine moderne Aus- und Fortbildungsstätte für die Arbeit der hessischen Jugendfeuerwehren. Zugleich dient das JFAZ als neue Heimstätte der Geschäftsstelle der Hessischen Jugendfeuerwehr.

In den Kinder- und Jugendfeuerwehren sind rund 6.000 ehrenamtliche Kinder- und Jugendbetreuer engagiert, die freiwillig und unentgeltlich rund 37.000 Kinder und Jugendliche in 2.000 Nachwuchsabteilungen der Jugendfeuerwehren betreuen. Dass die Nachwuchsarbeit in den Feuerwehren in Hessen auf einem guten Weg ist und sich das Engagement lohnt, belegen aktuelle Zahlen: Bis 2019 stiegen die Mitgliederzahlen im Bereich der Kinder- und Jugendfeuerwehren in Hessen an. Nachdem die Mitgliederzahlen im ersten Pandemiejahr 2020 zurückgegangen waren, verzeichnete der Feuer-

wehr-Nachwuchs bereits im vergangenen 2021 wieder ein leichtes Mitgliederplus von rund drei Prozent.

Im Rahmen des ersten Bauabschnittes wurden vier der bereits bestehenden Häuser auf dem Gelände einer 2015 errichteten Flüchtlingsunterkunft zu Unterkunftsgebäuden, Lehrsälen, einem Speiseraum inkl. einer Speiseausgabestelle sowie zur Geschäftsstelle der HJF und zur Nutzung einer Hausmeisterwohnung umgebaut. Hierdurch konnten insgesamt 43 Unterkunftsplätze und zwei Referenzzimmer geschaffen werden. In einem weiteren Bauabschnitt ist die Errichtung eines Neubaus zur Aufnahme des erweiterten Bedarfs an Lehrsälen, eines Speiseraumes und einer reduzierten Vollküche sowie der Außenanlage geplant. Ebenfalls soll der Restumbau des letzten Bestandsgebäudes durchgeführt werden. Nach Fertigstellung dann insgesamt 72 Unterkunftsplätze zur Verfügung stehen.

JUGENDFEUERWEHR-IMAGEKAMPAGNE

Innenminister Peter Beuth hat Mitte Oktober in Bad Hersfeld den offiziellen Startschuss für die „Landesoffensive Nachwuchsgewinnung“ im hessischen Brand- und Katastrophenschutz gegeben. Unter dieser Dachmarke bündelt das Land sein Beratungsprogramm, mit dem bereits bestehende Maßnahmen und Projekte der Ehrenamtsförderung für den Brand- und Katastrophenschutz noch flächendeckender und zielgerichteter in den Kommunen bekannt gemacht werden soll. Neben Investitionen für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen sowie den Neu- und Ausbau von Feuerwehrhäusern im Land stärkt Hessen die Jugendfeuerwehren durch das Landesprogramm „Mehr Feuerwehr in Schulen“, die Jugendfeuerwehimagekampagne zur Nachwuchsgewinnung (1+1=2) und stellt für die Unterstützung der wertvollen Arbeit der Brandschutzerzieherinnen und -erzieher kostenlose Schulungsmaterialien (Comics, Malbücher, Hampelmänner zum Basteln, Hausaufgabenhefte, Kinderfinder für die Zielgruppe der Jugendfeuerwehr/ Kinderfeuerwehr und mehr) zur Verfügung.

”

Unsere Jugendfeuerwehren sind die Nachwuchsschmieden des Brandschutzes in Hessen. In ihnen wird der Grundstein für die Feuerwehren von morgen gelegt.

INNENMINISTER PETER BEUTH



”

Viernheim hat sich durch viel Engagement das KOMPASS-Sicherheitsiegel redlich verdient und gemeinsam mit der Polizei für die Bürgerinnen und Bürgern eine ganze Palette an Maßnahmen umgesetzt, die allesamt zu einer Verbesserung der Sicherheitslage und des Sicherheitsgefühls vor Ort beitragen werden.

STAATSSSEKRETÄR
STEFAN SAUER



KOMPASS-Initiative

VIERNHEIM ERHÄLT KOMPASSSICHERHEITSSIEGEL

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde hat Innenstaatssekretär Stefan Sauer der Stadt Viernheim (Kreis Bergstraße) als dreizehnte hessische Kommune das KOMPASS-Sicherheitsiegel verliehen. Die Kommune nimmt seit Januar 2019 offiziell an der Sicherheitsinitiative teil und hat in den vergangenen vier Jahren gemeinsam mit der Polizei und den Bürgerinnen und Bürgern zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, die zu einer verbesserten Sicherheitslage und einem positiveren Sicherheitsgefühl beitragen. Dafür wurde Viernheim heute von Staatssekretär Stefan Sauer gemeinsam mit Björn Gutzeit, Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Südhessen, mit dem Sicherheitsiegel ausgezeichnet.

Bereiche wie hinter dem städtischen Hallenbad, wurden von den Bürgerinnen und Bürgern besonders häufig als „Problembe- reich“ identifiziert und erhielten eine Aufwertung. So wurden Bäume und Büsche zurückgeschnitten und eine Sichtschutzwand erreicht, um „dunkle“ Ecken unzugänglich zu machen. Zusätzlich wurde ein besonderes Augenmerk auf die Errichtung von abschließbaren Fahrradboxen am OEG-Bahnhof in Viernheim gelegt, sodass der Diebstahl von Fahrrädern weiter erschwert wurde.

Die Landespolizei berät die Viernheimerinnen und Viernheimer zudem über verschiedene Präventionsangebote und veranstaltet Präventionswochen zu Themen wie Präventionsprojekte „Gewalt - Sehen - Helfen“, Schulwegsicherung, Elterntaxi, „Prävention im Team (PiT)“, „Gemeinsam gegen den Enkeltrick“ und bietet etwa unterschiedliche Vorträge an, die von der Polizeidirektion Bergstraße durchgeführt werden.



GROSS-ZIMMERN NIMMT AN KOMPASS TEIL

Groß-Zimmern im Landkreis Darmstadt-Dieburg nimmt als 132. Kommune in Hessen am Landesprogramm KOMPASS (KOMMunal-PrOgrAmmSicherheitsSiegel) teil. Polizeipräsident Björn Gutzeit nahm die Kommune offiziell in die Sicherheitsinitiative des Landes auf und begrüßte den Einsatz für mehr Sicherheit. Ein Schutzmann vor Ort steht den Anwohnerinnen und Anwohnern bereits seit Juli 2022 mit Rat und Tat zur Verfügung. Mit dem Beitritt zum Programm KOMPASS wird das Engagement der Gemeinde Groß-Zimmern verstärkt, um die Sicherheit und Ordnung für das Zusammenleben in der Kommune zu verbessern. Der Schutzmann vor Ort ist hierbei ein wichtiger Baustein.

Cybersicherheitsgipfel Hessen 2022

CYBERSICHERHEIT IST GRUNDPFEILER ÖFFENTLICHER SICHERHEIT

Stefan Sauer hat am 10. Oktober 2022 den CYBERSICHERHEITSGIPFEL HESSEN 2022 im RheinMain CongressCenter in Wiesbaden eröffnet. Unter dem Titel „Cybersicherheit – Auf Angriffe vorbereitet sein“ wurden Informationen und Handlungsempfehlungen zum Thema Informations- und Cybersicherheit im kommunalen Bereich sowie das umfangreiche Beratungsangebot des Landes Hessen für Kommunen im Bereich Cybersicherheit vorgestellt. Der CYBERSICHERHEITSGIPFEL diente auch dem Austausch der Teilnehmer zu Herausforderungen im Bereich Cybersicherheit. Insgesamt 350 kommunale Verantwortliche, darunter Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie IT-Verantwortliche der Städte und Gemeinden nahmen am CYBERSICHERHEITSGIPFEL teil.

Das Engagement des Landes zur Stärkung der Cybersicherheit umfasst mehrere Bausteine und richtet sich seit vielen Jahren auch ganz bewusst an Hessens Kommunen. So bietet das Kommunale Dienstleistungszentrum Cybersicherheit (KDLZ-CS) bereits seit 2016 kostenfrei Hilfe. Basierend auf einer individuellen Ist-Analyse zur Cybersicherheit in der Kommune wird ein konkreter Maßnahmenplan zur Stärkung der Resilienz entwickelt. Es haben

bereits 328 der insgesamt 443 hessischen Kommunen und 15 hessische Landkreise am Programm KDLZ-CS teilgenommen. 60 Kommunen und 5 Landkreise haben zwischenzeitlich fortgeschrittene Maßnahmen durchgeführt. Hierzu zählen beispielsweise durchgeführte Audit- oder Awareness-Maßnahmen, Konzepte zur Einführung eines Security Information & Event Management (SIEM) oder die grundlegende Neugestaltung der Servernetzarchitektur.

Darüber hinaus wurde das Hessische Cyberabwehrbildungszentrum Land/Kommunen (HECAAZ L/K) 2022 durch das im Hessischen Innenministerium angesiedelte Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C) in Zusammenarbeit mit der ekom21 entwickelt. Die operative Durchführung und Schulung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgt durch BSI-zertifizierte IT-Experten der ekom21. Die Inhalte richten sich hierbei insbesondere an kommunale Entscheiderinnen und Entscheider. Fachexpertise in Sachen Cybersicherheit ist nicht notwendig. Anhand praktischer Übungen werden Notfallpläne und Strategien entwickelt. So sollen die Kommunen auch nach einem Cyberangriff schnell wieder arbeitsfähig sein.



”

Cybersicherheit ist ein Grundpfeiler öffentlicher Sicherheit, weshalb die Hessische Landesregierung die kommunale Familie seit Jahren mit einer Vielzahl von Angeboten, die allesamt die Cyber-Resilienz in unseren Städten und Gemeinden erhöhen, unterstützt.

STEFAN SAUER



ZEITENWENDE MUSS CYBERSICHERHEIT UMFASSEN

Das Innenministerium hat in der hessischen Landesvertretung in Berlin Mitte Oktober eine Podiumsdiskussion zur Cybersicherheit veranstaltet. In seiner Rede ging Innenminister Peter Beuth auf aktuelle Diskussionen und Herausforderungen im Kontext der Cybersicherheit ein wie aktive Maßnahmen zur Abwehr von Cyberangriffen, den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie zur Cybersicherheitsagenda des Bundesinnenministeriums.

328 Kommunen &
15 Landkreise
an Resilienzstärkung
teilgenommen



”

Die Schutzschleife ist ein deutliches und öffentliches Zeichen der Solidarität und Wertschätzung für unsere Einsatzkräfte. Sie zeigt die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit ihnen und, dass Angriffe und Drohungen gegen Einsatzkräfte abstoßende Taten sind, die nicht einfach widerspruchslos hingenommen werden. Denn Angriffe auf unsere Einsatzkräfte sind auch immer Angriffe auf die Gesellschaft und damit auf uns alle.

MINISTERPRÄSIDENT BORIS RHEIN



Schutzschleifenkampagne

SCHLEIFE TRAGEN, DANKE SAGEN

Ministerpräsident Boris Rhein und Innenminister Peter Beuth haben Mitte Oktober an einer Solidaritäts-Aktion für Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte in Wiesbaden teilgenommen und um mehr Rückendeckung für Einsatzkräfte geworben. Die Blaulicht-Familie machte erneut mit Veranstaltungen, Großflächenplakaten, Social-Media Aktionen, Flyern, Autoaufklebern und Stofftieren auf die Schutzschleifen-Kampagne des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport aufmerksam. Bereits 2015 hat das hessische Innenministerium die Aktion „Schutzschleife“ ins Leben gerufen, die seitdem um mehr Rückendeckung für Polizeibeamtinnen und -beamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte wirbt. Trägerinnen und Träger der Schutzschleife solidarisieren sich öffentlich mit den Einsatzkräften, demonstrieren symbolisch ihre Verbundenheit, ihren Dank und ihre Wertschätzung. Auch andere Bundeslän-

der wie das Saarland, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben die Schutzschleife übernommen. In den Farben Blau, Rot und Weiß gehalten, steht sie für die Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte. Bisher wurden rund 150.000 Schutzschleifen verteilt.

Um Einsatzkräfte besser zu schützen, hat das Land Hessen schon 2015 über eine Initiative im Bundesrat gesetzliche Regelungen angestoßen. Im April 2017 schließlich wurde die Initiative bundesweit im Strafgesetzbuch umgesetzt. Im Jahr 2016 wurden darüber hinaus alle hessischen Polizeipräsidien mit der Bodycam ausgestattet, um die Einsatzkräfte im Dienst noch besser vor Übergriffen zu schützen. Aktuell befinden sich rund 1000 Bodycams bei der hessischen Polizei im Einsatz.

Über diese technische Innovation konnten bereits mehrere hundert Ermittlungsverfahren rechtssicher eingeleitet werden.



”

Obwohl sie sich selbstlos für die Allgemeinheit einsetzen, erfährt unsere Blaulichtfamilie immer häufiger Anfeindungen und auch körperliche Gewalt. Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass wir alle hinter unseren Einsatzkräften stehen. Mit der Schutzschleife kann jeder ein Zeichen setzen und seine Solidarität mit unserer Blaulichtfamilie ausdrücken.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Feuerwehr des Monats November



KREATIVE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT FÜR DIE FEUERWEHR

Innenminister Peter Beuth die Freiwillige Feuerwehr Bad Hersfeld-Hohe Luft Petersberg für ihr herausragendes Engagement im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit als „Feuerwehr des Monats November 2022“ ausgezeichnet. Die Feuerwehr produziert monatlich Videos über aktuelle Einsätze, Ausbildung und Weiterentwicklung der Feuerwehr und lädt dazu Gäste auf ein „feuerrotes Sofa“ ein. Die Videos werden monatlich von mehr als 2.500 Menschen abgerufen und helfen dabei, Themen der Feuerwehr einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren.

Bereits seit dem Jahr 2007 wird monatlich eine Feuerwehr als „Feuerwehr des Monats“ ausgezeichnet. Diese Auszeichnung erhalten Feuerwehren, die vor allem mit besonderen Aktionen zur Nachwuchswerbung oder in der Öffentlichkeitsarbeit neue Wege gegangen sind. Sie werden im FLORIAN-Hessen sowie dem Feuerwehrportal (www.feuerwehr.hessen.de) mit ihrem Projekt vorgestellt. Damit fördert die Landesregierung schöne, interessante und vor allem erfolgreiche Projekte ganz bewusst, die anderen Wehren in Hessen als gutes Beispiel für die eigene Arbeit dienen können. Die Auszeichnung des Landes ist mit 1.000 Euro dotiert.

”

Fair Play Hessen leistet einen wichtigen und unentbehrlichen Beitrag zum fairen Miteinander im hessischen Fußball.

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER



Fairplay Hessen

UNENTBEHRLICHER BEITRAG ZUM FAIREN MITEINANDER

Staatssekretär Stefan Sauer hat Mitte Oktober an der Vorstellung der EURO 2024 Kampagne der Sozialstiftung des Hessischen Fußballs „Fair Play Hessen“ in Mörfelden-Walldorf teilgenommen. Die Veranstaltung war Teil der Fair Play Hessen – Tour zur Vorstellung der EURO 2024 – Kampagne. „Fair Play Hessen: EURO 2024 – wir sind dabei!“ ist das Motto der gemeinsamen Kampagne des Hessischen Fußballverbands und seiner Sozialstiftung des Hessischen Fußballs, unterstützt durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport sowie die Hessische Landeszentrale für politische Bildung zur bevorstehenden

Fußball Europameisterschaft 2024. Ziel der Kampagne ist es, zu einer friedlichen Euro 2024 im Geiste von Vielfalt und Fair Play beizutragen. Das nachhaltig gewachsene Netzwerk konnte bereits bei der Herren-WM 2006 und der Frauen-WM 2011 starke Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und Gewalt setzen. Die über 560 hessenweiten Netzwerkpartner setzen vor Ort eine Fülle von Maßnahmen um. Diese sollen bei der Euro 2024 in Frankfurt unter Einbindung von hunderten von Kindern und Jugendlichen in einem „Fair Play Village“ präsentiert werden.

Die Sozialstiftung des Hessischen Fußballs (SHF) hat sich die Durchführung und Förderung von sozialen Aktivitäten im Fußball, insbesondere Maßnahmen zur Gewaltprävention, Integration und Fair Play zum Ziel gesetzt. Unter dem Dach von Fair Play Hessen werden alle sozialen Aktivitäten der Sozialstiftung und des Hessischen Fußballverbandes zusammengefasst. Darüber hinaus werden auch alle Aktivitäten von Partnern in Hessen (Vereine, Kommunen, Ausschüsse etc.), die sich rund um das Thema Fair Play engagieren, gebündelt und eine Plattform zur Kommunikation geboten.

”

Das neue Polizeizentrum wird ein bürgernahes Aushängeschild für die Sicherheit der Stadt sowie der umliegenden Kommunen sein.

INNENMINISTER PETER BEUTH



Neues Polizeizentrum in Taunusstein

SICHERHEIT ERHÄLT IN TAUNUSSTEIN EINE NEUE ADRESSE

Der symbolische Startschuss für das neue Polizeizentrum in Taunusstein wurde Anfang November in Anwesenheit von Innenminister Peter Beuth gegeben. Zusammen mit dem Taunussteiner Bürgermeister Sandro Zehner, dem Präsidenten des Polizeipräsidiums Westhessen, Felix Paschek, und weiteren Vertreterinnen und Vertretern aus Bauverwaltung und Polizei vergewisserten sie sich im Rahmen eines Rundgangs von der modernen und hochwertigen neuen Dienststelle.

Auf einer Fläche von rund 1.500 Quadratmetern bietet das neue Polizeizentrum Taunusstein Platz für die steigende Anzahl an Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und beherbergt neben dem Polizeiposten auch die Regionale Ermittlungsgruppe sowie den Regionalen Verkehrsdienst. Das Herzstück des Polizeizentrums ist seine moderne Wache. Daneben verfügt es über großzügige Büroräume für den täglichen Dienst sowie eine Präsenzzelle. Durch moderne EDV-Systeme ist das Zentrum fest im Polizeipräsidium Westhessen verankert und kann Einsatzmaßnahmen schnell und einfach koordinieren.

Neben den Möglichkeiten der präventiven Polizeiarbeit bildet die Unterbringung der Regionalen Ermittlungsgruppe eine Vervollständigung des polizeilichen Angebots vor Ort. Die Ermittlerinnen und Ermittler legen ihre Schwerpunkte in den Bereichen Wohnungseinbruch, Betäubungskriminalität und Straftaten, welche von sogenannten Mehrfach- und Intensivtätern begangen werden. Durch die Platzierung dieser für das Kreisgebiet bedeutenden Gruppe aus Ermittlerinnen und Ermittlern wird ein weiteres deutliches Zeichen der Bedeutung des Polizeizentrums Taunusstein für die Polizeidirektion Rheingau-Taunus und das Polizeipräsidium Westhessen gesetzt. Einen weiteren wichtigen Baustein in der kommunalen wie regionalen Sicherheitsarbeit leistet der Verkehrsdienst, welcher zuvor in Räumlichkeiten im Haupthaus der Polizeidirektion Rheingau-Taunus in Bad-Schwalbach untergebracht war.

Cybersicherheit

KOOPERATIONS-VEREINBARUNG ZUR CYBERSICHERHEIT UNTERZEICHNET

Der Bund und das Land Hessen, vertreten durch Vizepräsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, Dr. Gerhard Schabhüser, und Innenstaatssekretär Stefan Sauer, haben im Dezember eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, mit der die enge Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit weiter vertieft wird. Durch die Kooperation wird eine Ergänzung der bestehenden Inhalte und der an BSI Standards orientierten, qualitativen Fortbildung des IT-Fachpersonals ermöglicht. Des Weiteren kooperieren das BSI und das Land Hessen künftig vertieft in den Feldern Cyber-Sicherheitsinformationen und Warnungen, IT-Grundschutztage sowie der Fortentwicklung von BSI-Standards.





”

Mit Roland Ullmann verliert die hessische Polizei nicht nur einen anerkannten Polizeifachmann, sondern auch einen hochgeschätzten Kollegen, der stets Mensch geblieben ist. Er ist durch seinen beispielgebenden Werdegang und seine hervorragende Arbeitsbilanz als Polizei- und Landespolizeipräsident ein großer Gewinn für die Polizei Hessen gewesen.

INNENMINISTER PETER BEUTH

LANDESPOLIZEIPRÄSIDENT ROLAND ULLMANN VERABSCHIEDET

Im Rahmen eines feierlichen Festaktes hat Innenminister Peter Beuth den hessischen Landespolizeipräsidenten, Roland Ullmann, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Der Innenminister würdigte den 65-jährigen für seine herausragenden Verdienste und Leistungen für die hessische Polizei und damit die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Über 49 Jahre wirkte Roland Ullmann als Polizist. Die letzten zwei Jahre stand er als Landespolizeipräsident an der Spitze der hessischen Polizei.

Als Schutzmann hat der heute 65-Jährige 1973 im mittleren Dienst bei der Polizeidirektion Hanau begonnen, wo er später auch als Sachbearbeiter der Kriminalpolizei tätig war. Als Kriminalrat im Polizeipräsidium Frankfurt am Main baute er die bundesweit erste Kriminal-

inspektion für Organisierte Kriminalität auf. Von 1995 bis 2000 war Roland Ullmann als Dozent an der Deutschen Hochschule der Polizei für Kriminalwissenschaften tätig. Daran anschließend übernahm er die Referatsleitung für strategische Aufgaben im Landespolizeipräsidium. Roland Ullmann hat über die weiteren Stationen als Vizepräsident des Polizeipräsidioms Mittelhessen (2003–2006), des Polizeipräsidioms Westhessen (2006–2008) und des Polizeipräsidioms Südosthessen (2008–2010) einen guten Überblick über die Vielschichtigkeit der Polizei Hessen gewinnen können. Ab 2010 führte er für mehr als 10 Jahre als Polizeipräsident erfolgreich die Geschicke des Polizeipräsidioms Südosthessen, bis er im Juli 2020 das Amt des Landespolizeipräsidenten übernahm.

MICHAEL TEGETHOFF NEUER POLIZEIPRÄSIDENT IN OSTHESSEN



Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie hat Innenminister Peter Beuth Ende November Michael Tegethoff in sein neues Amt als Polizeipräsident des Polizeipräsidioms Osthessen eingeführt. Der 57-jährige Michael Tegethoff wurde Anfang 2021 kommissarisch mit der Funktion des Polizeivizepräsidenten des Polizeipräsidioms Nordhessen beauftragt. Dort war er bereits bis 2015 Leiter der IV. Bereitschaftspolizeiabteilung und bis zu seiner erneuten Versetzung nach Osthessen Leiter der Polizeidirektion Kassel. Im Juni 2020 wurde er kurzzeitig als Leiter der Abteilung Einsatz und Vertreter des Polizeipräsidenten im Polizeipräsidium Osthessen eingesetzt.



Neuer Landespolizeipräsident

GARANT FÜR SICHERHEIT IN ALL IHREN FACETTEN

Im Rahmen eines feierlichen Festaktes hat der Hessische Innenminister Peter Beuth Anfang November den ehemaligen Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz, Robert Schäfer, zum neuen Landespolizeipräsidenten ernannt. Er folgt auf Roland Ullmann, der vor wenigen Tagen in den Ruhestand versetzt wurde.

Der 64-jährige Robert Schäfer wurde 1958 in Bad Hersfeld geboren und wuchs in der Gemeinde Haunetal auf. Im Jahr 2002 ging Robert Schäfer als Leiter des Abteilungsstabes Einsatz zum Polizeipräsidium Frankfurt, bevor er im Jahre 2003 die Leitung der Abteilung Einsatz des Polizeipräsidioms Südosthessen übertragen bekam. 2005 zog es ihn zurück nach Frankfurt, wo er als neuer Chef der Abteilung Einsatz auch ein Jahr später im Rahmen der FIFA Fußballweltmeisterschaft in Deutschland die Gesamteinsatzleitung Hessen übernahm. Im Oktober 2008 wurde Schäfer zum Vizepräsidenten des Polizeipräsidioms Westhessen in Wiesbaden ernannt. Seine erfolgreiche Tätigkeit mündete schließlich im September 2010 in die Beauftragung zur Leitung der Behörde. Von Februar 2015 bis September 2022 war Robert Schäfer Präsident des Hessischen Landesamts für Verfassungsschutz.

” Robert Schäfer ist ein profilierter Sicherheitsexperte mit großem polizeilichem Erfahrungsschatz, der in seinen bereits gut 40 Dienstjahren alle Ebenen und Aufgabenfelder innerhalb der hessischen Polizei durchlaufen hat. Nicht ohne Grund erhielt er weltweit Anerkennung für seine Einsatzführung rund um die Fußballweltmeisterschaft 2006 und gilt als profilierter Fachmann mit umfangreichen Praxiserfahrungen.

INNENMINISTER PETER BEUTH



Videosicherheitstechnik

ÖFFENTLICHE PLÄTZE NOCH SICHERER IN LIMBURG

Staatssekretär Stefan Sauer hat sich bei der Inbetriebnahme der erweiterten Videoschutzanlage in Limburg vor Ort von deren Nutzen für die öffentliche Sicherheit überzeugt. Die Maßnahme wurde seitens des Landes Hessen mit rund 370.000 Euro gefördert.

Die Videoschutzanlage im Bereich des Limburger Bahnhofs wurde im Jahr 2002 errichtet und in Betrieb genommen. In den Jahren 2014 und 2015 erfolgte eine umfangreiche Modernisierung der bestehenden Kameratechnik auf hochauflösende Full-HD Dome

Kameras, die 360° schwenkbar sind. Bislang waren im Bereich um den Bahnhof 18 Kameras installiert. Eine umfangreiche Kriminalitätsanalyse mit detaillierter geografischer Darstellung der Hotspots in der Limburger Innenstadt, stellte u. a. die Grundlage für die nun erfolgte Erweiterung der videoüberwachten Bereiche dar, der auch der Hessische Datenschutzbeauftragte zustimmte. Die bestehende Anlage wurde um 17 Kameras erweitert, so dass nun insgesamt 35 Kameras zur Verfügung stehen.

2,8

Millionen Euro
jährlich für
Videosicherheits-
technik



AUSBAU VIDEO-SICHERHEITSTECHNIK

Bereits seit 2008 werden seitens der Hessischen Landesregierung für den Ausbau der Videosicherheitstechnik jährlich 300.000 Euro vom Land zur Verfügung gestellt. 2018 wurden diese Mittel um eine Million Euro auf jährlich 1,3 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Seit vergangenem Jahr wird der Ausbau in hessischen Städten und Gemeinden mit 2,8 Millionen Euro unterstützt. Das Land übernimmt bei der Aufstellung moderner Videoschutzanlagen zwei Drittel der entstehenden Kosten und stellt sein fachliches Knowhow zur Verfügung.



”

Mit moderner Videotechnik können wir öffentliche Plätze noch sicherer machen.

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER

”

Die neue Dreifeld-Sporthalle wird ein Vorzeigemodell in Sachen Energieeffizienz sein, so dass die Bewirtschaftung der Halle ein gutes Stück unabhängiger von den Entwicklungen bei den Energiepreisen sein wird. Das Sportangebot in Wiesbaden wird dadurch noch weiter ausgebaut und die Trainingsbedingungen für den Leistungssport noch weiter gestärkt.

SPORTMINISTER PETER BEUTH



Sport in Wiesbaden

HESSEN FÖRDERT NEUBAU VON DREIFELD-SPORTHALLE MIT 900.000 EURO

Innenminister Peter Beuth hat Anfang November dem Magistrat der Stadt Wiesbaden, vertreten durch Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende, einen Förderbescheid in Höhe von über 900.000 Euro für den Neubau einer Dreifeld-Sporthalle übergeben. Die ursprüngliche Sporthalle in der Wettiner Straße in Wiesbaden ist eine Zweifeld-Sporthalle der Stadt Wiesbaden in unmittelbarer Nähe zu den Wiesbadener Stadien Brita-Arena und Helmut-Schön-Sportpark. Die Sporthalle wird teilweise durch die Landesstützpunkte des Hessischen-Leichtathletik-Verbands und

des Hessischen Bob- und Schlittensport-Verbands genutzt. Hinzu kommt die Nutzung durch den allgemeinen Vereinssport sowie von fünf berufsbildenden Schulen mit rund 10.000 Schülern, die sich ebenfalls in unmittelbarer Nähe befinden. Der Betrieb der bestehenden Sporthalle an der Wettiner Straße wird aufgrund eines erhöhten Renovierungsbedarfs nicht fortgeführt.

In der neuen Sporthalle entsteht eine 1.215 m² große neue Sportfläche in drei Feldern. Diese sind durch eine herunterziehbare Trennwand bei Bedarf teilbar, was

zu einer Flexibilitätssteigerung für den Sportbetrieb in der Halle führen wird. Zusätzlich wird der neu erbauten Sportstätte ein „Laufschlauch“ angegliedert, der für die Zwecke des Leistungssportbezogenen Bob-Sports und der Leichtathletik vielseitig verwendbar ist. Dort stehen auf rund 645 m² Laufbahnen und Weitsprunggruben sowie die dazugehörige Anlauffläche zur Verfügung. Ebenso entsteht neben der großen Sporthalle auch eine kleinere Halle mit einem Sportfeld, in welcher der Boden mit spikefähigem Material ausgestattet werden wird.

HESSEN UND WIESBADEN UNTERZEICHNEN ABSICHTS-ERKLÄRUNG ÜBER NEUEN POLIZEISTANDORT

Mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Vereinbarung zur Zusammenarbeit haben Innenminister Peter Beuth, Finanzminister Michael Boddenberg und Wiesbadens Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende die gemeinsame Absicht bekundet, den Behörden der Landespolizei eine langfristige Entwicklungsperspektive in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu sichern. Bis 2031 soll im Stadtgebiet Wiesbaden ein neuer Standort gefunden, gebaut und der Umzug erfolgt sein.



” Ob sie unter dem Jubel Tausender Siege erringen oder hinter den Kulissen im Kleinen dafür sorgen, dass Kinder die Passion für den Sport entdecken können: alle Preisträger haben in ihrer Kategorie vorbildliche und herausragende Leistungen im und für den Sport erbracht.

SPORTMINISTER PETER BEUTH



Sportplakette

HÖCHSTE AUSZEICHNUNG FÜR SPITZENSportLER, TRAINER UND EHRENAMTLICHE

Sportminister Peter Beuth verliehte bereits Mitte Januar vierzehn Mal die Sportplakette des Landes Hessen.

Vier Sportlerinnen und Sportler, zwei Sportteams, drei Trainer und fünf ehrenamtlich engagierte Frauen und Männer erhalten damit die höchste Auszeichnung, die das Land Hessen im Sport vergibt. Sportliche Höchstleistungen, Erfolge im Traineramt oder besonderes ehrenamtliches Engagement wurden dazu in jeweils getrennten Kategorien bewertet. Zu den bekanntesten Preisträgern zählen Jörg Roßkopf (Tischtennis), der auch durch den Deutschen Olympischen Sportbund zum Trainer des Jahres 2021 gekürt wurde, Jochen Behle (Skilanglauf), Jochen Wollmert (Tischtennis), Petrisa Solja (Tischtennis) sowie die 1. Mannschaft vom RSV Lahn-Dill (Rollstuhlbasketball).

Zur Anerkennung sportlicher Leistungen und zur Würdigung besonderer Verdienste um den Sport in Hessen wurde die Sportplakette des Landes Hessen erstmals im Jahr 1970 gestiftet. Sie wird jährlich an Personen oder Mannschaften verliehen, die nach internationalen und nationalen Maßstäben sportliche Höchstleistungen erzielt haben und durch ihre sportliche Haltung Vorbild sind, sowie an Personen, die sich in langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit in Vereinen und Verbänden um die Jugend- oder Breitenarbeit im Sport besonders verdient gemacht haben. Seit dem Jahr 2020 wird die Sportplakette des Landes zudem an Personen verliehen, die als Trainerin oder Trainer herausragende Erfolge auf nationaler und internationaler Ebene erzielt haben und durch ihre sportliche Haltung als Vorbild wirken.





Sterne des Sports

FUNDAMENT FÜR DEN EHRENAMTLICHEN SPORT IN HESSEN

Sportminister Peter Beuth hat auf der Preisverleihung „Sterne des Sports“ im Biebricher Schloss die vielen Ehrenamtlichen gewürdigt, die sich mit großem Engagement für den Sport in Hessen einsetzen. Traditionell werden in Hessen gegen Jahresende Sportvereine für besonderes gesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement verbunden mit der Vergabe der „Sterne des Sports“ in Silber geehrt.

Der Wettbewerb „Sterne des Sports“ würdigt das gesellschaftspolitisch wirksame Leistungsspektrum von Sportvereinen und deren besonderes ehrenamtliches Engagement. Der Wettbewerb, den die Volksbanken Raiffeisenbanken gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund seit 2004 ausschreiben, geht über die Stufen Bronze, Silber und Gold.

Auf der lokalen Ebene bewerben sich Vereine um die „Sterne des Sports“ in Bronze. Verbunden mit einer Geldprämie von ca. 1.500 Euro ist ein Verein mit dem ersten Platz automatisch für das Landesfinale um die „Sterne des Sports“ in Silber qualifiziert. Die Auszeichnung ist mit 2.500 Euro dotiert. Eine Jury entscheidet, wer sich als Landessieger für das Bundesfinale um die „Sterne des Sports“ in Gold qualifiziert. Wer mit dem „Großen Stern des Sports“ in Gold geehrt wird, kann sich auf ein Preisgeld von 10.000 Euro freuen. Als „Sterne des Sports“ in Silber wurden in Hessen Judo-Club Kim-Chi Wiesbaden e.V., Aeltere Casseler Turngemeinde e.V., TSV 1850/09 Korbach Badminton e.V., Turngemeinde Obertshausen 1860 e.V. und Dreieicher Verein für Sport und Therapie am Pferd e.V. geehrt.





Die Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen hat in Hessen höchste Priorität. Der verbesserte Schutz von Häusern und Wohnungen sowie der verstärkte polizeiliche Einsatz haben in den letzten Jahren zu eindrucksvollen Erfolgen im Kampf gegen Einbruchszahlen geführt. Die Einbrüche in Hessen konnten in den letzten fünf Jahren halbiert werden.

INNENMINISTER PETER BEUTH

Wohnungseinbruchsdiebstahl

DEUTLICHE ERFOLGE IM KAMPF GEGEN EINBRECHER

Während der „Dunklen Jahreszeit“ erfolgen traditionell verstärkt Einbruchversuche. In der Zeit vom 26. Oktober bis 9. November wurden dabei im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zwischen Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz unter Beteiligung von Sachsen zum wiederholten Male Wohnungseinbrecher ins Visier genommen. 4.788 Personen und 2.631 Fahrzeuge wurden im Rahmen der bewährten Zusammenarbeit der Polizeien aus Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in diesem Zeitraum kontrolliert. Dabei wurden 446 Straftaten festgestellt und 13 Personen vorläufig festgenommen. Insgesamt konnte die Zahl der Einbrüche in Hessen in den letzten fünf Jahren halbiert werden.

Die Fahndungsaktion sowie öffentlichkeitswirksame Kontrollen, polizeiliche Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger gehören ebenso zu Mitteln der Bekämpfung von Einbruchdiebstahl wie die Prognosesoftware „KLB-operativ“. Die Software leitet aus polizeilichen Datenbeständen räumliche und zeitliche Schwerpunkte im Bereich Wohnungseinbruchdiebstahl ab und erkennt damit Verhaltensmuster von reisenden Tätergruppen.

Damit Einbrecher erst gar nicht in Häuser und Wohnungen hineinkommen, empfiehlt die Polizei neben einem sicherheitsbewussten Verhalten einen soliden Grundschutz von Fenstern und Türen. Dieser steht an erster Stelle und wird im Idealfall um Einbruchmeldetechnik ergänzt. In jedem der sieben hessischen Polizeipräsidien stehen Beraterinnen und Berater der kriminalpolizeilichen Prävention zur Verfügung, die interessierte Bürgerinnen und Bürger kostenfrei und neutral beraten.



Sportstättenenerneuerung

RÜSSELSHEIMER RUDER-KLUB GEFÖRDERT

Für die Sanierung des Kunstrasenspielfeldes im Stadion am Sommerdamm hat Sportstaatssekretär Stefan Sauer Udo Bausch, Bürgermeister der Stadt Rüsselsheim am Main, einen Zuwendungsbescheid aus dem Sonder-Investitionsprogramm „Sportland Hessen“ in Höhe von 50.000 Euro überreicht. Das Stadion am Sommerdamm ist im Besitz der Stadt Rüsselsheim am Main und besteht aus einem Naturrasen-Fußballfeld sowie zwei angrenzenden Kunstrasen-Hockeyspielflächen. Das Hauptfeld dient dem RKK als Trainings- und Wettkampffläche für die Mannschaften der zweiten Bundesliga Damen sowie der Regionalliga Herren im Feldhockey. Darüber hinaus werden beide Plätze für Jugendturniere sowie Trainingszeiten aller Jugendmannschaften genutzt. Der wettkampftaugliche Platz wurde letztmalig im Jahr 2008 saniert und ist von April bis Oktober rund 30 Stunden in der Woche dauerhaft belegt. Hinzu kommt der Punktspielbetrieb am Wochenende, bei dem der Platz von insgesamt 16 Mannschaften bespielt wird.



”

Nur moderne und bedarfsgerechte Sportstätten legen die Basis dafür, dass Kinder und Jugendliche gerne zum Vereinssport kommen und mit Freude am Vereinssport teilnehmen.

STAATSSSEKRETÄR STEFAN SAUER

”

Gerade in der aktuellen Energiekrise ist es wichtig, dass der organisierte Sport für alle möglich und attraktiv bleibt. Wir werden den Sport im Rahmen eines eigenen Landesprogramms unterstützen.

MINISTERPRÄSIDENT
BORIS RHEIN

Unterstützung des Sportes

FINANZIELLE HILFE FÜR SPORTVEREINE WEGEN HOHER ENERGIEPREISE

Ministerpräsident Boris Rhein hat in einer Rede vor dem Hauptausschuss des Landessportbundes Hessen (lsb h) in Frankfurt am Main Unterstützung für den Sport in Hessen angekündigt. Das Land Hessen startete darüber hinaus gemeinsam mit dem Landessportbund eine umfangreiche Qualifizierungsoffensive für Trainer und Übungsleiter sowie die Schieds- und Kampfrichter in den rund

7.500 hessischen Sportvereinen. Hessen unterstützt die Ausbildung mit einer Zuwendung in einer Gesamthöhe von rund 1,3 Millionen Euro, welche dabei in ein breit gefächertes Bündel von 16 Einzelmaßnahmen fließen.

Die einzelnen Maßnahmen sehen neben der weiteren Verbesserung der Ausbildungsangebote und Lerninhalte unter anderem eine direkte Unterstützung der Sportvereine für die Übungsleiterarbeit vor. Die Qualifizierungsoffensive wird helfen, die Ausbildung digital weiterzuentwickeln und verstärkt damit eine bereits durch die Pandemie angestoßene Entwicklung im Sport. Zudem werden die Ausbildungen vermehrt dezentral in den hessischen Regionen angeboten werden und damit den Wünschen insbesondere der Sportkreise Rechnung getragen. Nicht zuletzt bringt das Paket spürbare finanzielle Erleichterungen für Vereine und Verbände in der Übungsleiterarbeit mit sich.



HESSEN



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

www.innen.hessen.de